Friedrich Wilhelms IV. Stellung zu Frankreich bis zur Errichtung des 2. französischen Kaiserreiches (2. Dez. 1852)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der

Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Konrad Kettig

aus Berlin

Tag der Promotion: 30. VI. 1937

Tag der mündlichen Prüfung: 17. XII. 1936

1937

Druck: Triltsch & Huther, Berlin O 27

D 37

Berichterstatter:

Prof. Dr. W. Elze.

Prof. Dr. Fr. Hartung.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

MEINEN ELTERN

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort 7

Erster Teil:

Von den Befreiungskriegen bis zur Februarrevolution 1848.

1. Kapitel: Von den Befreiungskriegen bis zum Regierungsantritt 1840 9
2. Kapitel: Vom Regierungsantritt bis zur Märzrevolution 22
   a) Die Kriegsgefahr von 1840 22
   b) Bis zum polnischen Aufstand von 1846 25
   c) Bis zum Ausbruch der Februarrevolution 27

Zweiter Teil:

Von der Februarrevolution bis zu den Dresdener Konferenzen 1851.

1. Kapitel: Bis zum Ausbruch der Revolution in Preußen 33
2. Kapitel: Bis zur Präsidentschaft Napoleons (10. 12. 48) 37
3. Kapitel: Von der Präsidentschaft Napoleons bis zum Beginn der preußischen Unionspolitik 43
4. Kapitel: Die Stellung zu Frankreich in der Zeit der preußischen Unionspolitik 46
5. Kapitel: Bis zum Abschluß der Dresdener Konferenzen 49

Dritter Teil:

Von den Dresdener Konferenzen bis zur Kaiserproklamation Napoleons (2. 12. 1852).

1. Kapitel: Bis zum Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 56
2. Kapitel: Der Staatsstreich Napoleons. Friedrich Wilhelms Stellungnahme 58
3. Kapitel: Rückwirkungen der Neuenburger Frage auf die Stellung Friedrich Wilhelms zu Frankreich 64
4 Kapitel: Diplomatische Verhandlungen in der Anerkennungsfrage . . 66
5. Kapitel: Die Errichtung des französischen Kaiserreiches 69

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535713_0199

Vorwort.

Vorliegende Arbeit verdankt ihr Entstehen einer Anregung von Herrn Professor Windelband. — Sie soll einen Beitrag zur Geschichte des viel umstrittenen Friedrich Wilhelms IV. darstellen. Der Verfasser war bemüht aufzuzeigen, wie wesentlich die hohe Denkungsart Friedrich Wilhelms in ihrer politischen Auswirkung bestimmt war durch die in seiner Jugend empfangenen und auch für die Welt- und Lebensauffassung des Mannes entscheidenden Eindrücke, die in dem Haß gegen die im Westen wirksamen liberalen und demokratischen Ideen ihre Wurzeln besaßen. Unablässig kreisten seine Gedanken um Frankreich; in all seinen politischen Entschließungen ließ er sich maßgebend von der voraussichtlichen Wirkung leiten, die diese auf Frankreich, das Land der „Incarnierten Revolution" haben würden. In seinem als Lebensaufgabe erkannten Kampf gegen die aus dem Westen andrängenden liberalen und demokratischen Ideen bediente er sich für die Begründung seiner grundsätzlichen Ablehnung historischer Analogien, der jüngsten französischen Geschichte entnommen, um darzutun, was er von einem Sieg der westlichen Theorien für sein Land befürchtete.

Die Arbeit versucht zu zeigen, wie der König, der in ehrlichstem Bestreben, nach bestem Können um das Wohl seines Landes im Sinne der christlichen Gerechtigkeit zu handeln bemüht war, im ständigen Kampf mit den nach staatlicher Wirksamkeit drängenden Kräften stand, wie es dem König — seinem konservativ-legitimistischen Prinzip und seinem unentschlossenen Wesen verhaftet — nicht gelang, die neuen Formen zu erkennen, zu ergreifen und sie nach seinem Willen zu beherrschen. Eine hohe, ideal veranlagte Kraft verbrauchte sich hier im aufreibenden Ringen mit den Forderungen einer so realen Angelegenheit, wie es die Politik nun einmal ist.

Die Darstellung wurde bis zur Kaiserproklamation Napoleons III. geführt, weil mit diesem Ereignis ein gewisser Einschnitt erreicht wird.

Die Auswahl des Quellenmaterials war im wesentlichen bestimmt durch den vorhandenen umfassenden Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. Neben den veröffentlichten Briefwechseln wurde der reiche Briefnachlaß im Hausarchiv in Charlottenburg durchgesehen. Der Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit dem Grafen Karl von der Groeben im Geheimen Staats-Archiv in Berlin-Dahlem wurde einer Durchsicht unterzogen. Für die mir erteilte Erlaubnis, ihn einzusehen, bin ich dem Herrn Grafen Siegfried von der Groeben zu Dank verpflichtet. Mein Dank gebührt allen Herren Archivbeamten,

die mir bei der Einsicht des Quellenmaterials behilflich waren. Insbesondere Herrn Staatsarchivrat Dr. L. Dehio bin ich für seine liebenswürdige Hilfe dankbar.

An dieser Stelle meinen akademischen Lehrern Herrn Prof. Dr. Windelband und Herrn Prof. Dr. Elze, unter deren Leitung ich mir mein wissenschaftliches Rüstzeug erworben habe, für ihre immerwährende Hilfe zu danken, ist mir herzliches Bedürfnis. Zu danken habe ich ferner Herrn Prof. Dr. Hartung, der mich durch freundliche Übernahme des Korreferats und manchen guten Ratschlag zu meinem Ziele gelangen ließ.

Erster Teil:

Von den Befreiungskriegen bis zur Februarrevolution 1848.

1. Kapitel: Von den Befreiungskriegen bis zum Regierungsantritt 1840.

Friedrich Wilhelm IV. wurde geboren in einer Zeit, in der die Wogen der französischen Revolution über die eigenen Landesgrenzen hinweggingen, in immer stärkerem Ausmaße die alten Monarchien Europas mit dem revolutionären Gedankengut von 1789 überflutet wurden und sich ihrerseits politisch und geistig zum Abwehrkampf rüsteten. In dieser Zeit des andrängenden westlichen Gedankengutes und der Abwehr des „alten Europas" empfing der so eminent aufnahmebereite Kronprinz seine ersten, sich fest eingrabenden Kindheitseindrücke. Als Zehnjähriger erlebte er den Untergang des alten deutschen Kaiserreiches, als Elfjähriger den Zusammenbruch, das ganze Elend der schmachvollen Flucht nach Tilsit und die tiefe Demütigung des alten Preußens mit. Diese Eindrücke prägten sich tief in die Seele des Werdenden ein. Ueber seiner Jugend wie über seiner Generation lastete der Name jenes Vollenders der Revolution, der die alte Ordnung Europas mit harten Schlägen zerstörte und Preußen tiefe Schmach bereitete.

Der junge Kronprinz wurde ganz von den Ideen seiner Zeit erfüllt, die in dem Kampf gegen Napoleon eine heilige Sache, einen „Krieg gegen den Unterdrücker der Menschheit"[1]), einen göttlichen Auftrag zu erblicken meinten. Die Zeit der Schmach war dem tiefgläubigen Thronfolger eine von Gott gesandte Prüfung, eine Zeit der Besinnung auf die alten Kräfte, die Europa bis jetzt beherrscht und geleitet hatten. Die Befreiungskriege mit all ihren umwälzenden Ereignissen wurden entscheidend für die Entwicklung des Kronprinzen, in ihnen formten sich seine politischen Ansichten, die sich niemals grundlegend ändern sollten.

Mit der ganzen Inbrunst seiner überreichen Natur gab er sich dem Geschehen seiner Zeit hin; in einen heiligen Krieg gegen den „Bösen" glaubte er gezogen zu sein; der Krieg galt „der Herrschaft Satans und seiner Rackerscharen"[2]). Für Napoleon als den Bösen schlechthin hielt er, wie auch die Prinzen allgemein untereinander, eine ganze

[1]) Hohenzollern-Jahrbuch 1913: Das Feldzugstagebuch des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen aus dem Jahre 1813, mitgeteilt von H. Granier, S. 96 ff.

[2]) Hohenzollern-Briefe, hgg. v. H. Granier, Leipzig 1913, Nr. 1, 23. 3. 13.

Sammlung von Bezeichnungen bereit[3]). Mit tiefem Eindruck schildert er seinem Bruder Wilhelm sein Erlebnis, das ihm wurde, als er ihn — den Verhaßten — in der Schlacht bei Bautzen gesehen hat: „Denkt es Euch, Ihr Kinder, wir sah'n den großen Schinder"[4]).

Das Geschehen seiner Zeit nahm für den tief religiös veranlagten Prinzen apokalyptische Züge an, in seiner ausgestaltenden Fantasie sah er das Gute im Kampf mit dem Bösen. Er bediente sich Vorstellungen der christlichen Mythologie, wenn er in einer Zeichnung in seinem Feldzugstagebuch den St. Michael im Kampfe mit dem Satan darstellt, der als Unterliegender von dessen Lanze durchbohrt wird[5]).

Man ahnt, wie tief der Kronprinz im Innersten aufgewühlt gewesen sein muß, wenn man seinen Brief vom 22. Juli 13 liest: „Mir war zumute, als zöge ich in einen Kreuzzug, zu dem ich am Grabe der Mutter die Weihe empfangen, noch tönten mir begeisternd die Klänge der Gluck'schen Armide nach, und meine romantische Stimmung ward durch Lesung des Zauberrings von La Motte-Fouqué noch verstärkt."

Alle Kräfte seines Herzens waren versammelt in dem Haß gegen den Unterdrücker der Menschheit, den „Fürst der Finsternis"[6]) und gegen den Staat, der diesem „Satan" die Mittel an die Hand gab, um seine teuflischen Pläne auszuführen. Er saugte sich in jener Zeit ganz voll mit dem Gefühl der Ablehnung und des Abscheues gegen alles Französische. Selbst Paris, das ihm, dem künstlerisch so empfänglichen Menschen, viel hätte geben können, bereitete ihm eine bis zum körperlichen Unbehagen gesteigerte Abneigung. Seine Nachrichten aus dem „großen Sünden-Pfuhl" enden nicht mit Klagen und Bitten, ihn doch bald aus dieser „scheußlichen Hauptstadt aller Greuel"[7]) abzuberufen.

„Was ist das für ein Ort, dieses Lutetia, dieser große Sünden-Pfuhl!!! Von solch einem Leben und Treiben, von solcher Wirtschaft und von solchen Raffinements, um die Zeit zu verderben, kann man sich gar keine Vorstellung machen; und dieses Volk!!! Wirklich ein unaufhörliches Komödienspiel scheint das uns zu sein."[8])

Friedrich Wilhelm triumphierte über den Sieg des Legitimismus, über die Wiedereinsetzung der Bourbonen, in denen er die besten Garanten für eine endgültige Ueberwindung der revolutionären Ideen von 1789 sah. Begeistert klingen seine Berichte über den Pariser Einmarsch der verbündeten Truppen, von der Wiedereinsetzung der Bourbonen „auf ihren alten ehrwürdigen Thron"[9]), und von der Einholung Ludwigs XVIII., bei der er wegen Krankheit des Königs als

[3]) Hoh. Br. Nr. 14; 20. 4. 13 „Fürst des Abgrunds". Nr. 26; 5. 5. 13 „Höllenfürst" Nr. 34; 11. 5. 13 „Nöppel-Racker". Nr. 74; 13. 9. 13 „Höllenkaiser". Von dem Geburtstag Napoleons (15. August) spricht er als dem „Tag der Menschwerdung des Satans". Hoh. Johrb. 1913, S. 96 ff. Aufzeichnung vom 19. 8. 13.

[4]) Hoh. Br. Nr. 40; 25. 5. 13.

[5]) Hoh. Jahrb. 1913, S. 96 ff.

[6]) Hoh. Br. Nr. 101; 7. Nov. 13.

[7]) Hoh. Br. Nr. 222; 22. Juli 15.

[8]) Hoh. Br. Nr. 166; 6. April 14.

[9]) Hoh. Br. Nr. 178; 29. April 14.

Vertreter habe teilnehmen dürfen[10]). Der glühende Befürworter des Legitimismus kündigt sich hier an, wenn er schreibt: „Ein Volk von einer unerduldlichen Tyrannei befreit zu haben und ihm seinen rechtmäßigen Herrn wieder zuzuführen, ist wohl ein Fall, der nicht oft vorkommt. . . . "[11]).

Als 1815 der Krieg von neuem ausbrach, war der Prinz sofort bereit, trotz aller Abneigung gegen „die Kugel-Musik"[12]), wieder „contra Nöppel"[13]) zu ziehen. In flehenden Worten bat er den König, ihn wieder im Westen einzusetzen, „wo den höllischen Mächten eine Todessymphonie gespielt werden soll"[14]), um so von neuem „den Satan in Person"[15]) bekämpfen zu können.

Erst nach der Entscheidung bei Belle-Alliance, — für Friedrich Wilhelm ein Gottesgericht[16]) —, das nicht miterlebt zu haben, ihn untröstlich machte, kam er diesmal für längere Wochen nach Paris. Hier wiederholte sich dasselbe Spiel wie im Vorjahre[17]). Wieder steigerte sich seine Abneigung gegen Paris bis zum körperlichen Schmerz; flehentlich klagte er über sein Mißbehagen und bat den König wiederholt, ihn doch aus Paris abzuberufen[18]). Jedoch den Weisungen des Vaters gehorsam, mußte er sich noch mehrere Wochen lang in Paris aufhalten[19]).

Eine interessante Aeußerung über seine Einstellung bezüglich der Frankreich zu stellenden Friedensbedingungen sagt, daß er zwar nicht „an ganz Lothringen und Elsaß . . . zu denken gewagt"[20]) habe, daß es ihm aber notwendig dünke, daß „alle Grenzfestungen durchaus genommen oder geschleift werden müßten"[21]), eine Forderung, die, wie er bedauernd feststellt, leider nur von den Preußen gestellt würde.[22])

Bei Friedrich Wilhelm sind die Ideen, die für seine Welt- und Lebensauffassung bestimmend wurden, aus den gewaltigen Erlebnissen seiner Jugendjahre erwachsen. Er hat die Freiheitskriege vor allem als Kreuzzug für das Prinzip der Legitimität erlebt, das ihm ein unerschütterliches Glaubensdogma war. Im gemeinsamen Kampf für dieses Prinzip hatten sich die Fürsten Europas zusammengefunden; in dessen Wirksamkeit sah er auch weiterhin das wesentlichste Einigungsmoment des konservativen Europas in seinem Abwehrkampf

---

[10]) Hoh. Br. Nr. 178; 29. 4. 14.
[11]) Hoh. Br. Nr. 170; 11. 4. 14.
[12]) [13]) Hoh. Br. Nr. 209; 19. 4. 15.
[14]) Hoh. Br. Nr. 215; 23. 6. 15.
[15]) Prinzenbriefe aus den Freiheitskriegen, 1813—15, mitgeteilt von H. Granier, Stuttgart 1922. 28. 3. 15, S. 180.
[16]) Haake, P.: J. P. Friedrich Ancillon und der Kronprinz Fr. W. IV. von Preußen, München/Berlin 1920. Fr. W. an Ancillon 22. 6. 15; S. 67, wo es heißt „Gott hat gerichtet".
[17]) Haake, a.O. 27. 6., 3. 7. 15, S. 74.
[18]) Hoh. Br. Nr. 222; 12. VII. 15; Haake a.O. Fr. W. an Anc. 16. VII, 26. VII. 15, S. 75 ff.
[19]) Erst am 29. IX. 15 verließ er Paris.
[20]) [21]) [22]) Hoh. Br. Nr. 230; 8.—11. VIII. 15.

gegen diejenige Macht, die Frieden und Ordnung Europas störte. Dem von Frankreich propagierten revolutionären Prinzip stellte er sein deutsches historisch-ständisches Staatsideal gegenüber. In den Lehren, wie der gefeierte Staatsrechtslehrer Haller sie verbreitete, sah Friedrich Wilhelm die geeigneten Mittel, den westlichen Theorien ihre Wirkungskraft zu nehmen. Friedrich Wilhelm, der auf religiösem und künstlerischem Gebiete seine stärkste Selbstverwirklichung fand, wurde als Mensch der Romantik abgestoßen von der westlich-rationalen Denkweise mit ihrer nüchternen Vernunftlehre und ihrer verstandesmäßigen Konstruktion des Staates. Ganz im romantisch-universalen Denken verwurzelt, sah er sein Staatsideal in der Hochhaltung und organischen Fortentwicklung der alten historischen Institutionen der christlich-germanischen Völker, wie sie ihm als Ausfluß einer göttlichen Weltordnung überkommen schienen. Obenan stand die Idee des „sacrum imperium", in deren Verwirklichung er auch einen Beitrag zur Herstellung einer breiteren Front zum Kampf gegen die das alte Europa bedrohenden Kräfte sah.

Die Ordnung von 1815, jene Staatengemeinschaft, deren Ziel es war, jede Bedrohung außen- wie innenpolitisch von vornherein unmöglich zu machen, wurde ihm zum politischen Ideal. In dem Vierbund mit seinem Hauptziel, jede Friedensstörung durch Frankreich im Keime zu ersticken, sah er das beste Sicherheitssystem gegen das Frankreich, das nicht aufhörte, gegen die Verträge von 1815 wie gegen die Prinzipien, die das Europa der Restauration beherrschten, Sturm zu laufen.

Nach dem glücklichen Abschluß der Freiheitskriege erfreute sich Friedrich Wilhelm ganz der günstigen Lage, die durch gemeinsame Arbeit gegen den Feind im Westen geschaffen worden war. Brachte sie doch neben dem ersehnten Frieden auch die Ausbildung der zum Kampf gegen das französische Prinzip geeigneten Kräfte. Für Friedrich Wilhelms Stellung in dieser Zeit ist sein Eingreifen in den Kampf um die preußische Verfassung charakteristisch. Er bewegte sich in dieser Frage ganz im Sinne seines Erziehers Ancillon[23]) und sah in der vollen Einlösung des Verfassungsversprechens ein Nachgeben dem Zeitgeist gegenüber, den man aber nach Kräften bemüht sein müsse zu beherrschen. Seine Vorschläge bewegten sich ganz im Sinne seines altständischen Staatsideals.

Im Juli 1830 brach in Frankreich die Revolution mit ihren weitgehenden Folgen aus. Frankreich ließ eine tragende Idee der Re-

[23]) J. P. Friedrich Ancillon, Nachkomme der französischen Réfugiés, Theologe, seit 1810 einer der Erzieher des Kronprinzen. 1832—37 preußischer Minister des Auswärtigen; er war ein überzeugter Anhänger der Heiligen Allianz und des ständischen Staates mit einer monarchischen Obrigkeit von Gottes Gnaden. Nach dem Geschehen von 1830 fürchtete er das Schlimmste für die Zukunft. „Die Bekämpfung alles Revolutionären ist der Inhalt von Ancillons Lehren gewesen, der Abscheu vor dem Geiste von 1789" (S. 180). In diesem Sinn hat er bestimmend auf die Entwicklung Fr. W.'s eingewirkt. s. Haake: J. P. Fr. Anc. u. Kronpr. Fr. W. v. Pr. München/Berlin, 1920, Hist. Bibl. Bd. 42.

stauration, das Legitimitätsprinzip, fallen, es schrieb die Volkssouveränität auf seine Fahnen. In weiten Schichten des französischen Volkes forderte man Aenderung der Verträge von 1815; der Ruf nach dem Rhein erscholl damals allgemein[24]). Im deutschen Bürgertum fand das französische Geschehen lauten Widerhall, man hoffte, daß die Stunde der Erfüllung der erstrebten liberalen und nationalen Forderungen gekommen sei.

Preußen gelang es in jenem Jahre, in dem die revolutionären Fluten gegen den Staat anbrandeten, die Festigkeit seines neuen Staatskörpers nach innen und außen zu erhärten. Friedrich Wilhelm III. und sein Minister Bernstorff widersetzten sich der vor allem von Rußland erhobenen Forderung, den Präventivkrieg gegen die Revolution jetzt zu führen. In den offiziellen preußischen Kreisen war man sich darüber klar, daß man bei Ausbruch eines Krieges mit Frankreich die Hauptlast im wesentlichen würde tragen müssen und daß nur bei Erhaltung des Friedens die ruhenden revolutionären Kräfte in Schach gehalten werden könnten. Die preußische Regierung mit ihrer Forderung: Sicherung des allgemeinen Besitzstandes und Bewahrung des Friedens setzte sich damit von den politischen Forderungen der Ostmächte klar ab.

Die Zeitgenossen beherrschte damals allgemein die Besorgnis, vor einer neuen Katastrophe wie 1792, vor einem neuen Propagandakrieg zu stehen[25]).

Die Aeußerungen der königlichen Prinzen in jener Zeit waren auf den gleichen Grundton abgestimmt[26]), auch sie forderten lebhaft den präventiven Sicherheitskrieg. Bei Friedrich Wilhelm erhielt das stets wache Mißtrauen gegen Frankreich[27]) durch das Geschehen neue Nahrung. Politisch erregt, wie er in jenen Monaten war, fürchtete er eine Wiederholung des Geschehens von 1792; um dem zuvorzukommen, forderte er den sofortigen Kampf gegen das Frankreich, das mit der Schilderhebung des Prinzips der Volkssouveränität die Verträge von 1815 gebrochen hatte, das durch seinen revolutionären Willen der Ausbildung der Ideen der Restauration erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Diesen neuerlichen Versuch, den Frieden Europas

---

[24]) Stern, A.: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871. Stuttgart/Berlin 1905, Bd. 4, S. 45 ff.

[25]) Vor allem in militärischen Kreisen herrschte die Befürchtung, daß ein Krieg mit Frankreich nahe sei; man lese eine Denkschrift Clausewitz' aus jenen Jahren nach: Ueber einen Krieg mit Frankreich, s. Schwartz, R.: Leben des Generals Karl v. Clausewitz, Berlin 1878, Bd. 2, S. 401 ff.

[26]) Brandenburg, E.: Briefe Kaiser Wilhelms I. Leipzig 1911, Bd. 1, S. 29 und 32.

[27]) In einem Brief an Prinz Johann von Sachsen vom 31. 1. 28 bricht ganz unvermittelt die Erinnerung an den „Schnapspoleon" durch. s. Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Fr. W. IV. und Wilhelm I. von Preußen, hgg. v. Johann Georg, Lpzg. 1911. — Seine Abneigung gegen alles Französische verließ ihn niemals wieder. „. . . Ich liebe aber in teutschen Briefen das Lügen nicht (nur bei französischen Gratulationsschreiben erlaube ich mir's zuweilen)". H. A. Rp. 50 J. Fr. W. an seinen Oheim, den Prinzen Wilhelm v. Pr. 8. Juli 27.

zu stören, galt es zu vereiteln, daher forderte er, daß alle denkbaren Maßnahmen zur Gegenwehr getroffen würden: Stärkster Zusammenschluß der konservativen Mächte auf einer Konferenz, auf der Louis Philipp erscheinen sollte, um die Verträge von 1815 feierlich anzuerkennen[28]), und rücksichtslosester Kampf im Innern gegen die westlichen Ideen.

Infolge des starken Anteils, den er an dem Gang der politischen Geschehnisse nahm, waren seine ablehnenden Aeußerungen über die Ausgleichspolitik der preußischen Regierung häufig; er forderte durchweg schärfere Maßnahmen gegen Frankreich. Mit besonderem Schrecken mußte ihn der Anspruch des revolutionären Geistes erfüllen, mit seinen Forderungen für Europa allgemein gültige und allgemein zu realisierende Grundsätze aufzustellen. Auch die seit der Revolution von 1789 zu beobachtende Erscheinung der Verknüpfung von französischen liberalen Ideen mit reinen machtpolitischen Forderungen ließ Friedrich Wilhelm die Gefahr doppelt groß erscheinen.

Die polnische Erhebung, die im Herbst 1830 ausbrach, war ihm vorzüglich französisches Werk, um Preußen „vom Rhein abzulenken" und dann ungestörter dort einbrechen zu können[29]). Er bemühte sich, Einfluß auf den Gang der preußischen Politik, mit der er nicht zufrieden war, zu gewinnen. Als im Frühjahr 1831 Bernstorff durch den Pariser Gesandten Werther ersetzt werden sollte, bat er seinen Vater inständig, Ancillon als Minister des Auswärtigen einzusetzen[30]), mit dem er sich grundsätzlich über die Beurteilung der Situation und der zu führenden Politik einig wußte.

Durch die Erlebnisse und Ereignisse dieses Jahres wurde Friedrich Wilhelm entscheidend zu einem fanatischen Kämpfer gegen den Liberalismus und den ihm unmittelbar folgenden Radikalismus geprägt. Er vermochte zwischen dem Liberalismus und dem Radikalismus keine Abgrenzung zu sehen; ihm war der Liberalismus nur eine Stufe zum Radikalismus. Diese beiden Prinzipien, die in Frankreich ihre Entstehung und Ausbildung erfahren hatten, standen im tödlichen Widerspruch zu der ihn beherrschenden Welt- und Staatsanschauung. Sein historisch-ständisches Staatsideal als Ausdruck einer göttlichen Weltordnung, um deren Ausbildung und Verwirklichung es ihm zu tun war, ließ ihn in den westlichen Prinzipien, die ihre Grundlage in der Lehre von der Volkssouveränität mit ihrer Forderung von der Gleichheit der Einzelnen im Staate hatten, einen Abfall von der Idee des christlichen Staates sehen, in der Ablehnung der überkommenen historischen Ordnungen ein Leugnen der göttlichen Weltordnung und damit einen Abfall vom Glauben. Der Radikalismus mit der Ablehnung jeder Religion war ihm „die Pest", die die europäische Gesellschaft und Kultur bedrohte. Für ihn bedeutete die Cholera, die da-

---

[28]) Gerlach, L. v.: Denkwürdigkeiten aus dem Leben. Berlin 1891, Bd. 1. 30. Dez. 49, S. 396.

[29]) Gerlach, a.O. Bd. 1; 4. Dez. 30, S. 59.

[30]) H. A. Rp. 50 J, Korrespondenz mit Fr. W. III. 28. 4. 31.

mals in Europa die Runde machte, eine „Strafe des Himmels", ein „göttliches Gericht" gegen den Unglauben der Zeit, wie er sich im Liberalismus und Radikalismus äußerte. „Es ist wahr, die Dinge stehen so in der Welt, daß auch dem Unerschrockensten ein Beben anwandeln möchte. Die Torheiten werden immer schamloser und verbrecherischer und ein Abfall vom göttlichen Gesetz zeigt sich . . . wie nie zuvor . . . An unseren westlichen Provinzen das gekrönte Verbrechen in Louis Philipps Gestalt, Prinz Leopold, der sich behaglich auf Onkel Niederlands gestohlenen Thron setzt . . . ; die Mächte, die allein sich der Revolution entgegenstemmen könnten, von der Cholera und den Polen wie gelähmt und geknebelt und jeder Tag, der etwas Unerhörtes bringt! . . ."[31])

„Welche Zeit! Es ist wie vor dem Jahre 13 . . . Wir haben 15 Jahre lang gar nicht erkannt, was es heißt, frei atmen zu können, bis das Alpdrücken nun wieder angeht und bis jetzt immer crescendo geht seit den fluchwürdigen französischen Julitagen des vorigen Jahres . . . Die Cholera in Petersburg . . . ja wahrlich, Gott spricht laut mit uns allen. Wohl denen, die seine Stimme hören und verstehen . . . In Frankreich bereitet sich höchstwahrscheinlich Entscheidendes vor, und das momentan kräftige Ministerium . . . wird endlich gestürzt werden samt dem entehrten citoyen-roi, der seinem Schicksal oder vielmehr Gottes Rächerwillen wohl nicht entgehen wird . . . Möge er (Gott) uns vor der Seuche bewahren, vor der physischen wie der moralischen!!"[32]) Und am 12. Juli 31 schreibt er: „. . . Daß es Gott gefallen möge, bis übers Jahr das Unglück und die Strafgerichte, unter denen Europa seufzt, gnadenreich zu wenden und daß wir alle das Heil daraus ziehen, welches allein in seinen Schikkungen ruht."[33]) Und an Bunsen am 18. September 31: „. . . Hier von der Pest umgeben, von welscher Verruchtheit schlaflos erhalten. Doch ist die Seuche ein guter Alliierter gegen Frankreich . . . Frankreichs Zustand scheint mir nicht tenable . . . Gott gibt der Welt Lehren wie nie zuvor seit Menschengedenken. Die Seuche rüttelt an den Herzen. Gott gebe seinen Segen und öffne recht viele Herzen, Augen und Ohren."[34])

Die Anhänger der liberalen und radikalen Ideen, die ihre Wurzel und ihre Verkörperung im französischen Staate fanden, waren ihm eine recht- und gottlose Sekte. Von Frankreich gingen dauernd die Ausstrahlungen des revolutionären Geistes aus, deshalb mußte sich das legitimistisch-konservative Europa zur Abwehr gegen dieses Land zusammenfinden. In dem universalen Gedanken der heiligen Allianz war Friedrich Wilhelm aufgewachsen. In der vollen Wirksamkeit dieser Idee sah er die Ideallösung, um den Kampf gegen die Kräfte,

---

[31]) H. A. Rp. 50 J, Korr. m. Fr. W. III., 2. August 31.

[32]) Fr. W. an seine Schwester Charlotte, die seit 1816 mit dem russischen Zaren Nikolaus vermählt war. H. A. Rp. 50 J, Korr. Rußland 7. Juli 31.

[33]) H. A. Rp. 50 J, Korr. Rußland 12. Juli 31.

[34]) H. A. Rp. 50 J, Korr. mit Bunsen. Bei Ranke: Briefw. Fr. W. mit Bunsen, Leipzig 1873, S. 10. Diese Stelle nur im Auszug.

die den Frieden und die Ordnung Europas bedrohten, erfolgreich zu führen. Durch die belgisch-holländischen Verwicklungen[35]) schien ein Krieg mit Frankreich doch noch in den Bereich der Möglichkeit zu rücken. Für diesen erwünschten Fall beschäftigte sich Friedrich Wilhelm bereits mit den militärischen Fragen, deren Lösung dann notwendig wurde. An den General v. d. Groeben schreibt er am 14. September 31: „. . . Ich denke mir immer Onkel Wilhelm und Prinz August an der Spitze der Armee mit Grolmann und Clausewitz versehen, beide in der Stellung zu ihnen wie Gneisenau zu Blücher. Dann kann man es getrost wagen."[36])

Sein Beitrag zur praktischen Politik bestand darin, daß er wiederholt einen Kongreß forderte, auf dem die Fürsten Europas zusammenkommen sollten, um die notwendigen Konsequenzen aus der Veränderung der Situation zu ziehen. „Die Reisen der Fürsten müßten alle nur Einen, nur Einen so bestimmten Zweck haben, daß jede andere direction de conséquence mir Mißbehagen macht. Du weißt aus meinen eigenen Briefen, welche Direktion ich meine; nämlich die zu einem Kongreß. Nie ist das notwendiger gewesen als seit Juli 31 . . ."[37])

Als im September 1832 der unglückliche französische König Karl X. mit dem Dauphin inkognito durch Berlin reiste, da schlug das Herz Friedrich Wilhelms heiß für diese unschuldigen Märtyrer des Legitimismus, denen er allein den berechtigten Anspruch auf den französischen Thron zuerkannte. Ihm war der Gedanke quälend, daß die Durchreise dieser Unglücklichen aus politischen Gründen so im Stillen vor sich ging. „Ich habe heute bei meinem Frühstück im Eckturm (des Schlosses Bellevue) den Kleinen (Dauphin) vorüberfahren sehen, ohne daß ein Mensch stillgestanden wäre . . . Ich wäre gern auf die Brücke zu ihm gestürzt und hätte: vive le roi, vive Henry V. geschrien!"[38])

Im Herbst 1832 verwickelten sich die europäischen Verhältnisse infolge der belgisch-holländischen Dinge wieder in drohendem Maße. Die Holländer wehrten sich gegen die neue Ordnung in Belgien, ein allgemeiner Krieg schien auszubrechen, als die Franzosen militärisch in Holland eingriffen[39]). Friedrich Wilhelm stieß lautes Jammergeschrei aus über diese neuerlichen Verwicklungen, in denen er vor allem das Wirken des revolutionären Geistes zu erkennen meinte. „Es ist eine gräßliche Zeit. Ich begreife, wie es Leute gibt, die in der Apokalypse nachschlagen, um zu sehen, ob sie sie da nicht beschrieben finden. Dieser schamlose Abfall von Gott in Frankreich, vom Recht in England, dies Zusehen, Gewährenlassen, ja fast encoura-

[35]) Fr. W. nahm scharf gegen den neuen belgischen König Leopold Stellung, da dieser unter Mißachtung des Legitimitätsprinzips zur Regierung gekommen war. H. A. Rp. 50 J, Korr. m. Fr. W. III, 22. 8. 31.

[36]) G. St. A. Nachlaß General Karl v. d. Groeben, Rp. 91, 4 a—h.

[37]) H. A. Rp. 50 J, Korr. Rußland, an Charlotte 5. 7. 32.

[38]) H. A. Rp. 50 J, Korr. m. Fr. W. III, 6. 10. 32.

[39]) Stern, a.O. Bd. 4, S. 256 ff.

gieren lassen von ganz Europa! Deckenhoch könnte ich zuweilen vor wütigem Schmerz springen."[40]) Er wünschte, daß es über dem Zusammenstoß zwischen den einrückenden Franzosen und dem holländischen Heere doch noch zu einem Eingreifen zugunsten des legitimen Holländers kommen möchte, zu einem Konflikt, in dem sich die Mächte endlich gegen Frankreich zusammenfinden würden[41]). Am 23. Dezember fiel Antwerpen in die Hände der Franzosen. Friedrich Wilhelm war sofort zur Befreiung der Stadt bereit; er wollte die Mächte auf den Plan rufen, freilich nicht zu einer militärischen Intervention, sondern er meint: „daß eine v e r e i n t e würdige intercession zu London von Seiten der drei Mächte da zum Ziele führen müßte."[42])

Durch die Geschehnisse des Jahres 1830 hatte der Liberalismus überall gewaltig an Boden gewonnen; daher schlossen sich die konservativen Kräfte im Abwehrkampf gegen die westlichen Ideen fester zusammen. Im Herbst 1831 entstand in den Kreisen, die sich um den kronprinzlichen Hof gebildet hatten, das Berliner Politische Wochenblatt[43]), dessen Aufgabe es war, den revolutionären Geist zu bekämpfen, wo immer er sich nur regte, indem man ihm die „wahren politischen Doktrinen" gegenüberstellte. Der Kronprinz begrüßte diese Gründung, sah er doch damit eine Möglichkeit gegeben, den vordringenden revolutionären Ideen einen Wall entgegenzusetzen und den konservativen Ideen neue Anhänger zu gewinnen. Besonders sagte ihm das Motto des Blattes zu: nous ne voulons pas la contre-révolution mais le contraire de la révolution[44]). Die Ankündigung des Blattes, zu beweisen, „daß nirgends und zu keiner Zeit auf dem Boden der Revolution weder die rechtliche Freiheit noch die materielle Wohlfahrt gewachsen sei"[45]), war dem Kronprinzen ganz aus dem Herzen gesprochen. Er unterstützte daher das Gesuch an den König zur Erlaubnis der Gründung warm. Auch jener anderen damals entstehenden „historisch-politischen Zeitschrift", deren Redakteur Ranke war, und die das Ziel verfolgte, zwischen den sich ganz scharf gegenüberstehenden doktrinären Richtungen im Sinne einer ruhigen, das Notwendige und Ausführbare ins Auge fassenden Entwicklung zu vermitteln, hat der Kronprinz große Aufmerksamkeit und Beachtung gewidmet[46]).

Friedrich Wilhelm befand sich in den dreißiger Jahren dauernd in Opposition zu der offiziellen Regierung, seine Sohnespflicht hielt ihn davon ab, in jener noch weiter zu gehen. Er wendete sich immer bewußter den konservativen Kaisermächten Oesterreich und Rußland

---

[40]) H. A. Rp. 50 J, Korr. Rußland, an Charl. 9. Nov. 32.
[41]) H. A. Rp. 50 J, Korr. Rußland, an Charl. 19. Dez. 32.
[42]) H. A. Rp. 50 J, Korr. Rußland, an Charl. 29. Dez. 32.
[43]) Varrentrapp, C.: Rankes Historisch-politische Zeitschr. und das Berliner Politische Wochenblatt, H. Z. Bd. 99, 1907, S. 35 ff.
[44]) Treitschke, H.: Dtsche. Gesch. im 19. Jahrh., Bd. 4, S. 203.
[45]) Berl. Pol. Wochenblatt, Oktober 1831, S. 1.
[46]) H. Z. Bd. 99, S. 81, Anm. 2; S. 109.

zu, in deren fester Freundschaft er allein eine Möglichkeit sah, seinen politischen Idealen näher zu kommen. Während die preußische Regierungspolitik in einem guten Verhältnis zu Frankreich, in einer gefestigten Stellung Louis Philipps eine Gewähr des Friedens und der Sicherheit vor jeglichen revolutionären Erschütterungen sah, gingen Friedrich Wilhelms Bemühungen dahin, die Bindung zu den Ostmächten unzerreißbar zu knüpfen.

Friedrich Wilhelms Freundschaft zu dem Zaren Nikolaus, die ihre Wurzel in den Freiheitskriegen hatte, wurde in jenen Jahren inniger. Friedrich Wilhelm verehrte in dem Kaiser, der seit 1830 unablässig den Präventivkrieg gegen Frankreich forderte, das Haupt der heiligen Allianz, den Hort des Legitimismus. Als der Zar zusammen mit dem österreichischen Kaiser in den Münchengrätzer Besprechungen vom 7.—19. September 1833 feierlich den Grundsatz der Intervention aussprach, dessen Spitze vorzüglich gegen Frankreich gerichtet war, bemühte sich der Kronprinz in Berlin eifrig, den uneingeschränkten preußischen Beitritt zu den Münchengrätzer Abmachungen zu erreichen. Schon in der Schwedter Besprechung vom 5.—8. September 1833 zwischen Friedrich Wilhelm III. und dem Zaren hatte sich gezeigt, daß Friedrich Wilhelm III. keineswegs gesonnen war, irgendwelchen Abmachungen, die Schwierigkeiten mit Frankreich heraufbeschwören mußten, beizutreten. In den sich anschließenden diplomatischen Unterhandlungen in Münchengrätz, die ohne offizielle preußische Beteiligung, jedoch bei Anwesenheit des Kronprinzen vor sich gingen, sah Friedrich Wilhelm in der Einigkeit der Monarchen bezüglich der westlichen Gefahr ein beglückendes Zeichen.[47]) Für ihn bedeutete die Verabredung der drei Mächte, den Rechtsgrundsatz der Einmischung öffentlich anzuerkennen und diesen gemeinsam in Paris auszusprechen, eine wirksame Methode, Frankreich zurückzuweisen. Umso größer war sein Schmerz, als er erfuhr, daß die preußische Regierung nicht gewillt war, diesen Münchengrätzer Verabredungen in der beschlossenen Form beizutreten. „Am Tage meiner Rückkehr aus Münchengrätz hatte ich eine v i e r s t ü n d i g e Unterredung mit Bernstorff und Ancillon und ging w i r k l i c h t r o s t l o s von ihnen. Ich hatte einen so manifesten Freimut gegen Frankreich und die Revolution gefunden, daß der Vergleich mit dem schönen und erhabenen Gegenteil, das ich in Münchengrätz verlassen hatte, mich tief niederbeugte, und dort war doch so ein gutes Maß in allem, was gedacht und beraten war, und keine Spur von Kriegslustigkeit oder Uebermut, eine solche brünstige Liebe zum Frieden und nur die lebendige Ueberzeugung, daß, um ihn länger zu bewahren, es jetzt kein anderes Mittel gäbe, als den verruchten Menschen der anderen Seite zu zeigen, daß es nun eben genug sei, man sich n i c h t s mehr bieten lassen werde."[48]) Für Friedrich Wilhelm konnte die Bindung an die konservativen Ostmächte nicht stark genug sein, denn diese

[47]) H. A. Rp. 50 J, Korr. mit Fr. W. III, 12. Sept. 33.
[48]) H. A. Rp. 50 J, Korr. mit Fr. W. III, 12. September 33.

garantierten die Heiligkeit der Verträge, bekämpften jede Regung des revolutionären Geistes und sahen wie er in solchen Bestrebungen eine Europa bedrohende Gefährdung, die nur durch gemeinsames Zusammenstehen abgewehrt werden konnte. Er war tief überzeugt von der Konformität der konservativen Interessen der europäischen Mächte.

Wie gefährdet ihm die Situation angesichts der ungeheuren liberalen Propaganda erschien, die ihren Ausgangspunkt in Frankreich hatte, zeigt auch ein Bericht von einer Rundreise, die er im November 33 unternahm. „. . . glaub' ich mich nicht zu irren, wenn ich pflichtmäßig versichere, daß das infame juste milieu, die Halbheit und Lauheit der Gesinnungen, die eigentliche Stütze und Beförderung alles Schlechten, aller Untreue unserer Zeit, die furchtbarste Allianz (ist), die die Revolution hat . . . sämtliche Souveräne von allem Kaliber, die ich gesprochen, konnten gar nicht aufhören von der dringenden Gefahr Teutschlands zu reden, von dem precairen ihrer Stellung zwischen den vereinten Intrigen der französischen Propaganda und des sauberen Louis Philipp einerseits und andererseits der Umtriebe der teutschen Demagogen und dem Unwesen ihrer Stände."[49])

Bei Friedrich Wilhelm, der sich im wesentlichen vom Gefühl her bestimmen ließ, machte diese Abneigung gegen Frankreich einen Gefühlskomplex aus, der sich in seinen Jugendjahren entscheidend gebildet hatte, er wurde sich nicht darüber klar, inwieweit seine Gegnerschaft zu Frankreich mehr durch dessen revolutionäre oder machtpolitische Forderungen bedingt war: Frankreich verkörperte für ihn schlechthin das böse Prinzip, das mit dem antirevolutionären Prinzip in Europa um die Herrschaft kämpfte. Sein tiefer Argwohn gegen den westlichen Nachbarn, der bei Friedrich Wilhelm aus antirevolutionärer und nationaler Quelle floß, ließen ihn in Frankreich eine Gefahr für ganz Europa sehen, gegen die sich die konservativen Mächte über alle Grenzen hinweg zusammenfinden müßten, um den Kampf gegen die den Frieden und die Ordnung Europas störenden Kräfte zu führen. Er war tief davon überzeugt, daß es die Pflicht der europäischen Staaten sei, in dieser universalen Aufgabe zusammenzustehen. Er fühlte sich zum Kampf gegen die Revolution, deren Grundsätze er in Frankreich wirken sah, durch Gott verpflichtet. An diesem tragenden Grundgedanken, den er in seiner Jugend ergriffen hatte, hielt er zeitlebens fest, an diesem orientierte er seine politische Willensrichtung, die dadurch eine ganz bestimmte einheitliche Linie aufwies.

Mit Aufmerksamkeit betrachtete er die französischen Ereignisse. Von den französischen liberalen Zeitungen spricht er als von „den gottlosen und fürstenschänderischen Blättern des tricoloren Auslandes"[50]) — Ueber einen Mordanschlag auf Louis Philipp, von dem

[49]) H. A. Rp. 50 J, Korr. mit Fr. W. III, 1. Dezember 33.
[50]) H. A. Rp. 50J, Korr. mit Fr. W. III, 1. 4. 35.

er auf einer Reise in Brixen erfuhr, schreibt er: „Wir erfuhren dort ... die Nachricht vom Mordanschlag auf Louis Philipps schuldiges Haupt. Es ist wieder eine horrible infamie, der Franzosen völlig würdig!!!"[51] — Seine Hoffnung hinsichtlich einer Besserung der Lage beruhte auf dem russischen Kaiser, von dessen Politik er eine entscheidende Wendung erhoffte. „Gott erhalte ihn für die Zeit, da es einmal mit der Untreue und dem Ungehorsam gegen Gott und Menschen in der Welt rückwärts gehen wird!!! Noch scheint die Zeit nicht nahe, denn die alten Legitimitäten nicken noch immer mit dem Kopf, wenn die neuen Illegitimitäten ein neues Bubenstück angehen lassen."[52]

Ganz stark wurde seine Unzufriedenheit mit der königlichen Politik, als die beiden ältesten Söhne Louis Philipps im Mai 1836 nach Berlin kommen durften. Friedrich Wilhelm III., der immer bemüht war, die Stellung des französischen Königs zu stärken, unterstützte die Absichten der französischen Prinzen, aus den europäischen Fürstenhäusern ebenbürtige Gemahlinnen zu gewinnen. Den Kronprinzen machte das „ganz ängstlich und miserabel. Die beiden ältesten Prinzen von Orléans kommen hierher zu den Frühjahrsmanövern. Das ist so schwer für mich, daß ich weinen möchte."[53] Nicht nur diesen französischen Besuch mußte der Kronprinz geschehen lassen, er mußte auch erleben, daß der König die Werbung des französischen Thronfolgers am mecklenburgischen Hofe erfolgreich unterstützte.[54] Vergebens war Friedrich Wilhelm bemüht, diesen neuerlichen Vorstoß gegen das geheiligte Dogma des Legitismus zu verhindern, „er bestürmte seinen Vater mit Klagen"[55], der aber fest in der Verfolgung seines Zieles blieb. — Wehmütig gedenkt der Kronprinz der glücklichen politischen Konstellation, wie sie vor der Februar-Revolution bestand. In einem Geburtstagsbrief an Charlotte schreibt er: „. . . Wie traurig anders sieht es jetzt aus als damals (vor 7 Jahren). Es war das letzte Jahr, wo der Himmel noch voller Geigen hing, wo man noch zehrte und sich freute an dem, was 1812—15 so viel Blut erkauft hatte, nämlich frei atmen zu können! Und jetzt (acht Ausrufungszeichen!)"[56] . . . 1837 starb sein früherer Erzieher, der Minister des Auswärtigen, Ancillon. Von dessen Tode ab hatte der Kronprinz nicht mehr den genauen Einblick in den Gang der preußischen Politik.[57] Seine Mißstimmung über die preußische Politik, die nicht die notwendigen Maßnahmen ergriff, um den gräßlichen Zeichen der Zeit Einhalt zu tun, blieb aber bestehen. Dazu

[51] H. A. Rp. 50J, Korr. mit Fr. W. III, 3. August 35.

[52] H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, an Charl. 7. Juli 32.

[53] H. A. Rp. 50J, Korr. mit Bunsen, 30. April 36; bei Ranke, a.O. S. 14 im Auszug.

[54] Die Heirat zwischen der Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin und dem Herzog von Orléans fand im Juni 1837 statt.

[55] Treitschke, a.O. Bd. 4, S. 518, Leipzig 1889.

[56] H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, an Charl. 13. Juli 36.

[57] H. A. Rp. 50J, Korr. mit Bunsen, 21. Juli 1837, wo es heißt: „Seit dem Verlust des geliebten . . . Ancillons sind mir die auswärtigen Angelegenheiten und ihr Departement fremd und fern . . ."

kam, daß mit dem Bestreben des Königs nach einem friedlichen Verhältnis mit Frankreich ein Grund gegeben war, der die freundschaftlichen preußisch-russischen Beziehungen beeinträchtigte, da für Nikolaus die Frage des Prinzipienkrieges gegen Frankreich nach wie vor akut war. Im Sommer 1838 verschlechterte sich die Stimmung zwischen den beiden Staaten neben zollpolitischen Schwierigkeiten noch durch eine politische Heirat um etliche Grade[58]). Der Kronprinz, durch das russische Verhalten tief betrübt, hielt im Gegensatz zu den offiziellen Kreisen Preußens an der unerschütterlichen Freundschaft zu Nikolaus fest. Das betont er in einem Brief an v. d. Groeben: „Das alte (Jahr) hat trübe geendet, kein ernstes Wort, keine Tat gegen Papst und Revolution . . . Die unglückselige Erkältung gegen den teuren und edlen Nikolaus ist leider! sehr gewachsen beim König! . . . Das kann ich versichern, daß die Sache auch nicht einen Hauch von Mißstimmung gegen den Kaiser in mir erweckt hat, wie das hier so betrübend geschieht!!!"[59])

Er befürwortete keineswegs den harten absolutistischen Charakter des zaristischen Rußlands; allein für seine politische Haltung war sein Gegensatz zu den revolutionären Prinzipien ausschlaggebend. Durch seine Ablehnung der Lehren und der Ziele des Liberalismus und des Radikalismus wurde auch seine Stellung zu Frankreich maßgebend bestimmt. Der in Frankreich zur Anwendung kommende Grundsatz der Volkssouveränität war ihm der Todfeind des obrigkeitlichen Staates von Gottes Gnaden. Unerträglich war ihm der Gedanke, in Frankreich die Herrschaft, wenn auch nur dem Prinzipe nach, auf dem Volk beruhen zu sehen, das einst die furchtbaren Greuel der französischen Revolution, mit der Hinrichtung Ludwigs XVI. an der Spitze, verschuldet hatte. Daneben waren es noch ungelöste Machtfragen, die von den Franzosen ständig erhobene Forderung nach der Beseitigung der Verträge von 1815, die die feindliche Stimmung Friedrich Wilhelms gegen Frankreich verschärften. Friedrich Wilhelm rechnete mit einem neuen Ausbruch der revolutionären Prinzipien, von dem auch die auswärtigen Verhältnisse betroffen werden würden, und befürwortete daher lebhaft den Gedanken der Wiederaufrichtung des großen europäischen Bündnisses von 1813.

Für wie gefährdet er die Situation in Frankreich hielt, in dem „gottlosen Reiche", wo ein Usurpator auf dem Throne saß, und wo die Verhältnisse schließlich dahin führen würden, daß Frankreich sich in sich selbst zerstören würde, macht ein Brief zu Beginn des Jahres deutlich, das ihm die Königswürde bringen sollte. Eingangs dieses Schreibens spricht er von den vielen Prophezeiungen, die alle Welt über das Jahr 1840 anstelle: „. . . Ich kenne nur e i n e alte Prophe-

[58]) Heirat der ältesten Tochter des Zaren mit dem Prinzen Max von Leuchtenberg, einem Napoleoniden. In Preußen, wo der Haß gegen die Bonapartes noch beträchtlich stark war, schuf diese Heirat in weiten Kreisen Mißstimmung gegen Rußland. s. Schiemann, Th.: Geschichte Rußlands unter Nikolaus I. Berlin 1913, Bd. 3, S. 357.

[59]) G. St. A. Nachlaß v. d. Groeben, 1. 1. 39.

zeiung aus dem 13. oder 14. Jahrhundert, angeblich aus der Abtei Orval im Luxemburger Land. Danach wurde der Herrscher in Frankreich gestürzt, parcequ'il était mal assis. 10 Jahre zuvor wird er le roi du peuple genannt. In Frankreich geht's dann drunter und drüber und 1841 wird Paris im Bürgerkrieg zerstört. Frankreich von 10 Königen überzogen und gezüchtigt, bis 42 ein junger Fürst aus der Isle de la Captivité seinen rechtmäßigen Thron dort wieder aufrichtet und ihn 28 Jahre lang einnimmt, bis er vor dem Anti Christ fällt und die letzten Zeiten anheben. — Das gebe ich Ihnen quasi zum Frühstück für 40. Ist es blauer Dunst, so verdirbt es Ihnen wenigstens nicht den Magen" . . .[60])

3. Kapitel: Vom Regierungsantritt bis zur Märzrevolution.

a) Die Kriegsgefahr von 1840.

In diesem Jahr kam Friedrich Wilhelm zur Regierung. Gleich zu Beginn, bei der ägyptisch-türkischen Verwicklung, die mit ihren Folgeerscheinungen Europa an den Rand eines Krieges brachte, zeigte es sich, in welchem Sinne Friedrich Wilhelm die Regierung führen würde.

In die orientalischen Wirren hatte Frankreich in bewußter Anlehnung an die napoleonische Mittelmeerpolitik und zur Erlangung eines besseren Flankenschutzes für das neu eroberte Algier zugunsten des Aegypters eingegriffen, während sich England, Rußland und Oesterreich aus den verschiedensten Beweggründen zum Schutze der Türkei zusammenfanden. Nach der Konvention vom 15. Juli 40 in London standen sich die Fronten feindlich gegenüber. Frankreich, in gefährlicher Isolierung, glaubte sich von Europa hintergangen, die Nation forderte stürmisch Genugtuung, die leidenschaftliche öffentliche Meinung erhob die alte Forderung nach der Rheingrenze.[61])

In Preußen, wo sich inzwischen der Thronwechsel vollzogen hatte, bemühte sich Friedrich Wilhelm, die Orientpolitik im Sinne seines Vaters fortzuführen. Er stand ganz auf Seiten des legitimen Sultans, der sich im Kampf mit dem revolutionären Aegypter befand;

---

[60]) G. St. A. Nachlaß v. d. Groeben, 2. 1. 40.

[61]) Es war nicht das erste Mal in unserem Zeitraum, daß sich in Frankreich der Ruf nach der Rheingrenze erhob. Seit 1815 waren sich alle Parteien über diese nationale Forderung einig, mehrere französische Versuche waren zu verzeichnen, sich in den Besitz dieses ältesten deutschen Kulturgebietes zu setzen. 1828/29 forderte der französische Gesandte in Rom, Chateaubriand, in einer Denkschrift die Rheinlinie von Straßburg bis Köln; im Herbst 29 hatte Polignac seinen großen Austauschplan zur Rückerlangung der Rheingrenze bereit; während der Julirevolution 1830 erhob sich in der Oeffentlichkeit laut der Ruf nach dem Rhein. Aber alle Versuche scheiterten. 1840 brach von neuem das Verlangen nach dem Rhein übermächtig aus der Nation hervor. — vgl. Stern, a.O. Bd. 5, S. 414; Stegemann, H.: Der Kampf um den Rhein. Stuttgart/Bln. 1924; Schulte, A.: Frankreich und das linke Rheinufer. Stuttgart/Berlin 1918.

er begrüßte lebhaft die von ihm ersehnte Annäherung Englands an die Ostmächte; war doch damit in der orientalischen Frage die heiß ersehnte Einigkeit der konservativen Mächte in der Abwehr des gefährlichen Frankreichs erreicht.

Allein, in der Erkenntnis, daß Preußen im Falle des ausbrechenden Krieges die Hauptlast am Rhein werde tragen müssen, wollte sich Friedrich Wilhelm nicht um der orientalischen Kriegsziele der anderen willen in einen Weltbrand stürzen lassen. Er hatte richtig erkannt, daß Oesterreich nicht in der Lage war, infolge seiner finanziellen Schwierigkeiten einen Krieg gegen Frankreich tatkräftig zu führen, und daß das weit entfernte Rußland erst spät seine Truppen in dem am Rhein ausbrechenden Kampf zur Verfügung stellen konnte.

Im Gegensatz zu seinem Minister des Auswärtigen wählte er, um nicht die begrüßte Annäherung Englands an die Ostmächte, wie sie durch die Konvention vom 15. Juli eingeleitet war, zu gefährden, einen Mittelweg; er ließ sich von den Vertretern der drei Mächte, die in London versammelt waren, für den Fall eines Krieges Freiheit des Handelns und das Recht der strengsten Neutralität für seinen Staat zusichern.[62]) Mit diesem Schritt, der der Konvention vom 15. Juli viel von ihrem Werte nahm, hatte Friedrich Wilhelm Preußen vor der Möglichkeit gesichert, ohne eigenes Zutun in einen Konflikt gezogen zu werden, in dem keine preußischen Interessen auf dem Spiele standen.

Gegenüber den französischen Forderungen war er bereit, tatkräftig zu handeln. Da Oesterreich zögerte, betrieb er Schritte in Wien und an den deutschen Höfen, alle Vorbereitungen zur Wehrhaftmachung des Deutschen Bundes zu treffen. Er empfand es als ein besonderes Glück, daß — seinem deutschen Ideale entsprechend — zu Beginn seiner Regierung die deutschen Fürsten sich einmütig in der Abwehr der französischen Drohung zusammenfanden; so schrieb er an v. d. Groeben: „Teutschland war seit den Ottonen und Hohenstaufen nie so einig wie jetzt. An meinem teutschen Herzen und Willen zweifelt wenigstens wohl keiner . . ."[63]) Er war eifrig bemüht die Gunst der politischen Lage zur Erreichung seines politischen Zieles auszunutzen. Er trug sich im Herbst 1840 mit dem Gedanken, die Viermächte-Konvention vom 15. Juli zu einem Defensivbündnis der vier Mächte auszubauen, durch einen Kollektivschritt der Mächte in Paris die Einigkeit Europas unter Beweis zu stellen. Durch seinen Gesandten in Petersburg, Rauch, ließ Friedrich Wilhelm bei dem russischen Kaiser diesen Gedanken anregen: „. . . l'intention de S. M. le Roi est de proposer aux puissances signataires du traité de Londres un traité d'alliance offensive et défensive et d'inviter les souverains de la Confédération germanique à y souscrive . . . ce projet devrait être communiqué à la France le plus tôt possible . . .

---

[62]) Hasenclever, A.: König Friedrich Wilhelm IV. und die Londoner Konvention vom 13. Juli 1840; in: F. B. P. G. 25, 1912.

[63]) G. St. A. Nachlaß v. d. Groeben, 7. 1. 41.

qu'on ne songe pas à attaquer la France, mais que la moindre violation de territoire d'une des parties contractantes serait regardée comme une déclaration de guerre . . ."[64])

Mit der Verwirklichung dieses Planes wäre der ihn stets beherrschende Gedanke der großen Allianz aus der Zeit von 1813—15 wieder erreicht worden. Das feste Band der Großmächte würde die revolutionären und machtpolitischen Forderungen des wie 1815 isolierten Frankreichs im Keime ersticken. Abweichend von der Politik seines Ministers des Aeußeren war er auch in London tätig, den Plan einer Defensiv-Allianz einer Verwirklichung näherzuführen.[65])

Auch Pläne hinsichtlich der Neugestaltung Deutschlands beschäftigten ihn, wie sie etwa nach einem siegreichen Kriege gegen Frankreich verwirklicht werden konnten. Einen Gedanken, der ihn schon seit 1815 bewegte, nahm er wieder auf, wenn er daran dachte, Elsaß und Lothringen in das deutsche Staatsgefüge einzugliedern.

Den französischen Forderungen nach dem Rhein trat Friedrich Wilhelm kräftig entgegen, zusammen mit der öffentlichen deutschen Meinung, die sich in der Abwehr der französischen Drohung einmütig zusammenfand, wies er die französischen Wünsche bestimmt ab. Bei der Huldigungsfeier am 15. Oktober 40 in Berlin erklärte er: „. . . Ich will . . . wahrhaftig und mit allen Kräften die hohen Mächte unterstützen, die seit einem Vierteljahrhundert die treuen Wächter über den Frieden Europas sind"[66]).

Als am Tage nach der Huldigung der französische Gesandte in Berlin, Graf Bresson, die Aufhebung des Pferdeausfuhrverbotes, das seit dem 8. Oktober bestand, verlangte, da er sonst die Pässe fordern müsse, lehnte Friedrich Wilhelm dieses Ersuchen „ohne sich zu besinnen" ab. „Will der Graf Bresson hierauf abreisen, so sind ihm die nötigen Pässe sogleich einzuhändigen."[67])

Friedrich Wilhelm wollte nicht den Krieg, aber er war entschlossen, dem dauernden Kriegsgeschrei in Paris nicht widerstandslos aus dem Wege zu gehen. Aus einem Brief an den General v. d. Groeben geht deutlich hervor, daß Friedrich Wilhelm bei dem leisesten Versuch Frankreichs, den Krieg in Szene zu setzen, bereit war, mit militärischen Kräften einzugreifen. In diesem Schreiben ent-

---

[64]) Lettre du général Rauch à S. M. l'Empereur de Russie, 13. Oktober 40, abgedr. in: Lettres et papiers du chancelier Comte de Nesselrode, Bd. VIII, S. 51 ff.

[65]) Hasenclever, A.: Die orientalische Frage in den Jahren 38—41, Lpzg. 1914, S. 234, und Nesselrode, Bd. VIII, S. 61 ff; aus der Korrespondenz Nesselrodes geht hervor, daß im königlichen Auftrage Bülow in London und Rauch in Petersburg tätig waren, um dem Ziel einer Defensivallianz näherzukommen, zumindest doch eine gemeinsame Interpellation an die franz. Regierung wegen ihrer Rüstungen zu richten. (Brief Nesselrodes 15. 11. 40, Bd. VIII, S. 70 f.

[66]) Reden S. M. des Königs Fr. W. IV. v. Pr. seit seiner Thronbesteigung; hgg. v. J. Killisch, Berlin 1861.

[67]) Natzmer, O. v.: Denkwürdigkeiten aus dem Leben . . . Unter den Hohenzollern. Aus der Zeit Fr. W. IV. 1. Teil: 1840—48, S. 18; Gotha 1888.

wickelte er seinen Kriegsplan, gleich bei Kriegsausbruch wollte er „Metz und Straßburg belagern, dann getrost vorwärts gehen und schreien wie Gideons Scharen: Hier Schwert des Herrn!“[68])

Louis Philipp, der sehr bemüht war, seinen Thron nicht durch den Ausbruch eines in seinem Ausgange zweifelhaften Krieges zu gefährden, entließ am 20. Oktober 1840 seinen kriegslustigen Minister Thiers; damit trat eine Entspannung der Lage ein. Friedrich Wilhelm, der die Regierung Louis Philipps für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung in Europa einzuschätzen wußte, wahrte immer auch in jenen Monaten der Kriegsgefahr den konventionellen höfischen Ton in den Beziehungen zwischen den beiden Monarchen[69]). War Louis Philipp einmal der Garant für den Bestand der Ordnung und des Friedens in Frankreich und damit in Europa, so war andererseits Friedrich Wilhelm der französische König nicht geheuer wegen seines revolutionären Ursprungs und seiner in Frankreich immer schwieriger werdenden Stellung; gelang es dem französischen König doch nicht, die Opposition im Innern zu beschwichtigen.

Sein Plan, ein großes Bündnis der vier Mächte herzustellen, konnte nicht verwirklicht werden. Nur in der Bundes-Kriegsverfassung wurden geringe Verbesserungen erreicht. Die günstige Situation, die Auseinandersetzung mit Frankreich jetzt zu führen, Frankreich entscheidend zu schlagen und damit zugleich den Brandherd der Revolution zu zertreten, ging ungenützt vorüber[70]).

Friedrich Wilhelm war kein Mann des Krieges, wie er offen eingestand. Er bekannte, eine Regierung des Friedens führen zu wollen. Der Gedanke eines dritten Pariser Einzuges lockte ihn nicht. Nicht durch eine militärische Auseinandersetzung mit Frankreich wollte er die ihm von dort drohenden Gefahren in Schach halten, sondern durch eine geschickte Diplomatie, deren Ziel die diplomatische Isolierung Frankreichs sein mußte.

b) Bis zum polnischen Aufstand von 1846.

In der Folgezeit war Friedrich Wilhelm eifrig bemüht, England auf die Seite der Ostmächte herüberzuziehen, es in die Allianz der konservativen Ostmächte einzubauen. 1841 schickte er seinen Vertrauten Bunsen als neuen englischen Gesandten nach London; er selbst übernahm die Patenstelle bei dem späteren Eduard VII. und war bereit, nach England zu reisen, „. . . kommt Thiers nicht wieder ans Regiment oder sammelt sich kein feindliches Corps an unseren Grenzen“.[71]) Die Reise fand Anfang Februar 42 statt. Friedrich

[68]) G. St. A. Nachlaß v. d. Groeben, 2. 11. 40.

[69]) Hasenclever, a.O., S. 174, Anm. 4.

[70]) Radowitz beklagte das Verpassen der günstigen Situation, mit Frankreich abzurechnen, was nicht eingetreten wäre, wenn er schon Ende September nach Berlin berufen worden wäre. s. „Zur Geschichte meines Lebens“, S. 83 ff. Hassel, P.: J. M. v. Radowitz, Bd. 1, Berlin 1905.

[71]) Ranke, a.O. Friedr. W. an Bunsen, 3. Dezember 41, S. 99.

Wilhelm war sorgfältig bemüht, trotz aller Einladungen des französischen Gesandten, des Grafen Bresson, unterwegs nicht französischen Boden zu betreten und ein Zusammentreffen mit den Orléans zu vermeiden.

Friedrich Wilhelms Versuche, die englische Annäherung zu fördern, waren erfolglos, da neben politischen auch wirtschaftliche Schwierigkeiten bestanden. England näherte sich vielmehr auf Grund seines politischen und kirchlichen Liberalismus Frankreich an[72]).

Diese französisch-englische Annäherung war für Friedrich Wilhelm ein schwerer Schlag. Mit Frankreich geriet Preußen in eine vorübergehende Spannung. Frankreich war seit dem Sommer 1841 mit der Vorbereitung eines belgisch-französischen Zollvereines beschäftigt, mit dem Endziel eines gewissen Abhängigkeitsverhältnisses Belgiens von Frankreich. Friedrich Wilhelm erkannte die wahren Beweggründe, die Frankreich bei seinem Zollvereinsplan leiteten, daher kämpfte er gegen die politische Gefahr, die Preußen aus einem belgisch-französischen Zollverein erwachsen konnte, an. Er appellierte wegen des rechtswidrigen Planes Frankreichs[73]) an die Großmächte. Diese scheuten aber davor zurück, froh der kaum wieder hergestellten Ruhe, die Stellung der Orléans durch eine neuerliche französische diplomatische Niederlage noch weiter zu verschlechtern[74]).

So mußte Preußen allein diese ihm aus dem Westen drohende Gefahr abwehren; Friedrich Wilhelm bestärkte die schwebende Angelegenheit in seiner Ueberzeugung, daß in Frankreich ein Element der dauernden Beunruhigung zu sehen wäre. Er war bemüht, Belgien von Frankreich abzuziehen. „. . . Einen Irrtum kann ich aber berichtigen, nämlich Arnims Furcht ‚Belgiens Gewinnung für die teutsche Seite sei mir gleichgültig'. Gerade das volle Gegenteil ist die Wahrheit."[75])

Am 1. September 1844 wurde ein belgisch-preußischer Handelsvertrag abgeschlossen; damit war es Belgien unmöglich gemacht, einem französischen Zollverein beizutreten, womit Frankreichs Pläne, einen Teil der staatlichen Kraft Belgiens in seinen Machtbereich einzufügen, vereitelt waren.[76])

In jenen Jahren beschäftigten Friedrich Wilhelm vor allem seine Pläne der Fortentwicklung der ständischen Verfassung Preußens. Er hoffte durch ein Fortschreiten auf diesem Wege, durch den Ausbau des ständischen Staates, den liberalen Forderungen einen Teil ihrer

[72]) Im Herbst 1843 begab sich das englische Königspaar zum Besuch des französischen Königs nach Eu.

[73]) Laut den Bestimmungen von 1839 durfte Belgien als neutraler Staat keinem solchen Verein beitreten.

[74]) Am 13. Juli 42 war der beliebte französische Thronfolger, der Herzog von Orléans, einem Unglücksfall zum Opfer gefallen. Als Thronfolger kam nunmehr der Herzog von Nemours in Frage, der aber wenig beliebt war. Da Louis Philipp hochbetagt war, lag über der Zukunft der Orléans'schen Dynastie allgemeine Ungewißheit.

[75]) G. St. A. Nachlaß v. d. Groeben, 22. 5. 44.

[76]) Treitschke, a.O., Bd. 5, S. 458 ff., Leipzig 1894.

Wirksamkeit zu nehmen und damit einen festen Damm gegen die Revolution zu schaffen.

Denn inzwischen erhob die durch seine Regierung enttäuschte Opposition überall ihre stürmischen Forderungen. Auf allen Gebieten, vor allem in der Lyrik („Junges Deutschland") war eine Durchsetzung mit politischen Ideen festzustellen wie nie zuvor, überall finden wir eine geistige Auseinandersetzung mit den von Westen propagierten Ideen im Gange. Die junge Generation nahm ihre Ideale aus dem Lande, das der älteren Generation einst eine Todfeindin gewesen war; die französische Revolution wurde das große Vorbild. Zahllos waren die Zeitschriften und Broschüren, die den revolutionären Ideen huldigten und sie verbreiteten.[77])

Friedrich Wilhelm, der sah, wie der revolutionäre Geist immer weitere Kreise zog, lehnte unabänderlich die allgemein erhobene Forderung nach der Gewährung einer Verfassung auf der Grundlage der Volkssouveränität grundsätzlich ab, der Abscheu gegen dieses von dem Westen vertretene revolutionäre Prinzip war nach wie vor stark bestimmend für seine Stellung zu dem französischen Staate. Er befand sich in steter Sorge vor einem neuen Ausbruch der Revolution in Frankreich.

Auch in Zeiten scheinbarer Ruhe in Frankreich war sein Mißtrauen wach. Er ließ sich nicht „durch den langen Frieden und die anscheinende Ruhe in Frankreich in eine falsche Sicherheit" versenken, zumal „der Thronwechsel in Frankreich" sicherlich „der Anfang großer Bewegungen" sein würde.[78]) Seine Abneigung gegen Frankreich ging soweit, daß er seinen Familienmitgliedern verboten hatte, ohne seine besondere Erlaubnis nach Paris zu fahren. Er beklagte sich in einem Brief an Charlotte darüber, daß der Prinz Karl seinem Verbote zuwider seinem Sohne gestattet habe, über Paris zu reisen.[79]) — Ein anderer Beleg für seine nach wie vor bestehende Abneigung gegen alles Französische: Am 12. August 1844 schreibt er an Nikolaus: „. . . verstummen und anbeten (une phrase que l'on ne peut p a s dire en français parceque les français ne font jamais ni l'un ni l'autre)."[80])

c) Bis zur Revolution.

Seiner antifranzösischen Haltung wurde durch den polnischen Aufstandsversuch im Frühjahr 1846 neue Nahrung gegeben. Seit 2½ Jahrhunderten betrachteten sich Frankreich und Polen als natürliche Verbündete in ihrem Gegensatz zu den zwischen ihnen liegenden

[77]) Kobylinski, H.: Die französ. Revolution als Problem in Deutschland 1840—48, Berlin 1933.

[78]) Bericht Bunsens über eine Unterredung Lord Aberdeens, die dieser mit dem König gehabt hat beim Besuch der Königin Victoria in Stolzenfels, August 45. s. Nippold, Fr.: Leben Bunsens . . . Bd. 2, Lpzg. 1871, S. 387, 10. 8. 45.

[79]) H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, an Charl. 25. Oktober 46.

[80]) H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, an Nikolaus, 12. Aug. 44.

Staaten. Der Mittelpunkt der polnischen Agitation, deren Ziel die Wiederherstellung eines polnischen Staates war, befand sich seit 1830 in Paris; dort war das Sammelbecken aller polnischen Nationalisten; in Versailles befand sich eine polnische Kriegsschule; gemeinsam mit den Franzosen zusammen arbeiteten die polnischen Verschwörer. Auch diese revolutionäre Tätigkeit mußte Friedrich Wilhelm mit Mißtrauen auf Frankreich sehen lassen.

Für das Frühjahr 1846 war das Losschlagen in Posen geplant; die vorzeitige Aufdeckung vereitelte aber die Ausführung. In Krakau[81]) jedoch hatten die Verschwörer mehr Erfolg. Erst nach langwierigem Kampfe brachten die Oesterreicher die Stadt wieder in ihren Besitz; sie wollten den Unruheherd endgültig beseitigen und Krakau in den österreichischen Staat einverleiben. Friedrich Wilhelm war bereit, diesem österreichischen Schritt zuzustimmen, wenn nur nicht die damit verknüpfte Verletzung der geheiligten Wiener Verträge den Franzosen Anlaß zu ähnlichem Vorgehen geben könnte. Würde nicht durch ein solches Vorgehen der Ostmächte die Situation des Ministeriums Guizot, das, um der Stärkung der Orléans'schen Dynastie willen, sich um ein einwandfreies Verhältnis zu den konservativen Mächten bemühte, infolge einer wahrscheinlich verschärften innenpolitischen Opposition erschüttert werden, womit für den Frieden und die Ruhe in Europa eine Gefahr heraufbeschworen wurde?

Friedrich Wilhelm ließ sich in dieser Krakauer Angelegenheit, wie meist bei seinen politischen Entschließungen, maßgebend von der voraussichtlichen Wirkung leiten, die diese auf Frankreich haben würden. Er schreibt an Nikolaus: „Depuis 1830 il y a des états en Europe qui manguent avec rage le frein que les stipulations de Vienne leur ont mis et qui ne cherchent que des prétextes pour nous dire à nous autres conservatifs: Vous avez annullé telle ou telle stipulation partant: il n'y en a plus désormais pour nous. Je crains la chute de Guizot comme conséquence de la mort de Cravavie. — Et ce serait pour contredire, un malheur."[82])

Mitentscheidend für sein Nachgeben in dieser Krakauer Sache war der Wunsch, eine Uneinigkeit der Ostmächte über diese Frage nach außen hin nicht erkennbar werden zu lassen. Die Gefahr möglicher Komplikationen mit dem Westen, ob der Einverleibung Krakaus in Oesterreich, ging vorüber, da sich Frankreich inzwischen durch die Frage der spanischen Heiraten[83]) in schwersten Gegensatz zu England gesetzt hatte. Palmerston, seit 1846 wieder Minister des Auswärtigen, suchte die in der spanischen Frage erlittene Schlappe durch die Verwirklichung eines Gegenplanes[84]) in der spanischen Angelegenheit

---

[81]) Seit dem Wiener Kongreß war Krakau ein neutraler Freistaat, der unter dem gemeinsamen Schutz der Großmächte Preußen, Oesterreich und Rußland stand. s. Stern, a.O., Bd. 6, S. 364 ff.

[82]) H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, an Nikolaus, 21. 4. 46.

[83]) Stern, a.O., Bd. 6, S. 89 ff.

[84]) Der Plan lief darauf hinaus, die französische Linie Montpensier gänzlich von der Erbfolgeberechtigung in Spanien auszuschließen.

mit Hilfe der Ostmächte wieder gutzumachen. Friedrich Wilhelm, immer bemüht, jede sich bietende Gelegenheit der Annäherung an England auszunutzen, war gern bereit, für Palmerstons Lösung einzutreten. Er versuchte, Oesterreich und Rußland für einen gemeinsamen Schritt zu gewinnen, um über der spanischen Frage den alten Vierbund wieder zustande zu bringen, die geschlossene Front gegen das isolierte Frankreich des Julikönigtums herzustellen. Sein altes Ziel der französischen Isolierung schien greifbar nahe zu sein. In seiner impulsiven Art, die Ideen und Pläne sofort in die Wirklichkeit umgesetzt sehen wollte, schildert er seinem russischen Schwager die Vorteile, die sich aus der Annahme des englischen Planes für die europäische Politik bieten würden: „. . . (Palmerston) . . . veut faire revivre, entre les puissances conservatives et l'Angleterre l'entente cordiale, qui s'est évanoui entre elle et la France . . . L'Espagne doit être le lien qui nous unira . . . Cet arrangement à 4 des affaires d'Espagne nous fournit les moyens d'élever un mur d'airain contre la France de Juillet. Quel avantage incalculable! Vous concevrez à présent, chérissime ami, pourquoi j'embrasse les ouvertures de Palmerston avec un espèce d'enthousiasme. J'y vois le salut de l'Europe . . . Il y a là le doigt de Dieu. — Cracavie a un peu froissé Lord Palmerston mais grâces à Dieu, sa colère contre la France est fort echaude encore. Battons le fer tant qu'il est chaud!"[85])

Aber die Einigung mußte scheitern, da — neben anderen Schwierigkeiten — Oesterreich und Rußland ihre Zustimmung zu dem englischen Plan nicht gaben. Allein mit England in der spanischen Frage zusammengehen, wollte Friedrich Wilhelm nicht. Daran hinderte ihn sein Festhalten an dem Ueberkommen, das ihn an die Seite der Ostmächte stellte.

Er versuchte aber doch zu seinem Ziele eines Bündnisses Englands mit den konservativen Ostmächten zu kommen. Er wandte sich an Prinz Albert und legte ihm ausführlich die Notwendigkeiten klar, die England an die Seite der konservativen Ostmächte bringen müßten. In einem langen Schreiben[86]) äußert er sich über Ziele und Aufgaben seiner europäischen Politik.

I. Die demokratische Propaganda, deren Auswirkungen Europa überall spürt, habe ihre Zentrale in Paris, von wo aus Verbindungen nach allen europäischen Ländern bestünden.

II. Sein Ziel sei, eine feste Barriere gegen Frankreich zu schaffen, eine Notwendigkeit, die durch die imperialistischen und revolutionären Gefahren, die aus dem Westen drohten, gegeben sei. Diese seien erhöht worden durch die Lösung Frankreichs aus

[85]) Schiemann, a.O., Bd. 4, Anl. 4, S. 382 ff. 17./29. Nov. 46.

[86]) Fr. W. war zu seinem Schreiben wohl angeregt worden durch einen Brief des Fürsten von Leiningen vom 6. 2. 47, in dem dieser angesichts der aus Frankreich drohenden Gefahren den Gedanken einer preußisch-englischen Allianz vertrat. s. Valentin, V.: Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem, Stuttgart/Berlin 1910, S. 26 ff.

der entente cordiale, womit die Fesselung der französischen Politik an die englische gefallen sei. Für England sei der Rücktritt von der entente cordiale die geeignete Gelegenheit zur Annäherung an die Ostmächte. Solange Louis Philipp und Guizot in Frankreich an der Regierung seien, bestünde wohl keine unmittelbare Gefahr, da deren Interessen sich mit denen der konservativen Mächte deckten, aber es sei erforderlich, Vorsorge gegen die drohenden Gefahren nach Louis Philipps Tode zu treffen, „in der guten Zeit Schutz und Wehr gegen die böse Zeit zu schaffen." Das „vollkommene Mittel" für die Sicherung und Befestigung des europäischen Friedens sei: „die Einigkeit und das Verständnis" von Großbritannien, Oesterreich, Rußland, Teutschland und Preußen. Dies Bündnis zu erreichen, sei seit seinem Regierungsbeginn sein politischer Leitgedanke gewesen und werde es sein Leben lang bleiben.

III. In der spanischen Frage habe ein einseitiger Anschluß Preußens an England zur Diskussion gestanden. Davon könne keine Rede sein, da er seit 34 Jahren in dem Anschluß an die Kaisermächte die beste Sicherung des Friedens erfahren habe. Durch einen einseitigen Anschluß Preußens an England würde diesem Ziel nicht in dem Maße wie bei Bestehen des Ostmächteblockes gedient. Seine Hoffnung ginge dahin, daß, trotz der abweichenden Einstellung der Mächte in der spanischen Frage, England sich der Einsicht nicht verschließen würde, daß sein Anschluß an den Block der drei Mächte im Interesse Europas notwendig sei.[87])

Friedrich Wilhelms politisches Ziel war nach wie vor die Herstellung einer Viermächte-Koalition, als des besten Mittels, den von Frankreich her drohenden Gefahren für den Frieden in geeigneter Weise vorbeugen zu können. Friedrich Wilhelm schwebte unablässig jene Konstellation aus den großen Tagen von 1813—15 — neben dem Ausbau des ständischen Staates — als die Ideallösung aller Schwierigkeiten vor, ohne zu erkennen, daß die ständische Monarchie nicht mehr geeignet war, dem Streben des Nationalismus und Liberalismus nach neuen staatlichen Formen erfolgreich entgegenzutreten, und ohne einzusehen, daß die Voraussetzungen einer Wiederaufrichtung der großen Allianz vor allem durch den Gegensatz der einzelnen Staaten zueinander nicht mehr gegeben waren. Die politischen Gedankengänge, in denen er sich bewegte, und die ihre Ausbildung in der Zeit nach den Befreiungskriegen erfahren hatten, wurden den drängenden Kräften der Zeit nicht mehr gerecht.

Des Königs Werben um England blieb ohne Erfolg. England kehrte nach dem mißglückten Versuch um Unterstützung in der spanischen Sache zur alten Canningschen Politik zurück.

---

[87]) H. A. Rp. 50J, Korr. England, Fr. W. an Prinz Albert, 14. 2.—14. 3. 47.

Am 3. 2. 1847 erging das königliche Patent, das zur Bildung der vereinigten Landstände aufforderte. Welche Bedeutung der König diesem Erlaß beimaß, geht aus einem Schreiben an seinen Bruder Karl vom 19. 3. 47 hervor: „. . . indem Du meine Gesetze vom 3. vorigen Monats als das wichtigste Ereignis seit der Julirevolution erklärst, vergißt Du zwei Ereignisse, die in gleichem Grade als meine Gesetze schlimme Ereignisse für die Julirevolution sind: 1. die Vereinigung Englands mit den konservativen Mächten gegen Frankreich anno 40, um die orientalischen Verhältnisse zu ordnen, und 2. die Aufhebung der entente cordiale. Als 3tes Evènement nehme ich gern meine Gesetze an, denn es ist das erste aktive Entgegenhandeln von einer konservativen Macht gegen die Prinzipien von Volksrepräsentation, die seit der französischen Revolution so viele Staaten erfaßt und ruiniert haben."[88])

Nikolaus allerdings sah in dem Februar-Patent eine unwürdige Konzession an die Forderungen der Zeit; die russisch-preußischen Beziehungen erkalteten daher.[89])

Diese preußisch-russische Trübung ging gerade vor in jener Zeit, als die alte Interventionspolitik der Metternich'schen Aera zum letzten Male eine Rolle spielen sollte. In dem großen Vorspiel der Revolution, dem Schweizer Sonderbundskrieg[90]), in dieser Auseinandersetzung zweier feindlicher Prinzipien, machte das alte Europa noch einmal alle Anstrengungen, gemeinsam die neuen Ideen zu bekämpfen, den Liberalismus und in seinem Gefolge den Radikalismus zu besiegen. Die Großmächte hielten sich auf Grund der von ihnen garantierten Schweizer Neuordnung von 1815 für berechtigt, in die Schweizer Verhältnisse einzugreifen.

Auch Friedrich Wilhelm erkannte die Grundsätzlichkeit der in der Schweiz fallenden Entscheidung, da mit einem Sieg der radikalen Schweizer Forderungen in Europa ein starker Auftrieb des von ihm verabscheuten revolutionären Prinzips zu erwarten sein würde.[91]) Für

---

[88]) Vorhanden im H. A. Rp. 50J, Briefwechsel mit dem Prinzen Karl von Preußen.

[89]) Im Oktober schreibt Nikolaus einen „politischen Absagebrief" an Friedrich Wilhelm. Die persönliche Freundschaft habe zwar nicht gelitten, allein „nous marchons dans des sens différents". s. Schiemann, a.O., Bd. 4, S. 104, Anm. 2 u. 3, 3.—15. Oktober 47.

[90]) In der Schweiz war es zu einem Kampfe zwischen den sieben katholisch-konservativen Kantonen (Sonderbund) und den zwölf liberalen Kantonen gekommen. Das Ziel der Liberalen bestand in der Aufhebung der Kantonal-Souveränität und der Bildung einer starken Zentralgewalt. s. Näf, W.: Der schweizerische Sonderbundskrieg als Vorspiel der deutschen Revolution von 48. Diss. München 1919.

[91]) „In der Schweiz handelt's sich für uns, für die Großmächte . . . . allein darum: ob die Seuche des Radikalismus, d. h. einer Sekte, welche wissentlich vom Christentum, von Gott, von jedem Rechte, das besteht, von göttlichen und menschlichen Gesetzen abgefallen, los und ledig ist, ob diese Sekte die Herrschaft in der Schweiz . . . erringen und so ganz Europa gefährden soll oder nicht . . . Für mich ist es jedes Beweises ent-

ihn war die Angelegenheit noch von besonderer Bedeutung, da der Schweizer Kanton Neuenburg hohenzollernsches Fürstentum[92]) war, das dem König wegen der royalistischen Gesinnung seiner Bewohner und seiner mittelalterlich-ständischen Organisation ganz besonders am Herzen lag.

Er war fieberhaft bemüht, eine europäische Konferenz zustande zu bringen, die einen endgültigen Sieg der radikalen Kräfte in der Schweiz durch Herstellung einer gemeinsamen europäischen Front unmöglich machen sollte. In langen Ausführungen an Bunsen stellte er diesem die ganze Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Fragen vor Augen[93]). Für ihn war es unzweifelhaft, daß ein Sieg des Radikalismus in der Schweiz, d. h. jener destruktiven Kräfte, die den Ruin des bestehenden europäischen Zustandes auf allen Gebieten wollten, Europa unmittelbar gefährdete. Deshalb mußte sich Europa zum entschlossenen Widerstand zusammenfinden, zu einem gemeinsamen „Kreuzzug für den Legitimismus".

Aber da England jede Intervention in der Schweiz ablehnte, so fand sich Friedrich Wilhelm mit Guizot zusammen, denn auch dieser erkannte die Gefahr, die Frankreich von der verstärkten innerpolitischen Opposition bei einem eindeutigen Erfolge des Radikalismus in der Schweiz drohte. Für Friedrich Wilhelm bedeutete dieses Zusammengehen mit Frankreich kein Aufgeben seiner bisherigen Politik, sondern nur eine Frage der Taktik, an der er solange festhielt, wie Guizot in Frankreich an der Regierung war und sich mit den Ostmächten im gleichen Abwehrkampf gegen die revolutionären Strömungen befand. An seiner Grundhaltung zu Frankreich änderte sich damit nichts. Die Genehmigung für Radowitz' Reise nach Paris, der mit der französischen Regierung gemeinsame Schritte in der Schweizer Frage verabreden sollte, hatte er nur erteilt, um sich nicht von Oesterreich in den Verhandlungen bezüglich der Schweiz trennen zu müssen.[94])

Sein Mißtrauen gegen Frankreich war nach wie vor rege. Die Kette der Beunruhigungen durch Frankreich riß nicht ab. Erst im Herbst 1847 hatte Frankreich dem König neuen Anlaß zur Verstimmung gegen Frankreich gegeben. In einem Artikel des „Journal des Débats" vom 23. Oktober 1847 war französischerseits wieder einmal der Gedanke eines neuen Rheinbundes, eines dritten Deutschlands, propagiert worden. Die „Allg. Preußische Zeitung" brachte am 3. November eine scharfe Erwiderung gegen diesen französischen

---

behrlich, . . . daß dieser Sieg einen mächtigen Herd des Verderbens für Teutschland, Italien, Frankreich abgeben wird, einen Herd der Ansteckung, dessen Wirksamkeit unberechenbar und erschrecklich sein wird . . . ." s. Ranke, a.O., 4. Dez. 1847, S. 150 ff.

[92]) Neuenburg war 1707 aus der oranischen Erbschaft an die Hohenzollern gekommen, aber auch zugleich Kanton der Schweizer Eidgenossenschaft.

[93]) Ranke, a.O., S. 146 ff.

[94]) Stern, a.O., Bd. 6, S. 520.

Versuch, die deutsche Einigkeit zu stören und damit die Kraft des Deutschen Bundes und seiner einzelnen Glieder zu schwächen.[95])

Auch betreffs der französischen Haltung in den schweizerischen Wirren sprach Friedrich Wilhelm die Befürchtung aus, daß sich die Franzosen möglicherweise ein Stück der Schweiz aneigenen wollten.[96])

Die Pariser Verhandlungen, die Radowitz zusammen mit dem österreichischen Beauftragten Colloredo führte, „berührten ihn unsympathisch"[97]), zumal die Berichte des preußischen Gesandten in Paris, des Grafen Arnim, und Radowitz' keineswegs günstig lauteten. Die Verhandlungen wegen der Schweizer Frage kamen zu keinem positiven Ergebnis; Ende Januar vertagte man sich nach einem Notenwechsel mit der Schweiz auf Mitte März. Vollständig zerstört wurde diese leise Anbahnung eines freundlicheren französisch-preußischen Verhältnisses durch den Ausbruch der Pariser Februar-Revolution.

Zweiter Teil:

Von der Februar-Revolution bis zu den Dresdener Konferenzen.

1. Kapitel: Bis zum Ausbruch der preußischen Revolution.

Am 27. 2. traf die Nachricht von den Pariser umwälzenden Ereignissen in Berlin ein. Was Friedrich Wilhelm seit langem vorausgeahnt hatte, war eingetreten. Alle die Kräfte der Zerstörung, die er sein Leben lang bekämpft hatte, schienen die Herrschaft in Frankreich endgültig zu ergreifen. Ueber die Bedeutung der Nachrichten war Friedrich Wilhelm keinen Augenblick im Zweifel. Das revolutionäre Frankreich würde in der neubelebten Erinnerung von 1793 die Grenzen überschreiten, um seine Ideen den Völkern aufzudrängen. Ein neuer bewaffneter revolutionärer Propaganda-Krieg gegen das konservative Europa, ein neuer Ansturm gegen die bestehenden Verträge würde die Folge des neuerlichen Sieges der revolutionären Ideen in Frankreich sein. Daher war es notwendig, daß sich die europäischen Großmächte über die Landesgrenzen hinweg zu einer gemeinsamen Frontstellung gegen die Gefahren, die von einer siegreichen Revolution im Westen drohten, zusammenfanden.

---

[95]) Valentin, V.: Gesch. d. deutschen Revol. v. 1848—49, Bd. 1, Berlin 1930, S. 92 ff.

[96]) „. . . daß das violirte Helvetien die Franzosen kriegen könnten. Ja, die Furcht ist gerechtfertigt . . ." s. Ranke, a. O., 8. Dezember 47, S. 170.

[97]) Hassel, a.O., S. 471.

Noch in der Nacht zum 28. 2. schrieb der König in diesem Sinne an die Königin Victoria, um den englischen Anschluß an die Ostmächte vorzubereiten. Er verfolgte keineswegs das Ziel, einen Restaurationskrieg gegen Frankreich zu führen, er betonte, daß es nicht seine Absicht wäre, in die inneren Wirren Frankreichs einzugreifen. Ihm war es darum zu tun, die europäischen Mächte eine „gemeinsame Sprache" gegen Frankreich führen zu sehen, in Paris wissen zu lassen, daß bei dem geringsten Versuch, den Frieden Europas zu stören, die gesamte europäische Macht gegen Frankreich vorgehen würde, „wie in den Jahren 1813/14/15".

Am nächsten Tage, dem 28. 2., empfing der König die Nachricht von Louis Philipps Abdankung. Friedrich Wilhelm empfand wohl eine gewisse Genugtuung über den Sturz der Orléans'schen Dynastie, die sich auf unrechtmäßige Weise den Thron angeeignet hatte. Sah er in dem Ausgang dieses gott- und rechtlosen Regiments eine gerechte Sühne, so waren dessen Folgen doch keineswegs in seinem Interesse. Er öffnete den Brief an die englische Königin noch einmal und fügte hinzu, daß nach den neuesten Nachrichten so bald als möglich die Großmächte eine gemeinsame Erklärung in Paris abgeben müßten. In einem „centre d'entente" in London sah er die beste Gewähr für eine Aufrechterhaltung des Friedens.[98])

In dem preußischen Kronrat, der am 28. 2. unter Vorsitz des Königs stattfand, erklärte er, „daß das feste Zusammenschließen der bei der Erhaltung der rechtlichen Ordnung beteiligten Regierungen das alleinige Mittel sei, um den Frieden zu bewahren, oder, wenn der Krieg aufgedrungen werden sollte, ihn mit Nachdruck und Erfolg zu führen."[99])

Radowitz wurde am 2. 3. nach Wien geschickt, nicht nur um die preußischen Reformpläne bezüglich der deutschen Bundesverfassung vorwärtszutreiben, sondern vor allem, um militärische Maßnahmen gegen einen französischen Angriff zu verabreden. Radowitz sollte in Wien eine Garantieversicherung für die beiderseitigen Staatsgebiete durchsetzen. Friedrich Wilhelm rechnete damit, daß die Ausrufung der Republik in Frankreich wie 1793 zu einem allgemeinen Kriege führen würde. Den Bestand der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Europa galt es vor dem Umsturz zu bewahren. Die Sorge vor der aggressiv werdenden Revolution vereinte sich mit der Befürchtung, vor einem Wiedererwachen der imperialistischen Wünsche und deren Hauptforderung, der Rheingrenze, zu stehen. Die zu ergreifenden Maßnahmen standen Friedrich Wilhelm eindeutig fest. Am 29. 2. hatte er an den Zaren und am 1. 3. an Metternich in ähnlichem Sinne wie an die Königin Victoria geschrieben. Ueber den Inhalt der Briefe sprach er sich in einem Schreiben an v. d. Groeben aus: „Der Inhalt der drei Briefe ist sehr gleich und folgend zu resümieren. Die

[98]) Königin Victorias Briefwechsel und Tagebuchblätter 1821—61, hgg. v. Benson u. Esher, Bd. 1, 1821—49, S. 617, Berlin 1908.

[99]) Koser, R.: Fr. W. am Vorabend der Märzrevolution. H. Z. 83, S. 51.

Durchführung der französischen Revolutionsgrundsätze zerbricht notwendig alle Kronen und stürzt gewiß alle Völker in ein saeculum von Elend, Jammer, Recht- und Gottlosigkeit. W i r schreiben uns von Gottes Gnaden und müssen jetzt allen Völkern beweisen, daß das Wahrheit ist. Die Aufrechterhaltung des Friedens muß unser nächstes, aber nicht unser ausschließliches Ziel sein. Es wird Alles vorbereitet, um im Notfall gerüstet und furchtbar dazustehen. Die Großmächte inclusive des teutschen Bundes haben es lediglich in ihrer Gewalt, die Aufrechterhaltung des Friedens zu erzwingen durch einmütiges und einiges Wort an die Revolution. Es muß lauten: ‚Macht Ihr in Frankreich, was Euch beliebt, fraternisiert, freßt Euch auf, regiert wie Ihr wollt. Wir wünschen uns gar nicht in das letzte Stadium der sozialen Auflösung, das Ihr betreten wollt. A b e r rührt Euch nicht über Eure Grenzen. Der erste Schritt der bewaffneten Einmischung in Italien oder der Verletzung der teutschen und belgischen territorii ist — wir erklären es Euch im voraus — Eure Kriegserklärung gegen uns Alle fünf und dann stehen wir zusammen Einer für Alle wie anno 13, 14, 15 und Ihr werdet zu S e e und zu L a n d e sehen, w a s e s h e i ß t . . .''[100])

Am 2. 3. erließ Lamartine, der neue Außenminister der Revolutionsregierung, sein Manifest an Europa, in dem er neben einem Bekenntnis zum Frieden erklärte, daß die Verträge von 1815 in den Augen der Republik nicht mehr beständen, daß man sie aber doch als Grundlage der Beziehungen zu den europäischen Staaten ansähe. Lamartine bekannte sich zur Demokratie, und behielt sich das Recht und die Mission vor, die freiheitlichen und nationalen Bewegungen der Völker zu unterstützen.[101])

Trotz aller friedlichen Versicherungen dieses Manifestes war der Inhalt durch mancherlei gefährliche Formulierungen[102]) dazu angetan, Friedrich Wilhelm in seiner Besorgnis vor der französischen Revolution zu bestärken. Die französische Auslassung trieb ihn in seinen Bemühungen an, den Abschluß einer europäischen Defensivkoalition zustande zu bringen, um einen erwarteten französischen Ausbruch von vornherein erfolgreich die Spitze bieten zu können. Unterstützt wurde er in dieser Haltung durch den Zaren, der bereit war, die schon lange fällige grundsätzliche Auseinandersetzung mit Frankreich zu führen und dessen Hilfeleistung in einem ausbrechenden Kriege Friedrich Wilhelm sicher sein konnte.

Auch trotz aller friedlichen Erklärungen, die der neue französische Gesandte, Graf A. de Circourt[103]), im Auftrage Lamartines in Berlin

[100]) G. St. A. Nachlaß v. d. Groeben, 1. 3. 48.

[101]) Das Manifest im Wortlaut s. Lamartine, A. de: Histoire de la Révolution de 1848, Tome troisième, Bruxelles 1849, S. 29—36.

[102]) „. . . affranchissement de la France des chaînes qui pesaient sur son principe et sur sa dignité; récupération du rang qu'elle doit occuper au niveau des grandes puissances européennes . . .“ s. Lamartine, a.O., S. 35/36.

[103]) Circourt, konservativ gesinnt, war seit dem 8. 3. als Gesandter in Berlin. Er löste den Marquis Soult de Dalmatie ab, der nach dem Aus-

abgab, minderten sich die Befürchtungen Friedrich Wilhelms in nichts. Er glaubte nicht daran, daß es Lamartine, der selbst auch, wie jeder Franzose, ein Gegner der Verträge von 1815 war[104]), auf die Dauer gelingen würde, die vielen Clubs mit ihren radikalen Zielen, mit ihrer Forderung nach einem Propagandakrieg, nach einer endlichen Beseitigung der bestehenden Verträge, in Schach zu halten. Der Haß der Republikaner gegen das konservative Europa und gegen seine Monarchen kam leidenschaftlich in Frankreich zum Ausdruck.[105])

Friedrich Wilhelm war von der Vorstellung durchdrungen, daß die Republik den Krieg bedeutete. Er sah die Kräfte der Zerstörung, die den staatlichen und gesellschaftlichen Aufbau Europas gefährdeten, von neuem am Werk. Mit der Wiederholung des Geschehens von 1793 würde die Wiederaufnahme der Politik von damals gegeben sein. Deshalb galt es geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Frieden zu bewahren.

Am 9. 3. schreibt er an Bunsen und gibt von neuem seine Stellung deutlich kund. Um dem „rasenden Frankreich" gegenüber den Frieden zu bewahren, gibt es ein Mittel: den centre d'entente in London. Die gemeinsame Sprache der „enormen vereinigten Macht von England, Rußland, Oesterreich, Preußen und Teutschlands Bund" müsse dem „wütenden Tier" deutlich machen: „jeden Traktaten-Bruch und Gebietsverletzung die v e r e i n i g t e M a c h t zu Land und zum Meer entgegenzusetzen wie gegen Napoleon; dann haben die Großmächte . . . wahrlich das getan, was der Lenker der Weltgeschicke in ihre Verantwortlichkeit gelegt hat"[106]). Bunsens verantwortungsvolle Aufgabe wäre es, Sorge dafür zu tragen, daß der centre d'entente umgehend zusammenkomme. Von England müsse die Zustimmung erreicht werden, denn ohne Englands Teilnahme war für Friedrich Wilhelm eine gemeinsame Sprache ohne rechten Wert. Erst durch das Gewicht einer englischen Teilnahme erhielt eine Koalition eine für Frankreich gefährliche Bedeutung.

Militärische Maßnahmen wurden in Preußen getroffen, um einem französischen Angriff nicht unvorbereitet gegenüber zu stehen. Ueber diese gibt der König in einem Schreiben an Radowitz Kenntnis, betonte aber, daß es sich dabei keineswegs um Vorbereitung militärischer Angriffsabsichten handle; es sei ihm darum zu tun, allen von Frankreich kommenden Eventualitäten vorzubeugen. Das beste Mittel sei ein centre d'entente, auf dessen Zustandekommen er „ungeheuren Wert" lege: „zu dem Zweck, gleich nach seinem Zusammentritt zum

---

bruch der französischen Revolution auf die Ausübung seiner amtlichen Funktion verzichtet hatte.

[104]) Lamartine, a.O., S. 15.

[105]) Im halbamtlichen „National" stand am 5. 3. zu lesen: „La France serait heureuse de lutter encore une fois pour le salut du monde et de laisser enfin le glaive de la guerre dans la poitrine du dernier roi." — s. Circourt, A. de: Souvenirs d'une mission à Berlin en 1848, publiés par M. G. Bourgin, Paris 1908; Bd. 1, Einleitung, S. 57. Anm.

[106]) Ranke: a.O., Friedrich Wilhelm an Bunsen 9. 3. 48, S. 178 f.

ersten Male, zum zweitenmal aber, wenn sich Frankreich durch die Assenblée Nationale konstituiert hat und förmlich anerkannt werden muß, ein feierliches Bekenntnis aus einem Munde vor der ganzen Welt zu erlassen", daß man einer Verletzung des Friedens oder dem Bruch der Verträge „zu Land und zu See" entgegentreten werde[107]).

Die Bemühungen des Königs um die englische Zustimmung zu seinem Plan waren vergebens; die englische Antwort, die durch die Königin gegeben wurde und die nach dem 10. 3. in Berlin eintraf, stellte fest, daß von Angriffsabsichten der französischen Regierung nichts zu bemerken wäre; ein centre d'entente berge die Gefahr in sich, von den empfindlichen Franzosen als Wiederherstellung der Koalition von 1815 aufgefaßt zu werden, was einen Ausbruch der französischen Nationalleidenschaft mit ihren unabsehbaren Folgen nach sich ziehen dürfte. Aus diesem Grunde lehne England den Plan des Königs ab[108]). Prinz Albert bestätigte diese von der Königin vorgetragene Ansicht der englischen Haltung und fügte hinzu, daß ein französischer Rheinangriff nach seiner Meinung „den schönen Bund von 1814 . . . auf das glänzendste wiederherstellen wird"[109]).

Somit war dem König die Hoffnung auf Herstellung einer gemeinsamen europäischen Front gegen Frankreich genommen. Immerhin waren auch ohne die englische Mitwirkung für Friedrich Wilhelm bis zum 15. 3. berechtigte Aussichten vorhanden, sein Ziel zu erreichen, die französische Kriegsgefahr mit der beängstigenden Vorstellung eines revolutionären Feldzuges abzuwehren und das monarchisch-konservative Prinzip uneingeschränkt zu behaupten, da die Verhandlungen, die mit Oesterreich und den deutschen Regierungen geführt wurden, erfolgreich waren. In Süddeutschland war die Franzosenfurcht allgemein. Ein Abgesandter des Königs von Württemberg W. v. Menzel erschien am 14. 3. in Berlin, um dem preußischen König den Vorschlag zu unterbreiten, vorübergehend die Bundesgewalt zu übernehmen. Friedrich Wilhelm sollte die Führung bei den gemeinsam zu leistenden Abwehrmaßregeln gegen Frankreich innehaben. Bevor sich Friedrich Wilhelm entschied, wollte er den Zusammentritt seiner Stände am 2. 4. abwarten.

2. Kapitel: Bis zur Präsidentschaft Napoleons (10. Dez. 48).

Inzwischen erschütterten die ersten revolutionären Vorboten auch den preußischen Staat; mit dem 18. März war die Situation vollkommen verändert.

---

[107]) Hassel: a.O. Bd. 1, S. 492—94 Friedrich Wilhelm an Radowitz 10. 3. 48.

[108]) Krusch, B: Letters of Queen Victoria to Frederick William IV. 1848/49 in: The English History Review 5. 3. 48, Bd. 40, S. 106 (1925).

[109]) Haenchen, K.: Revolutionsbriefe 1848 Leipzig 1930. Prinz Albert an Friedrich Wilhelm 6. 3. 48; Nr. 7.

Friedrich Wilhelm hat nicht mehr den allein bestimmenden und entscheidenden Einfluß auf die Richtung der preußischen Politik ausüben können, da dieser auf die rasch wechselnden, konstitutionellen Ministerien überging. Dazu kam noch, daß er durch das Geschehen unschlüssig und ratlos geworden, den Rat Radowitz' befolgte, sich in der folgenden Zeit zurückzuhalten. Das hinderte ihn nicht in der Außenpolitik, soweit er das vermochte, ganz scharf gegen die von dem neuen preußischen Außenminister Arnim (seit dem 19. 3.) betriebene Politik Stellung zu nehmen.

Dieser ehrgeizige Minister führte eine für Friedrich Wilhelms Begriffe revolutionäre Außenpolitik. Dessen Ziele, die preußisch-deutsche Einigung zu erreichen, den deutschen Nationalstaat zu verwirklichen und die Hauptforderung des siegreichen Liberalismus der Wiederherstellung des polnischen Staates zu erfüllen, belastete seine Politik notwendig mit der russischen Feindschaft. Um sich eine Entlastung, in dem von ihm geforderten Kampf mit dem absolutistischen Rußland zu schaffen, suchte Arnim ein Bündnis mit Frankreich abzuschließen. Er machte am 31. 3. ein Bündnisangebot an Frankreich mit der Absicht, im Bunde mit Frankreich den Kampf gegen Rußland zu wagen, das das stärkste Hindernis bei der Wiederherstellung des polnischen Staates und bei der Durchführung liberaler und nationaler Ziele bildete.

Diese Politik, die auf der Basis gemeinsamer revolutionärer Forderungen ihre Ziele durch ein Bündnis mit Frankreich erreichen wollte, widersprach allen Grundsätzen und Anschauungen des Königs. Frankreich hatte mit seinen Februargeschehnissen den Anlaß zu den revolutionären Umstürzen in Europa gegeben. Die Revolution, jenes erobernde das konservative Europa angreifende Prinzip, war in Frankreich heimisch. Hier war der Herd und das Zentrum des revolutionären Geistes, das die europäischen Revolutionen systematisch vorbereitet hatte[110]), das eben in seinen Verbrüderungsfeiern zwischen den 80 000 freiwillig und unfreiwillig in Paris lebenden Deutschen und den Franzosen von neuem den Propagandakrieg zur Umgestaltung Deutschlands forderte. Der Feind stand im Westen. Frankreich verkörperte das revolutionäre Prinzip, ihm galt der erbitterste Kampf. Von einer Berührung mit dem durch die Revolution verdorbenen Land, wie sie duch die Arnim'sche Politik herbeigeführt werden sollte, fürchtete er die Befleckung der preußischen Fahne. Niemals würde er einem Bündnis mit Frankreich seine Zustimmung geben, das ihm als das schlimmste schien, was Preußen treffen konnte.

---

[110]) Diese Ansicht spricht Friedrich Wilhelm verschiedentlich aus. s. Ranke a.O. Friedrich Wilhelm an Bunsen 13. 5. 48, S. 185 f.; 30. 5. 48, S. 190 f. — Brandenburg, E.: Friedrich Wilhelms IV. Briefw. mit Camphausen, Berlin 1906. Fr. W. an Camphausen 6. 4. 48, S. 30 f. — An Prinz Wilhelm, der Preußen verlassen mußte, am 22. 3.: „Statte ihnen Bericht ab über alles, was sich hier ereignet und wie ein lange und künstlich vorbereitetes Complott aus Paris und Süddeutschland durch Polen geleitet Alles gemacht hat!" G. St. A. Rp. 92 Wilhelm I., Nr. 3.

Der Politik Arnims setzte er den festesten Widerstand entgegen. Mit Rußland zu brechen, mit dessen Herrscherhaus ihn so manche herzliche verwandtschaftliche Beziehungen verbanden, mit dem Preußen seit den Befreiungskriegen in fester Freundschaft verbunden, das von allen Stürmen der Revolution unberührt geblieben, das jetzt der letzte Hort des konservativ-legitimistischen Prinzips war, das verbot ihm nicht nur die „Pflicht und das Gewissen", das war „mit seiner Ehre vollends unverträglich"[111]), wie er so bestimmt wie nur möglich zu einer Polendelegation äußerte. Schon, als M. v. Gagern am 23. 3. in einer Unterredung mit dem König, in der Friedrich Wilhelm einen Krieg gegen Frankreich andeutete, das Ansinnen an diesen stellte, um der Popularität der Regierungen willen einen Krieg mit Rußland zu führen, erklärte Friedrich Wilhelm: „Nie und nimmermehr bei Gott, werde ich den Degen gegen Rußland ziehen!"[112])

In einer Unterredung mit einer Posenschen Deputation erklärte er: „Viele der Bewegungen Teutschlands, das Drängen nach nationaler Einheit, kommen von der bangen Ahnung einer Gefahr von Westen, wo zwar nicht die Regierung, aber hundert und abermals 100 000 Stimmen nichts anderes als ein gewaltsames Revolutionieren und die Rheinprovinzen predigen. Ein Krieg gegen Rußland ist unter solchen Umständen unmöglich . . ."[113])

In Friedrich Wilhelms grundsätzlicher Haltung zu den Zeitideen, die jetzt um die Verwirklichung im preußischen Staate rangen, zum Liberalismus und Konstitutionalismus, war durch die Ereignisse des März keine Aenderung eingetreten. Beugte er sich auch wohl dem äußeren Zwang, so bekämpfte er doch die neuen Kräfte, leistete ihrem Wollen, Preußen in einen Verfassungsstaat nach belgischem oder französischem Muster überzuführen, Schwierigkeiten, wo er nur konnte.

Alle die erhobenen revolutionären Forderungen waren und blieben ihm ein französisches Greuel. Mit nicht zu überbietender Schärfe geißelte er das Geschehen seiner Zeit[114]). Sein Glaube an die Richtigkeit des von Gott gewollten, historisch gewachsenen ständischen Staates blieb im wesentlichen unerschüttert. Er bekannte sich auch weiterhin zu einer Ordnung der Dinge, die eben nicht „französischen Ursprunges" war. In jenen Tagen der revolutionären Außenpolitik bildete sich eine Art Nebenregierung, ein ministère occulte aus Männern der altpreußischen Partei, die den Kampf gegen die siegreichen liberalen Tendenzen mit aller nur denkbaren Schärfe aufnahmen und dem König ein wirkungsvolles Instrument boten in seinem Kampf für eine allmähliche Rückbildung der revolutionären Errungenschaften.

---

[111]) Petersdorff, H. v.: König Friedrich Wilhelm IV., S. 106, Erklärungen aus einer Polenrede am 23. 3.

[112]) Pastor, L. v.: Leben des Freiherrn M. v. Gagern. Kempten und München 1912, S. 234.

[113]) Leben und Wirken S. M. Friedrich Wilhelms IV. 1. Teil: Reden, Trinksprüche, Leipzig 1855, S. 151, Nr. 104.

[114]) Ranke a.O. Friedrich Wilhelm an Bunsen 13. 5. 48, S. 184 f.

Zunächst aber galt es die Gefahren zu überwinden, die dem König mit der Arnimschen Außenpolitik gegeben waren, da sie in ihrer Tendenz noch im Banne der siegreichen Revolution stand.

Arnim hatte am 31. 3. der französischen Regierung sein Bündnisangebot gemacht. Aber Lamartine, durchaus nicht Herr der schwierigen innerpolitischen Lage Frankreichs und in der Erkenntnis, daß er sich, um der Beruhigung Frankreichs willen, im Augenblick nicht auf außenpolitische Unternehmungen einlassen dürfe, lehnte dieses Bündnis ab[115]). Wenn auch mit dem französischen Nein der Höhepunkt der preußischen revolutionären Außenpolitik bereits überschritten war, so gingen die Bemühungen Arnims, zu einer Verständigung mit Frankreich zu kommen, den ganzen April hindurch weiter.

Der Widerstand des Königs blieb nach wie vor bestehen. Er empfing aus Frankreich fortgesetzt Nachrichten, die das Schlimmste von seiten der französischen Revolutionäre befürchten ließen.[116]) Friedrich Wilhelm erkannte wohl den Friedenswillen Lamartines an, wie er Circourt in einer ersten Unterredung am 9. 4. bekannte.[117]) Aber die fortgesetzten radikalen Aeußerungen der französischen Presse über die polnische und die deutsche Angelegenheit mit ihren persönlichen Angriffen auf den König, die Bereitschaft Herweghs, der seine demokratischen Freischaren im Elsaß sammelte, um die Revolution in Süddeutschland von neuem zu schüren, ließen den König fortgesetzt mit der drohenden französischen Gefahr rechnen. Die „unleugbare Bedrohung Teutschlands von Frankreich"[118]) veranlaßte ihn, in einer bewaffneten Neutralität Preußens die richtige Politik zu sehen[119]). Er rechnete immer damit, daß jeder Augenblick ein aggressives Vorgehen der französischen Revolutionäre bringen könnte. An den Prinzen Wilhelm, der sich in London aufhielt, schreibt er: „Was hält man in England von Frankreichs Friedfertigkeit gegen Teutschland. Ich halte g a r n i c h t s davon und erwarte jeden Tag den Friedensbruch,

---

[115]) Pfisterer, O.: Preußen und Frankreich im Jahre 1848, Masch.-Diss. Tübingen 1921 S. 53.

[116]) Circourt schrieb darüber Ende März: „les renseignements qui de toutes les sources imaginables parvenaient de Paris au roi et à son conseil . . . jetaient les esprits dans une perturbation indicible . . ." — Circourt a.O. Bd. 1 S. 246.

[117]) Circourt Bd. 1 S. 387 f.

[118]) Brandenburg, E.: König Friedrich Wilhelms IV. Briefwechsel mit Camphausen. 24. 4. 48. S. 42 f.

[119]) Schon in der am 21. 3. erlassenen Proklamation hatte der König erklärt, daß er „für die Tage der Gefahr" vorübergehend die Leitung in Deutschland übernehme. Er hatte gefordert, Aufstellung eines gemeinsamen Landheeres und eine bewaffnete Neutralitätserklärung. Aus einer „Erklärung", die Friedrich Wilhelm zu dieser Proklamation an Camphausen am 28. 3. abgab, ging klar hervor, daß er die Gefahr im wesentlichen von Frankreich her kommend ansah, daß es ihm darum zu tun war, Deutschland zusammenzuhalten, um „das Bollwerk Europas gegen die Revolution und den Despotismus zu sein" als des „Amtes, welches ihm die göttliche Vorsehung augenscheinlich anvertraut hat". s. Brandenburg a.O. Friedrich Wilhelm an Camphausen 28. 3. 48, S. 20 f.

und König Leopold teilt ganz meine Ansicht. Es hängt meines Erachtens nur von den Umständen ab, ob sich die öfters versprengten, sich doch wieder sammelnden republikanischen Scharen in Süddeutschland für länger als Wochenfrist halten. Sogleich erkennt Frankreich sie an und marschiert zu Hilfe, denn umsonst zieht es die großen Truppenmassen gegen Nord- und Südteutschland nicht zusammen. Lamartine will den Frieden; Ledru-Rollin aber den Krieg und der reißt viele mit sich fort . . ."[120])

Dem König war die Frage, ob die Politik Arnims zu einem Bündnis mit Frankreich gegen Rußland führen würde, von enorm grundsätzlicher Bedeutung. Er trug sich im Falle eines Zustandekommens eines solchen mit dem Gedanken, der ihn in dem Revolutionsjahre wiederholt bewegte, abzudanken, um nicht eine Politik treiben zu müssen, die im völligen Widerspruch zu seiner gesamten Staats- und Weltauffassung stand und die ihm schlechthin als „schlecht" erschien. Am 18. 5. 48 schreibt er an Camphausen: „. . . ich erkläre Ihnen auf das Gewisseste und Sie fühlen gewiß den Wert der Gesinnung gegen Sie, welche mich diese Erklärung gerade an Sie richten heißt, ich werde nie **mit** Frankreich gegen Rußland gehen; nicht allein, weil das Tollhauswerk wäre, sondern auch darum, weil es schlecht ist. Kann ich aus einem Défilé derart (in welches ich, Gott ist mein Zeuge! nicht durch **meine** Schuld kommen würde) nicht heraus, so abdiziere ich. — Gewiß und wahrhaftig! Es ist gesagt . . ."[121])

Auch aus den Gerlach'schen Notizen wissen wir, „daß eigentlich das ganze Ministerium für den Krieg mit Rußland, und daß der König ganz allein dawider ist".[122]) — Rückblickend auf die preußische Politik unter Arnim sagt Gerlach: „. . . so bleibt dennoch wahr, daß der König von ganzen und halben Verrätern umringt war, und daß er durch seinen Entschluß, keinesfalls mit Rußland zu brechen und keinesfalls sich mit Frankreich zu verbünden, großes Unheil verhütet hat."[123])

Die guten Beziehungen, die zwischen dem Preußen und Frankreich der Revolution bestanden hatten, verschwanden ebenso schnell wieder, wie sie gekommen waren, da die preußische Regierung einen eindeutigen Kurswechsel in der Polenpolitik, die die beiden Länder zusammengeführt hatte, seit Ende April vornahm.[124])

Am 24. 3. hatte Friedrich Wilhelm den Polen das Zugeständnis der nationalen Reorganisation Polens gemacht. Durch die radikalen Ausschreitungen der aufständischen Polen und den heftigen, von dem König in der Hoffnung auf Vermeidung eines endgültigen Bruches mit

---

[120]) G. St. A. Fr. W. an Pr. W. 30. 4. 48. Rp. 92 W. I Nr. 3.
[121]) Brandenburg a.O. S. 98 f.
[122]) Gerlach a.O. 21. 4. 48, S. 154.
[123]) Gerlach a.O. 31. 8. 48, S. 188.
[124]) vgl. zu dieser Frage besonders Hallgarten, H.: Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution 1848, München-Berlin 1928.

Rußland unterstützten Widerstand der Deutschen in Posen gegen die geplante Neuordnung veranlaßt, erging der Beschluß des Königs am 14. 4. und 26. 4., die deutsch-posener Bezirke von den polnischen loszutrennen und in die Paulskirche zu wählen. Hiergegen empörten sich die Polen vollends, wurden aber von den nunmehr energisch vorgehenden Preußen niedergeschlagen, der Aufstand am 9. 5. endgültig unterdrückt, die Ruhe wiederhergestellt und die angekündigte Umgestaltung untersagt.

In Frankreich sah man die Sache Polens wie eine nationalfranzösische an. In stürmischen Sympathiekundgebungen bekannte man sich zu den Polen, in einer scharfen Note vom 7. 5.[125]) erhob die französische Regierung gegen die preußische Polenpolitik Einspruch, ein Zusammenstoß Preußens mit Frankreich rückte bedrohlich in die Nähe.

Eine starke polenfreundliche Partei forderte in Frankreich militärisches Vorgehen gegen Preußen. Man erging sich in Beschimpfungen gegen den preußischen König[126]), der die im März an die Polen gemachten Zugeständnisse zurückgenommen habe. Am 15. 5. versuchte die französische Polenpartei, unter der Parole des Krieges gegen Preußen wegen der Haltung in der Polenfrage die französische Regierung zu stürzen, die Macht an sich zu reißen. Der Aufstandsversuch wurde niedergeschlagen; damit war die Gefahr eines französisch-preußischen Krieges, der bei Gelingen des Putsches wohl unvermeidlich geworden wäre, wegen der polnischen Frage beseitigt.

Auch alle weiteren Bemühungen der Polenpartei in der französischen Nationalversammlung um eine französische Intervention blieben erfolglos. Frankreich kehrte zur alten traditionellen Politik zurück. Die Debatten, die in Frankfurt um die Frage der deutschen Einigung und um die Herstellung einer deutschen Zentralgewalt geführt wurden, begannen das französische Interesse zu erregen. Am 18. Juni wurde ein Gesetzesentwurf zur Aufstellung von 300 Bataillonen Nationalgarde eingebracht und am 18. Juli von der Kammer angenommen[127]).

Thiers machte bereits auf die Gefahr einer deutschen Einigung aufmerksam[128]), im Comité des affaires étrangères erklärte die französische Regierung zum ersten Male in diesem Jahr, daß ein geeintes Deutschland „Frankreich nicht passen könne"[129]).

Als in den Junischlachten vom 22. bis 27. ein letzter Versuch der Radikalen, die Macht, die sie in den Tagen der Revolution besessen hatten, zurückzugewinnen, durch General Cavaignac blutig nieder-

---

[125]) Pfisterer a.O. S. 64.

[126]) Ley, Fr.: Frankreich und die deutsche Revolution 1848/49, Masch.-Diss. Kiel 1923, S. 73; Pfisterer a.O. S. 66.

[127]) Die Begründung lautete: La France doit être puisament armée afin de garder intacte la part d'influence qui lui appartient justement en Europe. s. Pfisterer S. 79.

[128]) Pfisterer S. 99.

[129]) Ley a.O. S. 97 laut Mitteilung Hatzfeldt's vom 20. Juni.

geschlagen worden war, kehrte die Macht in Frankreich endgültig zur politischen Mitte zurück. Die überlieferte Politik Deutschlands gegenüber wurde wieder aufgenommen, die in dem Vorhandensein einer Vielheit von deutschen Staaten das französische Interesse am besten vertreten sah.

Ergab sich in der Frage der Stellung zu Frankfurt zwischen der französischen und der preußischen Regierung eine gewisse Gemeinsamkeit der Interessen, so war es andererseits die schleswig-holsteinische Frage, die bis zu ihrer vorläufigen Lösung in London am 8. 5. 52 ein ständiges Moment der Spannung zwischen den beiden Staaten darstellte, da die Führung in dem Freiheitskampfe der Herzogtümer gegen Dänemark vor allem bei Preußen lag. Reine machtpolitische Erwägungen ließen hier Frankreich seit dem Sommer 48 wie auch die übrigen europäischen Mächte auf der dänischen Seite stehen. In mehreren Noten brachte Frankreich seine dänenfreundliche Haltung deutlich zum Ausdruck.

Beide Staaten waren im übrigen stark mit ihren inneren Auseinandersetzungen beschäftigt. In Frankreich zeigte sich schon bald ein erstes Anzeichen des kommenden großen Ereignisses. Schnell war dort in dem Revolutionsjahr Napoleon nach oben gekommen, im September wurde er mit großer Stimmenmehrheit in die Kammer gewählt, die bonapartistische Propaganda begann eine neue Blüte zu erleben. Für Friedrich Wilhelm mochte dieses Auftauchen Napoleons nicht unerwartet gekommen sein, denn schon im Mai hatte Ranke, den Friedrich Wilhelm seit der Revolution wiederholt um Rat gefragt hatte, die Präsidentschaft Napoleons vorausgesagt.[130])

3. Kapitel: Von der Präsidentschaft Napoleons (10. 12. 48) bis zu Beginn der preußischen Unionspolitik.

So wurde gegen Ende dieses ereignisreichen Jahres die Stellung Friedrich Wilhelms zu Frankreich durch das politische Geschehen von neuem festgelegt. Mit dem erneuten Auftreten eines Bonaparte wurde das unauslöschliche Erlebnis der Freiheitskriege wieder ganz lebendig in dem König; nur mit Abscheu betrachtete er, wie die Männer seiner näheren Umgebung allgemein, jenes jüngste Mitglied der Familie Bonaparte. Dessen Emporkommen löste bei den Regierungen große und erhebliche Befürchtungen hinsichtlich der politischen Entwicklung in Europa aus.

Friedrich Wilhelm schien der Friede Europas durch das Auftreten Napoleons von neuem bedroht. Zur Herrschaft in Frankreich gelangt, würde Napoleon bemüht sein müssen, die traditionelle Politik seines großen Oheims wieder aufzunehmen, um damit Europa in die Schrecknisse einer neuen kriegerischen Epoche zu stürzen. Bei den

[130]) Ranke sämtl. Werke Bd. 53/54 S. 54, Leipzig 1890.

ersten Nachrichten aus Frankreich über Napoleons voraussichtlichen Wahlerfolg bewegte Friedrich Wilhelm der Gedanke, daß nun die Einigkeit der deutschen Mächte notwendiger denn je wäre. Vor allem Süddeutschland konnte infolge seiner militärisch schwachen Lage von den Franzosen in wenigen Wochen in Abhängigkeit gebracht werden, eine Gefahr, die bei der Herrschaft eines Bonaparte für Friedrich Wilhelm dauernd akut war.

Die Person, die für ihn in jenem Augenblick die Einigkeit der deutschen Staaten verkörperte, war der Erzherzog Johann von Oesterreich, der unbedingt in seiner Stellung als Reichsverweser erhalten bleiben mußte, denn „Louis Napoleon muß schon eine menschliche Gestalt in Teutschland antreffen, wenn er uns überziehen will. Und kommt er an's Ruder, so wird er nicht lange warten lassen auf sich."[131])

Er sorgte dafür, daß sich, trotz des Widerstandes Brandenburgs, noch ein militärischer, von ihm persönlich geschickter Beauftragter, A. v. Willisen, neben dem offiziellen preußischen Vertreter in besonderer Mission seit Ende November in Paris aufhielt, um von dort durch unmittelbare Anschauung dem König ein genaues Bild der französischen Verhältnisse, insbesondere der Person Napoleons, zu geben.[132])

In Frankreich, wo man sich allgemein nach den Wirren des Revolutionsjahres nach Ruhe, nach einem starken Regiment sehnte, wurde am 10. Dezember 1848 Louis Napoleon zum Präsidenten der französischen Republik mit 5,4 von 7,3 Millionen abgegebenen Stimmen gewählt. Von diesem Tage an ist Friedrich Wilhelm nie wieder von der Besorgnis befreit worden, daß von Frankreich die Wiederaufnahme der bonapartistischen Politik drohe, deren erstes Ziel sein mußte, die Verträge von 1815 endgültig zu vernichten. Jederzeit glaubte er, mit dem Angriff Frankreichs am Rhein rechnen zu müssen. Er äußerte sich in jenen Tagen über die von Frankreich her drohende Gefahr: „Sie sehen an der Rheingrenze — nach der Wahl in Frankreich ist kein Zweifel mehr daran — das teutsche Land bedroht. Ich hoffe, daß, wenn ich Mein Volk zu den Waffen rufen werde, es sich seiner Väter würdig zeigen und glorreich wie 1813 Teutschlands Grenzen verteidigen wird . . ."[133])

---

[131]) Briefwechsel zwischen König Fr. W. IV. und dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich (1848—50. hgg. v. G. Küntzel in: Historisch-Politische Bücherei 4, Frankfurt a. M. 1924, 18. November 48.

[132]) Willisen war schon zum zweiten Male in diesem Jahre als preußischer Beauftragter in Paris. Bei seiner ersten Mission Ende September bis Anfang Oktober hatte sich sein Auftrag auf die Stellung der beiden Staaten zu Frankfurt bezogen; seine zweite Mission wird durch die französischen Präsidentschaftswahlen veranlaßt worden sein. Seine Berichte im H. A. bringen nichts wesentlich Neues. s. Haenchen, a.O., S. 225, Anm. 2.

[133]) Reden, Proklamationen usw. Berlin 1861, 3. Aufl. Der König an eine ihm für die Verfassung dankende Deputation, mitgeteilt in Nr. 299 der „Vossischen Zeitung" von 1848.

Auch gleich zu Beginn der Präsidentschaft Napoleons entstand zwischen den beiden Staaten eine kleine Spannung, ein Symptom für das gegenseitige tiefe Mißtrauen, das vor allem auf preußischer Seite gegen den westlichen Nachbarn vorhanden war. In Preußen gingen Gerüchte über einen drohenden Angriffskrieg Frankreichs um. In Frankreich war man seinerseits durch preußische Truppenverschiebungen beunruhigt, die im Anfang Dezember dort lediglich im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen die preußische Nationalversammlung stattgefunden hatten. Aber schon Ende Dezember war diese Spannung beseitigt.[134])

Sollte der König nicht Grund haben, für den Bestand der europäischen Ordnung, für die Dauer des Friedens zu fürchten? Frankreich — das Land, das durch seine Revolutionen so schwere Stürme und Umwälzungen über Europa heraufgeführt hatte, ließ soeben einen Napoleon mit überwältigender Stimmenmehrheit zur Herrschaft gelangen. Sollte es dessen Aufgabe sein, all die unerfüllt gelassenen Forderungen der Revolution zur Verwirklichung zu führen, die Vollendung der Revolution zu bringen? Friedrich Wilhelm bekämpfte seit dem März mit verdoppelter Anstrengung die Revolution in jeder Gestalt. Eben jetzt wurde ein Bonaparte auf Grund des so verhaßten Prinzips der Volkssouveränität an die Spitze der französischen Republik gestellt. Erhielt damit nicht das verhaßte Prinzip von neuem seine Sanktion? Mit grenzenlosem Mißtrauen blickte Friedrich Wilhelm auf die politische Entwicklung Frankreichs. Von dem Gedanken, daß Frankreich eines Tages aggressiv werden würde, kam er nicht mehr los. Als im Anschluß an die Ablehnung der Kaiserkrone[135]) neuerlich revolutionäre Bewegungen in Deutschland aufflammten, war Friedrich Wilhelm besorgt, daß diese revolutionären Erhebungen ihre Anlehnung an Frankreich suchen würden, die man ihnen dort bereitwilligst gewähren würde. Er bat daher den Reichsverweser, für diese Tage der Gefahr die Reichsgewalt in preußische Hände zu übergeben, um so notfalls die geeigneten Maßnahmen gegen den Feind im Westen treffen zu können. „. . . Teutschland muß gerettet werden. Jeder Tag, der diese Rettung hinausschiebt, macht sie ungewisser und er-

[134]) Lange, E.-G.: Frankreichs Preußenpolitik in den Jahren 1849/50. Diss. Berlin 1930, S. 9.

[135]) Fr. W. bediente sich bei der Begründung für die Ablehnung der Kaiserkrone im Verkehr mit seiner Umgebung historischer Analogien, die der französischen Geschichte seit 1789 mit ihrer Folge von umwälzenden Ereignissen, insonderheit dem Wechsel der beschworenen Verfassungen, das geeignetste Anschauungsmaterial und den besten Beweis für seine Ueberzeugung, daß in einer Konstitution und in einer nach liberalen und demokratischen Grundsätzen geführten Regierung keineswegs das Allheilmittel zu erblicken wäre. Aus den Händen des Volkes lehnte er die Krone ab, um nicht das Schicksal Louis Philipps erleiden zu müssen. Außer der bekannten Stelle (an Bunsen 13. 12. 48, Ranke S. 233) verdient ein Brief an v. d. Groeben Aufmerksamkeit, in dem er schreibt: „. . . Die Paulskirchen-Krone macht überdies den, der sie acceptiert, zu ihrer Creatur, wie Louis Philipp die Creatur der Kammer von 30 wurde." G. St. A. Nachlaß v. d. Groeben, 4. Dezember 48. s. auch Haenchen, a.O. Nr. 162, S. 296 ff.

mutigt Frankreich, in seiner alten Rolle als Erbfeind Teutschlands durch die Tat aufzutreten."[136])

Durch die unaufhörlichen innerfranzösischen Streitigkeiten war er dauernd beunruhigt hinsichtlich der politischen Lage Frankreichs, die jeden Augenblick einen völligen Umschwung in den Regierungsverhältnissen und damit einen Wechsel in dem außenpolitischen Kurs möglich machen konnten. „Der Bonaparte dieser Zeit ist aber die Revolution . . . In Frankreich kann jeder nächste Monat einen Umsturz wie vorig Jahr herbeiführen, der diese Gattung Napoleon gegen uns entfesselt und vielleicht siegreich!"[137])

Sein persönlicher ganz starker Haß gegen den Bonaparte hielt ungemindert an; hatte er einst als Haupt der hohenzollernschen Dynastie einen Besuch deren Mitglieder in Paris und am Hofe Louis Philipps an seine persönliche Erlaubnis gebunden, so war er auch jetzt nicht bereit, von dieser Vorschrift abzugehen. Infolgedessen ignorierte der Prinz Georg bei seinem Besuch in Paris im Dezember 1849 den Prinzpräsidenten völlig, worüber sich dieser entsprechend bei Hatzfeldt beklagte[138]).

4. Kapitel: Die Stellung zu Frankreich in der Zeit der preußischen Unionspolitik (bis Oktober 1850).

In der auf die Auflösung des Paulskirchen-Parlaments folgenden Epoche mit ihrem sich immer mehr zuspitzenden Verhältnis zwischen Preußen und Oesterreich sahen die französischen Regierungen eine sich ihnen bietende günstige Gelegenheit, ihre europäische Stellung zu verbessern. Frankreich war bereit, dem einen der beiden rivalisierenden Staaten, Preußen oder Oesterreich, seine Unterstützung angedeihen zu lassen und sich dessen Dank in irgendeiner Form zu verdienen. Zwar wechselte unter den sich rasch ablösenden Ministern des Auswärtigen in Frankreich häufig die Richtung, ob man zugunsten Preußens (die Partei Napoleons) oder Oesterreichs (die Moderierten) eingreifen sollte. Als Ziel blieb bei beiden Richtungen der Gedanke vorherrschend, aus der zu erwartenden Auseinandersetzung in Deutschland eine Verbesserung der französischen Stellung herauszuholen, zumindest aber die Sprengung des Bundes der Ostmächte zu vollenden und damit die für Frankreich so unbequeme Fessel des Ostmächteblocks endgültig zu zerstören.

Der französische Präsident Louis Napoleon hatte während dieser Zeit des preußischen Versuches, die deutsche Frage zu lösen, mit den in der Nationalversammlung herrschenden Parteien, um die Richtung

---

[136]) Briefwechsel zwischen König Fr. W. IV. und dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich, a.O. 18. 5. 49.

[137]) Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Johann Georg und H. Ermisch, Leipzig 1911. Fr. W. an Prinz Johann 8. Nov. 49.

[138]) Lange, a.O., S. 27, Anm. 80.

der französischen Politik zu kämpfen. Diese hielten an der alten Tradition Frankreichs, die im Bestehen vieler deutscher Kleinstaaten das französische Interesse am besten gewahrt sah, fest und neigten daher zu dem als konservativ geltenden Oesterreich. Napoleon suchte jenes andere traditionelle Ziel der französischen Politik zu erreichen, nämlich die Verdrängung Oesterreichs aus Italien durchzuführen. Er war daher, um der Erreichung seiner italienischen Ziele willen, bereit, Preußen in seinen Unionsplänen in Norddeutschland Unterstützung gewähren zu lassen.[139]) Als Entschädigung für die französische Neutralität bzw. Unterstützung gegenüber der preußischen Politik rechnete er mit der Erlangung einer Kompensation. Er hoffte durch die Unterstützung französischen Macht- und Landgewinn, etwa in den linksrheinischen Besitzungen der süddeutschen Staaten oder in Oberitalien, zu erlangen.

Er war bemüht, durch eigenen Einsatz und durch seinen persönlichen Beauftragten Persigny, der seit August 1849 wiederholt in Berlin weilte, die Gunst der politischen Konstellation zu nutzen, und in Preußen vorzufühlen, ob und wieweit man dort bereit war, gegebenenfalls mit Frankreich zu einem für beide Teile vorteilhaften Abschluß zu gelangen.

Aber dieser Versuch, eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich vorzubereiten, war durch die Haltung des preußischen Königs von vornherein zum Scheitern verdammt. Für Friedrich Wilhelm würde es einen Bruch mit seiner gesamten Lebens- und Staatsauffassung bedeutet haben, wenn er auch nur die Möglichkeit einer solchen Annäherung an das durch die Revolution durch und durch verdorbene Frankreich ins Auge gefaßt hätte. Die Grundlage des bonapartistischen Präsidenten und seiner Herrschaft war die Volkssouveränität, diese und die ganze Art der französischen Regierungsweise widersprachen im tiefsten seinen legitimistischen und konservativen Anschauungen, von deren Richtigkeit und Rechtlichkeit er nach wie vor überzeugt war, vollständig. Unüberwindliche Hindernisse standen von vornherein einer Annäherung, die der „unreine Versucher" Persigny[140]) an ihn herantrug, entgegen. Friedrich Wilhelm blieb stetig in seiner tiefen Abneigung gegen den einmischungslüsternen, unberechenbaren Nachbarn im Westen, gegen das Land, das durch das in seinem Staate dargestellte Prinzip der Revolution eine stete Gefahr für die bestehende Ordnung war.

Das Jahr 1850 brachte eine ständige Verschärfung des preußisch-österreichischen Gegensatzes und damit mehrfache Versuche der französischen und auch der preußischen Staatsmänner, den Abschluß eines preußisch-französischen Abkommens zu erreichen.

Auch der preußische Minister des Auswärtigen, Schleinitz, der den Gedanken in Erwägung ziehen mochte, sich in einer eventuellen

---

[139]) s. zu folgendem vor allem: Lange, a.O. S. 22 ff.

[140]) Meinecke, Fr.: Radowitz und die deutsche Revolution, Berlin 1913, S. 256.

Auseinandersetzung mit Oesterreich eine Entlastung durch Frankreich zu verschaffen, oder zumindest doch Oesterreich glauben zu lassen, daß Preußen sich Frankreichs bedienen könnte, fühlte im Anfang März 1850 zum ersten Mal bei dem in Berlin weilenden Persigny vor, wie sich Frankreich bei Ausbruch eines österreichisch-preußischen Krieges verhalten würde. Er deutete den Wunsch Preußens nach französischer Hilfe an, ebenso in der neuerlichen Avance von Anfang Juni, in der er die voraussichtliche französische Haltung im Falle eines ausbrechenden österreichisch-preußischen Krieges festzustellen suchte.[141])

Friedrich Wilhelm mochte diese Besprechungen seines Ministers nicht gehindert haben in Anbetracht der Tatsache, daß sich alles erst noch in einem vorbereitenden Stadium befand. Auch wußte er, wie stark Napoleon mit den verschiedenen Parteien um den entscheidenden Einfluß bezüglich der Richtung der Außenpolitik in Frankreich rang, und wieweit man in Frankreich von einem Abschluß mit Preußen entfernt war, wie unentschieden der „état de ma malheureuse et dangereuse voisine 'la France' "[142]) noch war, der jeden Augenblick mit einer neuen Umwälzung rechnen ließ. Schon im Juni war Friedrich Wilhelm bemüht, diesen Zwiespalt der französischen Politik zu seinen Gunsten auszunutzen und damit jeder weiteren Verhandlung über eine preußisch-französische Annäherung die notwendigen Voraussetzungen zu nehmen. Schleinitz äußerte in dem Juni-Gespräch mit Napoleons Beauftragten die Absicht des Königs, durch einen preußischen Sondergesandten in Paris an Ort und Stelle Erkundigungen über die voraussichtliche französische Haltung einzuholen. Mit diesem Plan, einen Sondergesandten nach Paris zu schicken, verfolgte der König das Ziel, die Fortsetzung einer preußisch-französischen Fühlungnahme unmöglich zu machen. Ein Sondergesandter in Paris, so rechnete der König, würde unter dem Einfluß der dem Präsidenten entgegenarbeitenden starken Strömungen nicht nur die Unwahrscheinlichkeit sondern auch die Unzweckmäßigkeit eines Abschlusses für Preußen angesichts der unsicheren Stellung Napoleons den preußischen Staatsmännern vor Augen führen. Da Persigny und Schleinitz die Schwierigkeiten für ihre Politik erkannten, die durch die Verwirklichung der Absicht des Königs heraufbeschworen würden, widersetzten sie sich der geplanten Mission, die dann auch unterblieb.[143])

Am 15. Juni erfolgte das bekannte Angebot Napoleons an Hatzfeld. Im Falle eines preußisch-österreichischen Krieges werde Frankreich nicht neutral bleiben können. Seine (des Präsidenten) Sympathien führten ihn an die preußische Seite. Er wäre bereit, Preußen seine Unterstützung angedeihen zu lassen, wenn ihm als Entschädigung für seinen Einsatz eine Kompensation in Form eines territorialen Zugeständnisses in linksrheinischen deutschen Gebieten geboten würde.

[141]) Lange, a.O., S. 37 u. 38.

[142]) H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, Fr. W. an Nikolaus 19. 5. 50.

[143]) Lange, a.O. S. 38, Anm. 132, weist hier bereits auf die eigentliche Bedeutung dieser geplanten Sondermission hin.

Nunmehr war es offensichtlich, daß der preußische Staatsmann, der die französische Unterstützung für die preußische Politik erlangen wollte, diese nur erhalten konnte, wenn er bereit war, der französischen Forderung nach deutschem oder österreichischem Gebietserwerb gerecht zu werden.[144])

Für Friedrich Wilhelms Stellung wäre dieser von Napoleon geäußerte Gedanke einer Territorial-Kompensation völlig entscheidend gewesen, wenn es eines Entschlusses noch bedurft hätte. Er war weit entfernt von dem Gedanken, von einer französischen Hilfe Gebrauch zu machen. Er erblickte in dem französischen Angebot tatsächlich eine „satanische Versuchung", wie Sybel das festgestellt hat.[145])

5. Kapitel: Bis zum Abschluß der Dresdener Konferenzen.

Die Politik Radowitz' näherte sich im Oktober 1850 der Krisis. Ein Waffengang mit Oesterreich rückte in greifbare Nähe. Wollte Radowitz seine Politik zum Erfolge führen, so mußte er suchen, die für Preußen so notwendige Entlastung zu erlangen. Eine solche Möglichkeit war u. a. durch eine Allianz mit Frankreich gegeben. Radowitz kannte dieses Mittel und wäre wohl bereit gewesen, es zu benutzen. Am 21. Oktober verzeichnet Gerlach, daß Radowitz im Ministerrat „triumphierend seine Unterredung mit Persigny" mitteilte, „die auf eine Allianz mit Frankreich hoffen läßt".[146])

Allein die „nur zu genaue Kenntnis des Königs . . . , die mir nicht gestattete, ihn in eine Linie hineinzureißen, von der ich bestimmt wußte, daß sie schlechterdings seiner Ueberzeugung widersprach . . .",[147]) und der energische Widerstand der Camarilla[148])

---

[144]) Ein preußischer Staatsmann, dem es gelungen wäre, die französische Forderung auf österreichische Gebiete in Italien abzulenken, würde schwerlich die Zustimmung zu seiner Politik durch den König erhalten haben, da dieser in dem Besitz Oesterreichs in Italien einen letzten Rest der Gebiete des alten sacrum imperium sah, der zu erhalten war.

[145]) Sybel, H. v.: Die Begründung des Deutschen Reiches unter Wilhelm I., Bd. 1, S. 392, München/Leipzig 1890. — P. Matter hat in der „Revue d'histoire diplomatique" 12, 1898, S. 62 ff.: Les missions de M. de Persigny à Berlin, die Ansicht Sybels bekämpft. Er stellt fest, daß Fr. W. sehr wohl mit der Möglichkeit eines französisch-preußischen Abschlusses gerechnet habe. Es sei ihm darum zu tun gewesen, in Wien an die französische Allianz glauben zu lassen. Matter bringt für seine Feststellung keinerlei Argumente bei. Eine Betrachtung der Haltung des Königs in der Novemberkrisis des Jahres muß zu dem Ergebnis führen, daß sich die Ansicht Matters nicht halten läßt. — Für Sybels Ansicht (Bd. 1, S. 395), daß die napoleonische „Versuchung" für Friedrich Wilhelm entscheidend gewesen sei für den Abschluß des Berliner Friedens vom 2. Juli 50, habe ich keinerlei Belege gefunden. Vgl. Lange, a.O., S. 41; Friedjung, H.: Oesterreich von 1848—60, Bd. 2, 1, S. 60, Stuttgart/Berlin 1912.

[146]) Gerlach, a.O., 21. 10. 50, S. 542.

[147]) Aeußerung Radowitz' im Januar 51. s. Meinecke, a.O., S. 258.

[148]) Die Camarilla lehnte die Unionspolitik ab. Für sie war der Hauptfeind die Revolution. Um diese erfolgreich bekämpfen zu können, war es

führten Radowitz dazu, auf eines der Mittel zu verzichten, das seine Politik zum Erfolge bringen konnte, vorausgesetzt, daß er die Härte und den Willen besessen hätte, alle Möglichkeiten eines Sieges seiner Politik zu ergreifen und einzusetzen.

Eine alarmierende Nachricht aus London offenbarte, wie gefährdet die preußische Situation bereits war. Ein Artikel der Times vom 24. Oktober besagte, daß Frankreich und Rußland übereingekommen waren, in die Rheinprovinz bzw. in Schlesien einzurücken, wenn die holsteinische Frage nicht umgehend zu ihrer Zufriedenheit gelöst würde. Die englische Zeitung bekannte sich zu der Ansicht, daß Napoleon durch die Erwerbung der Rheinprovinz Stimmung bei dem französischen Volke für seine Widerwahl zu machen beabsichtige.

Am 25. Oktober teilte Bunsen aus London mit, daß Palmerston ihm bestätigt habe, „das, was der Artikel der Times melde, sei im wesentlichen wahr: Frankreich werde nötigenfalls die Rheinprovinzen besetzen und Rußland in Schlesien einrücken; die entsprechenden Truppenmassen seien von beiden Seiten in Bereitschaft".[149])

Diese Nachrichten aus London trugen stark zu den entscheidenden politischen Entschlüssen bei, die Friedrich Wilhelm in diesen letzten Oktobertagen zu treffen hatte. Napoleon war bereit, in den ausbrechenden Konflikt einzugreifen, die allgemeinen Wirren in Deutschland zu einer Verbesserung der französischen Stellung auszunutzen und die schon seit langem befürchtete Wiederaufnahme der bonapartistischen Politik zu beginnen. Friedrich Wilhelm zweifelte nicht an der Wahrheit der ihm zugegangenen Nachrichten. Er sah sich bereits von einer Koalition umringt, die von Oesterreich mit den vier deutschen Königreichen im Bunde mit Frankreich abgeschlossen war, wofür man Frankreich als Preis die preußischen Rheinlande zur Verfügung gestellt hatte. In diesem Sinne schreibt er an König Friedrich August von Sachsen: „Die Koalition, zu der das durch Brudertreue gerettete Sachsen jetzt gehört, ist im Bunde mit der französischen Republik und hat derselben meine Rheinlande zur Disposition gestellt. Diesmal haben leider!!! die Zeitungen nicht gelogen. Seit gestern hab' ich die Berichte aus London und Paris."[150])

Am 30. Oktober teilte Radowitz dem Könige mit, daß ihm der französische Sondergesandte Persigny ein entschiedenes Dementi bezüglich der Londoner Meldung übergeben habe. Die Times-Nachricht enthielt aber im wesentlichen die Wahrheit; es war tatsächlich von

---

notwendig, daß das konservative Europa der alten heiligen Allianz sich wieder zum gemeinsamen Kampf zusammenfand. Ein Bündnis mit Frankreich verabscheuten sie. Am 2. 5. 50 (S. 469) äußerte Gerlach: Frankreich ist durch die Revolution verdorben. Ein Bündnis mit Frankreich würde „unsere inneren Zustände auf ewige Zeiten verderben". Am 19. 3. 50 (S. 448) „. . . Napoleon . . . dessen Stelle hier die Revolution einnimmt . . ."

[149]) Nippold-Bunsen: Bunsen an Radowitz, Bd. 3, S. 147.

[150]) Pr. Jb. 227, S. 259 ff. hgg. v. H. Kretzschmar. Fr. W. an Friedr. Aug. von Sachsen, 29. 10. 50.

Frankreich und Rußland gemeinsam ein Vorschlag an England über ein offensives Vorgehen gegen Preußen gemacht worden.[151])

Die Erkenntnis von der Bereitschaft Napoleons, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, was in seinen Folgen unabsehbar werden konnte, war für Friedrich Wilhelm mitbestimmend für die Entschlüsse, die in jenen Tagen fielen. Am 3. November wurde Radowitz durch O. von Manteuffel in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten abgelöst. Dieser war entschlossen, den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden.

Radowitz wurde nach London geschickt, um hier für den Kriegsfall eine Allianz mit England abzuschließen. Durch den Hinweis auf das drohende russisch-österreichische Uebergewicht in Deutschland und auf den Bonaparte, der bereit war, den deutschen Konflikt bei seinem Ausbruch zu nutzen und die alte napoleonische Politik wieder aufzunehmen, hoffte Friedrich Wilhelm, England zum Abschluß eines Bündnisses zu veranlassen. Er schrieb an Radowitz: „Fragen Sie die dortigen Minister, wie sie sich der Aeußerung des französischen Präsidenten gegenüber nehmen würden? Sie lautet: Bekriegen sich Preußen und Oesterreich, so sind die Verträge von 1815 eo ipso zerrissen, und er werde danach handeln. Avis au lecteur! . . ."[152])

Weiterhin schrieb er in der Frage des englischen Abschlusses am 14. November drei Briefe, die seine Stellung eindeutig beleuchten.[153]) Er würde sich nie und nimmermehr um der Lösung der deutschen Frage willen mit der Revolution verbünden. Er werde „n u n und n i m m e r m e h r zu revolutionären Mitteln greifen, mich mit Frankreich oder Sardinien verbinden, mich zu Roten oder Gothaern, zu Königsmördern und Kaisermachern neigen . . ."[154])

Friedrich Wilhelm war entschlossen, einen Krieg zu vermeiden, nicht nur, weil ihm eine Auseinandersetzung mit Oesterreich und möglicherweise auch mit Rußland innerlich widerstrebte, sondern weil er klar erkannte, daß diese nur mit dann notwendig werdenden Konzessionen an den verhaßten Konstitutionalismus zu führen war. Ein Krieg mit den Großmächten machte eine Verständigung mit der Revolution notwendig. Dazu kam das lauernde Frankreich, der Hort der Revolution, das bereit war, in die deutschen Wirren einzugreifen, deutsches Gebiet an sich zu reißen und Deutschland eine neue Revolution zu bereiten.

---

[151]) Precht, H.: Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—50, Beiheft 3 der H. Z. 1925, S. 154 u. Anm. 1. P., der die verschiedenen Berichte eingesehen hat, kommt zu dieser Feststellung.

[152]) Radowitz: Nachgelassene Briefe und Aufzeichnungen der Jahre 1848—53. hgg. v. W. Möring, Stuttgart/Berlin 1922. Fr. W. an Radowitz 12. November 50, Nr. 293.

[153]) a) Poschinger, H. v.: Preußens auswärtige Politik 1850—58; unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten O. v. Manteuffel, Berlin 1902, Bd. 1, 1850—52. Fr. W. an Prinz Albert, S. 17;
b) Pr. a. P., Bd. 1, S. 18. Fr. W. an Bunsen;
c) Möring, a.O., Nr. 297, S. 361. Fr. W. an Radowitz.

[154]) Fr. W. an Bunsen, s. unter [153]) b).

Welche Gefahren ihm von Frankreich drohten, das wurde ihm durch die neuesten Nachrichten aus Frankreich klar.

Am 19. November traf aus Paris eine neue besorgniserregende Nachricht ein, wonach der Präsident Louis Napoleon 40 000 Mann und 84 Geschütze im Dreieck Metz-Straßburg-Besançon bereitgestellt hatte[155]). Die Zusammenziehung dieses französischen Observationskorps an der Grenze neben den Artikeln französischer Zeitungen, daß man einer Entfaltung des österreichisch-russischen Uebergewichtes in Deutschland nicht tatenlos zusehen würde, ließen in Friedrich Wilhelm einen neuen Plan zur Lösung des preußisch-österreichischen Konfliktes entstehen[156]).

Sollte es nicht möglich sein, auf Grund dieser französischen Rüstungen eine Einigung mit Oesterreich zu erzielen und gemeinsam gegen den drohenden Feind im Westen Stellung zu nehmen? Friedrich Wilhelm suchte jetzt mit Oesterreich auf der Basis der gemeinsamen Frontstellung gegen Frankreich zum Ausgleich zu kommen. Er wünschte, daß „in einer österreich-preußischen Kollektivnote über die Bedeutung der Rüstungen und der Zusammenziehung von Armeen bei Straßburg" in Paris angefragt würde[157]).

Er nahm, über die Nachricht aus Paris „sehr erregt", wie Gerlach triumphierend berichtet, immer mehr eine entschlossene Haltung gegen Frankreich ein[158]). Jetzt, wo das militärische Eingreifen Frankreichs in bedrohliche Nähe gerückt war und die Meldungen aus Paris besagten, daß Napoleon als der aktivere Teil die Oberhand in der Leitung der auswärtigen Politik Frankreichs gewonnen hatte, war Friedrich Wilhelm entschlossen, die gute Chance für die Beendigung des Konfliktes mit Oesterreich zu nutzen und zugleich die notwendig werdende Festigung des konservativen Europas herbeizuführen. In Anbetracht der von Frankreich drohenden Gefahren mußte es möglich werden, sich mit den Ostmächten auszusöhnen und eine gemeinsame Frontstellung gegen Frankreich zu beziehen.

Friedrich Wilhelm war eifrig tätig, dieses Ziel zu erreichen. Vom 20. November liegt ein Promemoria des Kabinettsrats M. Niebuhr vor, das auf Befehl des Königs ausgearbeitet worden war und das uns genauen Einblick in die Politik gibt, die Friedrich Wilhelm in jenen kritischen Novembertagen trieb, da am Schlusse dieser Denkschrift steht: „genau nach meinen schriftlichen und mündlichen Angaben. Fr. W."[159])

---

[155]) Lange, a.O., S. 47.

[156]) Lange, a.O., S. 46 f., der die in Frage kommenden Quellen durchgesehen hat, kommt zu dem Schluß, daß Frankreich damals bereit war, in einem ausbrechenden preußisch-österreichischen Streit mit militärischen Kräften einzugreifen.

[157]) Pr. a. P., a.O., S. 19/20, Brief Gerlachs an Manteuffel vom 19. November 50.

[158]) Gerlach, a.O., 20. Nov. 50, S. 558.

[159]) Poschinger, H. v.: Denkwürdigkeiten des Ministers O. v. Manteuffel. Unter Friedrich Wilhelm IV., Bd. 1, 1848—51, S. 325 f.

1. Die jüngsten militärischen Maßnahmen der französischen Regierung machen es eindeutig, daß Frankreich mit seiner Politik ein ganz bestimmtes Ziel verfolgt.
2. Der Krieg Preußen-Oestereich soll benutzt werden zur Brechung des österreichischen Einflusses in Italien und zur Wiederaufnahme der alten Rheingelüste.

   „. . . Die Unterstützung einer französischen Armee soll Preußen obtrudiert werden. Preußen, vielleicht nicht mehr im Stande, diese verräterische Hilfe gebührend abzuweisen, soll gebraucht werden, um Oesterreichs Heer aus Italien herauszubringen, und sind nur die Oesterreicher aus der Lombardei, Venetien, aus Toscana, der Romagna herausgeworfen, dann wird Frankreich anfangen, für Preußen seine Rechnung zu machen, und der Preis wird der Rhein sein . . ."
3. Deshalb müsse eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen Platz greifen. Die allgemeine Erregung in der Oeffentlichkeit, die durch den bevorstehenden Bruderkampf entstanden sei, müsse von seiner unnatürlichen Richtung abgelenkt und „zum gemeinsamen Widerstand gegen den alten Erbfeind" gerichtet werden.
4. Ueber die strittigen schwebenden Fragen zwischen Preußen und Oesterreich müsse eine vorläufige Einigung erzielt werden.
5. In Paris solle eine gemeinsame preußisch-österreichische Note feststellen, daß man über die französischen Absichten vollauf im Klaren sei und eine Abrüstung erwarte.

In einem Ministerrat vom 20. November vertrat Friedrich Wilhelm die in dieser Denkschrift enthaltenen Gedanken. Ueber Frankreichs Versuch, Preußen seine Hilfeleistung aufzudrängen, sagte er: „Eine solche Hilfe sei eine große Gefahr; sie könne weder gerufen noch angenommen werden; im Gegenteil, es sei derselben entgegenzutreten." Oesterreich sollte zu einem gemeinsamen Handeln gegen die französische Rüstung bestimmt werden[160]).

Aber die Minister hielten es für bedenklich, Schritte im Sinne des Projektes in Wien zu unternehmen, schon um dadurch Schwarzenberg nicht eine gute Chance zu geben, die österreichische Stellung in Paris durch Mitteilung des preußischen Vorschlages vorteilhaft zu verbessern. Offiziell wurden daher keinerlei Schritte in Wien im Sinne des Vorschlages des Königs unternommen.

Friedrich Wilhelm verfolgte seinen Plan weiter. Als am 15. November Oesterreich ein Ultimatum in der hessischen Frage in Berlin überreichen ließ, erklärte Friedrich Wilhelm in dem gegen Mittag stattfindenden Ministerrat, Manteuffel solle in der geplanten Zusammenkunft mit Schwarzenberg, ausdrücklich auf die Gefahren, die von Frankreich her drohten, hinweisen. „Es sei an 1815 zu erinnern, wo

---

[160]) Sybel, a.O., Band 2, S. 47.

der vorbereitete Kampf durch Napoleons Rückkehr verhindert worden sei."[161])

In einem für Manteuffel bestimmten Brief, den der König vor dessen Abreise nach Olmütz an ihn richtete, heißt es: „Die noch größere Verantwortung und Gefahr einer französischen Einmischung, welche die unmittelbare Folge eines Krieges in Deutschland ist, und deren nahe Gefahr auf die unzweifelhafteste Weise für jeden, der seine Augen nicht mutwillig verschließt, durch die gänzlich unmotivierte Zusammenziehung bedeutender Heeresmassen bei Metz und bei Straßburg verkündigt werden", fordern dringend, daß die kurhessische Angelegenheit bereinigt und damit ein Ausgleich zwischen Oesterreich und Preußen geschaffen wird.[162])

Friedrich Wilhelm wandte sich an Franz Joseph in der Hoffnung, daß durch das persönliche Eingreifen der Monarchen die Beilegung des Konfliktes in der von ihnen gewünschten Weise am wirksamsten gefördert werden würde. Die drohende französische Gefahr, die nicht nur die beiderseitigen Staatsgebiete gefährde, sondern die auch die nur mühsam niedergehaltene Revolution in Europa wieder zum Aufflammen bringen würde, lasse die Notwendigkeit einer Verständigung sehr dringlich werden. In den strittigen Fragen müsse ein Ausgleich gefunden werden, „um nicht Veranlassung zu einem neuen dreißigjährigen Kriege und am Ende noch einer französischen Einmischung und Entehrung Teutschlands durch diesen alten Erbfeind zu sein. Ein Blick auf die zwei Armeen, die sich in Lothringen und im Elsaß in diesem Moment bilden! Das muß jeden Zweifel, jede Frage, jedes Bedenken lösen. Und welche von Gott gegebene Gelegenheit, allen kriegerischen Gelüsten, dem ganzen Strom der Meinungen plötzlich eine andere, heilsame, nationale Richtung zu geben! Eine kleine Schwenkung unserer großen Heere, eine brüderlich-gemeinschaftliche, würdige Frage nach drüben, und das heilsamste Wunder ist bewirkt, das innere Kriegsgeschrei ist tot und ein Krieg mit der argen Revolution da drüben wird unmöglich, darum, weil ‚wir' zur rechten Stunde und vereint die Zähne gewiesen haben. Das . . . ist teutscher Sinn, das ist Vaterlandsgefühl, das ist zeitgemäß, das ist schwanger von unermeßlichem Segen . . ."[163])

Friedrich Wilhelm hielt an den ihn vor allem beherrschenden Gedanken des Kampfes gegen die Revolution, in die er Frankreich und seit den Ereignissen des Jahres 48 ganz besonders mit einbezog, fest. Die „Revolution", worunter er alle jene Kräfte zusammenfaßte, die gegen die alte, überlieferte konservativ-monarchische staatliche und gesellschaftliche Ordnung Europas Sturm liefen, die „das Aufheben der göttlichen Ordnung, das Verachten, das Beseitigen der rechten

---

[161]) Sybel, a.O., Band 2, S. 53.

[162]) Pr. a. P., a.O., Friedrich Wilhelm an Manteuffel, 25. Nov. 50, S. 25 f.

[163]) Pr. a. P., a.O., Friedrich Wilhelm an Franz Joseph, 26. Nov. 50, S. 29 f.

Ordnung"[164]) erreichen wollten, blieb ihm zeitlebens das böse Prinzip schlechthin. Deshalb war er bemüht, der zum Krieg hindrängenden Entwicklung, die bei ihrem Losbrechen einer Förderung der revolutionären Sache gleichkam, Einhalt zu gebieten. „Das weitere Vorschreiten (der politischen Verwicklung) wäre nicht mehr in meiner Sache, sondern in Sachen der Revolution gewesen, und diese allein hätt' ich als Zukunft anerkennen müssen. — Ich! — der ich schlafend und wachend keinen anderen Gedanken als den habe, die Revolution zu bekämpfen und zu vernichten."[165])

Vor dem Primat dieser Forderung traten alle anderen Fragen zurück. Das Problem der zukünftigen Gestaltung Deutschlands mit den Mitteln einer für ihn verwerflichen Außenpolitik, wozu er eine Allianz mit Frankreich rechnete, zu lösen, war für den König undenkbar.

In der Folgezeit kehrte Friedrich Wilhelm wieder ganz zur konservativ-ostmächtlichen Politik der alten Allianz zurück. In Olmütz sah er nicht so sehr die Niederlage, die Preußen in seiner deutschen Politik erlitten, sondern ihm bedeutete Olmütz den ersten Schritt zur Rückkehr in das konservative Lager der Ostmächte, mit denen man sich wieder fest zusammenfand auf der Basis des gemeinsamen Kampfes gegen die Revolution als europäisches Prinzip[166]).

Auf den Dresdener Konferenzen (Dezember 50 bis Mai 51) unterstützte Friedrich Wilhelm die Pläne eifrig, die das Ziel hatten, die Verständigung mit Oesterreich weiter auszubauen. Der Gedanke einer kommenden Auseinandersetzung mit dem revolutionären Frankreich, dessen Spitze ein Bonaparte einnahm, ließ es ihm sehr erwünscht erscheinen, daß die geplante Territorialgarantie mit Oesterreich zustande kam, allein schon mit Rücksicht auf „die Convulsionen, welchen Frankreich durch die Präsidentenwahl und was damit zusammenhängt, ausgesetzt sein dürfte"[167]). Was ihn am meisten bewegte, erkennt man, wenn man liest, worauf er den casus foederis bezogen wissen wollte. Auf 1. Napoleon, 2. Revolution, 3. Schweiz.

Die Dauer des Bündnisses sollte bis 1852 bestimmt sein, bis „die brennende Frage der Reelection oder Nichtreelection Louis Bonapartes in Frankreich gelöst sein wird . . ."[168])

Am 16. 5. wurde das geheime Schutz- und Trutzbündnis zwischen Preußen und Oesterreich auf 3 Jahre abgeschlossen mit der Bestimmung einer Gesamtgarantie der beiderseitigen Staatsgebiete. Sein Charakter wurde im wesentlichen bestimmt durch die Sorge vor einer durch die napoleonische Politik veranlaßten europäischen Verwicklung.

---

[164]) Brandenburg, E.: König Fr. W. s. Briefw. m. Camphausen, a.O.; Fr. W. an E. M. Arndt, 18. 3. 49, S. 249 f.

[165]) Pr. Jbb. 227, S. 261; Fr. W. an Fr. Aug. v. Sachsen. 7. 2. 51.

[166]) Sybel, a.O., Bd. 2, S. 56, stellt fest, daß Olmütz „dem Könige, wenn nicht als ganzer, so doch als halber Triumph . . . erschien".

[167]) Pr. a. P., a.O., Friedr. Wilhelm an Mant., 24. IV. 51, S. 155.

[168]) Pr. a. P., a.O., Friedrich Wilhelm an Manteuffel, 24. 4. 51, S. 155.

Dritter Teil:

Von den Dresdener Konferenzen bis zur Kaiserproklamation Napoleons (2. Dezember 1852).

1. Kapitel: Bis zum Staatsstreich vom 2. Dez. 1851.

Mit dem Abschluß der Dresdener Konferenzen setzte die Zeit der Reaktion mit verstärkten Kräften ein. Außenpolitisch kehrte Preußen zur alten Politik der heiligen Allianz zurück; der konservativ-legitimistische Gedanke war allein bestimmend für die Richtung der preußschen Politik im Innern wie nach außen hin. Von neuem wurde das einigende Band für die Politik der Ostmächte wie vor den umwälzenden März-Ereignissen die Gemeinsamkeit der Interessen im Kampf gegen liberale und demokratische Ziele, gegen Frankreich, an dessen Spitze wieder ein Bonaparte stand, der sich auf das revolutionäre Prinzip der Volkssouveränität stützte und somit die lebhaftesten Befürchtungen bei den europäischen Mächten für die Zukunkt hervorrief. Rein äußerlich kam die Wiederaufnahme des alten Kurses der vormärzlichen Politik durch die Neubelebung der persönlichen Zusammenkünfte der Monarchen zum Ausdruck. Zum ersten Male seit der Revolution trafen Friedrich Wilhelm und der Zar im Mai 1851 in Skiernewize wieder zusammen, womit der Beginn einer wirklichen preußisch-russischen Versöhnung gegeben war.

In steigendem Maße gewann die Camarilla Einfluß auf den Ablauf der Geschehnisse in Preußen. Diese Männer, die sich um L. v. Gerlach scharten, sahen in dem rücksichtslosesten Kampf gegen das Prinzip der Volkssouveränität als des tragenden Gedankens der Revolution die Hauptaufgabe ihrer Zeit. Die Generation, die in der Camarilla zur Auswirkung gelangte, war durch die Erlebnisse der Freiheitskriege entscheidend geprägt worden. Der Haß gegen den Bonaparte und die Verachtung der von Frankreich propagierten Ideen waren die Richtschnur ihrer gesamten Staats- und Lebensauffassung. Sie lebten in der Ueberzeugung, daß eine große Auseinandersetzung mit dem bonapartistisch-revolutionären Frankreich die Entscheidung darüber bringen müsse, ob das konservativ-legitimistische Prinzip oder das Prinzip der Volkssouveränität in Europa herrschen würde.[169])

---

[169]) Vgl. die Aeußerungen L. v. Gerlach's, a.O.: Die Wurzel allen Uebels sei, daß man 1830 versäumt habe, die Revolution in Frankreich zu bekämpfen. Durch diese Unterlassung habe man sie sanktioniert. 6. Juni 48, S. 164; Hauptaufgabe für 1851: „1. Besiegung der Revolution in Deutschland, 2. Restauration in Neuenburg . . . Aus der Restauration der Schweiz ergibt sich aber von selbst: 3. Die Restauration in Frankreich . . . Nur hier kann die Revolution ihr Ende finden." 7. 1. 51, S. 584; „Das Kapitel der Geschichte von 1815 bis jetzt und noch weiterhin könnte man überschreiben: Kampf der Revolution gegen die heilige Alliance. Den Revolutionären selbst ist diese Auffassung nicht fremd. Radowitz' Politik wollte Preußen von der heiligen Alliance losreißen . . ." 26. 5. 52, S. 769.

Die Camarilla konnte ihren Einfluß auf den König hervorragend geltend machen, dank jener allmorgendlichen „Kaffeevorträge", die Gerlach über die eingelaufenen Depeschen zu halten hatte und die ihm genügend Gelegenheit gaben, den König in die gewünschte Richtung bezüglich der Beurteilung der politischen Ereignisse zu lenken.

Neben der Camarilla bemühte sich noch der leitende Minister O. v. Manteuffel um den entscheidenden Einfluß auf die von Friedrich Wilhelm zu treffenden politischen Entschlüsse. Da sich Friedrich Wilhelm gelegentlich, dank seiner hohen Vorstellung von der monarchischen Stellung, recht nachdrücklich vorbehielt, den Ablauf des Geschehens zu bestimmen, wird es dem „Historiker, der Gerechtigkeit üben will", sehr schwer, „zu scheiden, was bei der preußischen Politik der Jahre 1849—55 von dem Könige, was von seinen Ministern, was von der an seinem Hofe wirkenden ‚kleinen aber mächtigen Partei' ausgegangen?"[170])

In einem Ziel waren sich diese verschiedenen Faktoren der preußischen Politik einig, nämlich in ihrem Kampf gegen die Revolution, deren „Incarnation" Frankreich war; Friedrich Wilhelm glaubte die französische Entwicklung ganz eindeutig zu sehen: Aus der Julimonarchie war die Republik hervorgegangen, aus dieser hatte sich die Herrschaft Napoleons heraus entwickelt, damit wurde nochmals ein Kampf mit Frankreich notwendig. Der Gesichtspunkt des europäischen Kampfes gegen die Revolution und das neue bonapartistische Frankreich blieb auch weiterhin bei ihm vorherrschend.

In der Zeit der Reaktion trat die französische Politik eindringlich in den Vordergrund des politischen Interesses. Die 4 Jahre der Präsidentschaft Napoleons liefen am 3. 5. 52 ab, die Wiederwahl war laut einem Artikel der herrschenden Konstitution nicht gestattet. Die Fragen, die sich im Zusammenhang mit der kommenden Präsidentschaftswahl in Frankreich ergaben, beschäftigten Friedrich Wilhelm lebhaft. Würde Frankreich eine neue Krisis erleben? Würden Anarchie und Bürgerkrieg von neuem das Land schütteln und damit wiederum auch die schlummernden revolutionären Kräfte in Europa in Bewegung setzen? Oder würde Napoleon die Hindernisse, die einer Fortdauer seiner Regierung im Wege standen, beseitigen? Würde nicht mit der Stabilisierung der Autorität im französischen Staatsgefüge eine für Europa begrüßenswerte Niederlage des Konstitutionalismus verbunden sein? Andererseits würde sicherlich die Festigung der innerstaatlichen Verhältnisse in Frankreich eine starke Außenpolitik, eine Wiederaufnahme der Politik seines Oheims im Gefolge haben. Mt dieser letzten Erwartung, daß der Neffe des großen Bonaparte wegen der allgemeinen Hoffnungen, die man an seine Herrschaft knüpfte, notwendig zu einer Wiederaufnahme der

[170]) Gerlach, a.O., Bd. 2 (1892), 30. 3. 55, S. 298. — Vgl. Hartung, Fr.: Verantwortliche Regierungen, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848—1919. F. B. Pr. G. 44, 1932, S. 1—45.

bonapartistischen Politik kommen müßte, glaubte Friedrich Wilhelm ganz fest rechnen zu können.

Die Fragen, die auf den König bei der Betrachtung der Geschehnisse des westlichen Nachbarlandes einstürmten, ließen ihn dauernd vor Frankreich auf der Hut sein, wo seit dem Sommer 1851 eine Umwälzung durch Napoleon zu erwarten stand. Er war gewillt, jeder französischen Friedensstörung sofort entgegenzutreten, aber auch bemüht, jeden Anschein einer aggressiven Absicht zu vermeiden. Er würde bereit sein, den österreichischen Besitz in Italien zu verteidigen, so schreibt er den Prinzen Johann, „muß ich nicht mit 400 000 Mann dem Herrn Präsidenten am Rhein begegnen . . ."[171])

Seiner Schwester Charlotte sprach er von der Hoffnung auf ihren Besuch im folgenden Jahre in Preußen, „wenn M. le Président uns nur kein störendes Unheil schickt!"[172]) Und am 13. Oktober 1851 schreibt er an Radowitz im Hinblick auf Frankreich: „wird's ernst, so ist Ihr Rat unentbehrlich."[173])

2. Kapitel: Der Staatsstreich Napoleons vom 2. Dezember 1851. Friedrich Wilhelms Stellungnahme.

Am 2. Dezember 1851 bereitete Louis Napoleon durch einen Staatsstreich seinen Griff nach der höchsten Gewalt in Frankreich vor. Auf Teile der Armee gestützt, löste er die National-Versammlung auf, ließ deren angesehenste Mitglieder verhaften, dekretierte eine Verfassung, hob alle Stimmrechtsbeschränkungen auf und ließ sich durch ein Plebiszit vom 20./21. Dezember zum Präsidenten der französischen Republik auf 10 Jahre wählen[174]).

Mit dem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 begann für die Großmächte eine fast ununterbrochene Kette von schwierigen diplomatischen Verhandlungen über die Frage, wie die Mächte sich zu der von Frankreich neu geschaffenen Situation verhalten wollten. Eine Bestimmung des von den vier Großmächten am 20. November 1815 abgeschlossenen Allianzvertrages wurde durch das Vorgehen Napoleons in Frage gestellt, nämlich der Artikel 2, der besagte, daß die Dynastie der Bonapartes für alle Zeiten von der „pouvoir suprème" in Frankreich ausgeschlossen sein sollte, wofür man bereit war, sich gegebenenfalls mit Waffengewalt einzusetzen.[175])

Mit den Bestimmungen dieses Vertrages war die Stellung Napoleons als Präsident der Republik, dem lediglich die Exekutive

---

[171]) Briefwechsel zwischen den Königen Johann v. Sachsen und Fr. W. IV und Wilhelm I. v. Pr., a.O., 8. Aug. 51, S. 279.

[172]) H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, Fr. W. an Charlotte 19. 10. 51.

[173]) Meinecke, a.O., S. 540.

[174]) Vgl. z. Folg.: Salomon, R.: Die Anerkennung Napoleons III. in: Zeitschr. f. osteurop. Geschichte 1912, Bd. 2, Heft 3, S. 321—366.

[175]) Der Vertrag von Chaumont, abgedr. bei: Martens, G. Fr.: Nouveau recueil de traités, Serie II, Bd. II, 735.

zustand, vereinbar gewesen; jetzt aber, nachdem die Nationalversammlung aufgelöst worden war, war der Präsident zum Träger der „pouvoir suprême", zum absoluten Herrscher Frankreichs geworden.

Die Mächte Europas waren ähnlich wie Friedrich Wilhelm zunächst von dem Gedanken beherrscht, daß Napoleon durch seinen Kampf und sein Vorgehen gegen den demokratischen Parlamentarismus, durch die Wiedereinsetzung einer eindeutigen Autorität in Frankreich der antirevolutionären Sache Europas einen großen Dienst geleistet hatte. Diese Freude über die entschlossene Tat Napoleons zur Sicherung der Ruhe und Ordnung in Europa wurde jedoch durch die Verletzung jenes Artikels von 1815 getrübt, zu dessen Aufrechterhaltung man sich „mit allen Kräften" zu sorgen verpflichtet hatte, und durch die lebhaften Befürchtungen, die man für die weitere Entwicklung in Frankreich hegte. Wegen dieses Zwiespaltes herrschte bei den Ostmächten allgemeine Zurückhaltung; über die Ereignisse vom 2. Dezember gaben Preußen, Rußland und Oesterreich daher gemeinsam die Erklärung ab, daß sie das französische Geschehen als eine innere Angelegenheit Frankreichs ansähen, die wegen ihrer Bedeutung für die Bekämpfung der Demokratie zu begrüßen wäre.

Wie Friedrich Wilhelm sich zu dem französischen Ereignis stellte, kam in einem Brief an Nikolaus zum Ausdruck: Napoleon ist Präsident auf 10 Jahre geworden. Er wird nicht zögern, den Kaisertitel anzunehmen. „. . . s'il durera plus long que son estimable oncle de cauchemareuse mémoire . . . ?" Im Vertrauen „sur les sentiments loyaux de l'immense majorité de mes sujets" hoffe er die Schwierigkeiten, die aus Napoleons Tat erwachsen könnten, zu überwinden. Es sei sein Wunsch, daß es Napoleon auch weiterhin gelingen möge, die „Roten" mit Kraft und Energie niederzuhalten. „C'est un service qu'il nous rend, à nous tout aussi bien qu'à lui-même. Je désire ardemment qu'il se soutienne aussi longtemps que durera cette lutte et qu'il ne succombe que sous le poids de la couronne impériale ou ne s'éteigne que devant l'aurore de la Légitimité. Avant tout je demande à Dieu qu'il nous réunisse dans le courant de l'année prochaine et que celle-ci s'écoule paisiblement mais qu'elle se montre mortelle au constitutionalisme moderne! . . ."[176])

Ueber die Frage der Anerkennung findet sich in diesem Schreiben kein Wort. Gerlach berichtet uns, daß Friedrich Wilhelm bei dem Zaren angefragt habe, wie sich dieser gegenüber einer Anerkennung Napoleons als Kaiser verhalten würde. Während Nikolaus hatte mitteilen lassen, er würde niemals seine Anerkennung erteilen, hatte Friedrich Wilhelm erklärt, er würde sich anders verhalten, da er nur in Louis Philipp einen Usurpator sähe. Für den König stellte die Republik als Staatsform keine rechtmäßige Obrigkeit dar, womit eine Usurpation über diese durch Napoleon niemals gegeben war.[177]) Auch mochte der König erkannt haben, daß es ohne Anwendung militäri-

[176]) H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, Fr. W. an Nikolaus, 12./24. 12. 51.
[177]) Gerlach, a.O., 17. Dez. 51, S. 707.

scher Kraftmittel nicht möglich sein würde, Napoleon auf eine Machtstellung verzichten zu lassen, die er praktisch schon in den Händen hielt. War es nicht notwendig, daß Napoleon weiter an der Spitze des französischen Staates stand, wollte man nicht von neuem revolutionäre Wirren über Frankreich und damit über Europa heraufbeschwören?

Auch Friedrich Wilhelm sah in dem Staatsstreich Napoleons einen Sieg der Autorität, einen Erfolg der militärischen Kräfte über die parlamentarisch-demokratische Anmaßung. Soweit die Tat Napoleons dazu angetan war, der Ordnung in Europa förderlich zu sein, war er mit ihr einverstanden; er trug sich mit der Hoffnung, die Situation, die durch den Sieg Napoleons über die Demokratie geschaffen worden war, zu Verfassungsänderungen in Preußen ausnutzen zu können. Gerlach berichtet: „Der König war in high spirits über die sich an Louis Bonapartes Streich knüpfenden Hoffnungen. Jetzt müsse man mit den Verfassungsänderungen vorgehen."[178]) Und: „es wäre nicht zu verkennen, daß Bonaparte zwei von unseren Feinden, bei denen immer des einen Niederlage der Sieg des anderen war, gleichzeitig geschlagen hat, nämlich die Konstitutionellen und die Roten."[179])

Anerkannte Friedrich Wilhelm einerseits das Verdienst Napoleons im Kampfe Europas gegen die Revolution, so war er sich andererseits aber auch der schweren Gefahren bewußt, die in Europa durch das Vorgehen Napoleons heraufbeschworen wurden. So wurde durch seine mannigfachen Befürchtungen, die er hinsichtlich der Zukunft hegte, die Stärke seiner anti-bonapartischen Gesinnung in nichts herabgemindert. Napoleon — so sagte er sich — würde nicht bei dieser Stellung als unumschränkter Präsident stehen bleiben, die Entwicklung in Frankreich würde bald zu einer neuen Monarchie eines Bonaparte führen, womit notwendig die für die Franzosen so teure napoleonische Tradition wieder aufgenommen werden mußte.

Durch den guten Klang seines Namens und durch die lebhaften Erinnerungen an das ruhmreiche erste Kaiserreich mit der überwältigenden Zustimmung der Nation zur Herrschaft gelangt, würde Napoleon „. . . auf Grund der revolutionären und militärischen Erinnerungen, in den inneren Trieben der Dinge, von denen die Macht des Gebieters sich her schrieb und die ihn fortreißen konnten . . ."[180]), ob er wolle oder nicht, den großen Hoffnungen der Franzosen gerecht werden und eines Tages die bonapartistische Politik wieder aufnehmen müssen. Seine Regierung bildete daher eine Gefahr für den Frieden und den territorialen Bestand Europas. Friedrich Wilhelm mit seinem unbedingten Friedenswillen sah den Frieden seit jeher und seit Napoleons Emporkommen besonders stark von Frankreich gefährdet. Er rechnete mit einer kommenden Auseinandersetzung mit diesem Land. In Anbetracht eines zukünftigen gegen Frankreich

[178]) Gerlach, a.O., 12. Dez. 51, S. 705.
[179]) Gerlach, a.O., 16. Dez. 51, S. 706.
[180]) Aeußerung Rankes, a.O., S. 372.

zu führenden Krieges war es notwendiges Erfordernis, geeignete Vorkehrungen in Europa zu treffen, die eine französische Friedensstörung von vornherein zu einem aussichtslosen Unternehmen machten. Sein Bemühen ging dahin, die alte, ihm so lebendig gebliebene Bundesgenossenschaft der vier Mächte, wie sie gegen den ersten Napoleon bestanden hatte, für den bevorstehenden Kampf mit dem Erben wieder aufleben zu lassen.

In den Verhandlungen, die zwischen den einzelnen europäischen Regierungen gepflogen wurden, trat bald die Frage in den Vordergrund, wie man sich zu verhalten gedenke, wenn Napoleon die erwartete Proklamation des Kaiserreichs aussprechen würde. Von den europäischen Mächten zeigte sich Oesterreich am freundlichsten in seiner Stellung zu Napoleon. In einem Memorandum vom 29. Dezember vertrat es den Gedanken einer Anerkennung Napoleons nach seiner Kaiserproklamation durch die drei Mächte ohne England. Es lehnte die Aufrechterhaltung jener Bestimmung von 1815, die die Dynastie der Bonapartes von der Herrschaft in Frankreich ausschloß, als unzweckmäßig ab. Allerdings wünschte auch Schwarzenberg die Abgabe von Garantie-Erklärungen Napoleons für die bestehenden Verträge.

Diesen österreichischen Plan wies Friedrich Wilhelm entschieden ab. Für ihn war gerade die englische Hinzuziehung zu einem gemeinsamen Beschluß der Mächte über die in Frankreich zu erwartende Kaiserproklamation von großer Wichtigkeit.[181])

Sein alter Gedanke, zusammen mit England und den Ostmächten eine gemeinsame Frontstellung gegen Frankreich zu beziehen, war wieder wach in ihm geworden. Friedrich Wilhelm, der sich so oft in der Erinnerung an die großen Tage von 1813—15 begeisterte und dessen politische Haltung wesentlich durch das Erlebnis jener großen Zeit bestimmt wurde, hoffte, daß es jetzt gelingen würde, jene ihm immer als Ideal vorschwebende große Allianz von 1813 wieder herzustellen. Sollte es nicht möglich sein, England, wo soeben (17. Dezember) Palmerston wegen seines weiten Entgegenkommens gegen Napoleon gestürzt worden war, auf die Seite der Ostmächte hinüberzuziehen? Unbedingt zu vermeiden war es jedenfalls, England, wozu es der österreichische Plan bringen konnte, durch die Herstellung einer Dreimächte-Einigung in die weitgeöffneten Arme Frankreichs zu treiben.

Friedrich Wilhelm verfolgte den Gedanken, gemeinsame Maßnahmen der vier Mächte gegen Napoleons Pläne vorzubereiten, und war eifrig bemüht, ihn vorwärts zu treiben. Durch seinen Londoner Gesandten Bunsen suchte Friedrich Wilhelm auf die englische Politik im Sinne der ersehnten Herstellung der Viermächte-Allianz einzuwirken. In einem Schreiben an Bunsen betonte er die Ablehnung des österreichischen Vorschlages, der ihm einem „Napoleonsdienst" gleich-

[181]) Fr. W. zu Gerlach: „. . . Wir dürften in der Sache nichts ohne England tun . . ." Gerlach, a.O., 2. 1. 52, S. 717.

kam; dieser Plan, ohne England die Anerkennungsfrage zu regeln, sei an seinem veto gescheitert. Für ihn käme es darauf an, England zu einem gemeinsamen Beschluß hinzuzuziehen. Denn ohne Unterstützung durch Oesterreich und die deutschen Fürsten könne er von einer Anerkennung des Kaiserreichs nicht zurückstehen, da eine solche Haltung ohne weiteres einer „Kriegserklärung gegen Bonaparte" gleichkäme. Zur Verweigerung seiner Anerkennung sei er nur bereit, wenn England und Rußland „beide solidarisch mein Territorium garantieren und den Angriff Frankreichs auf einen von den dreien als Krieg gegen alle drei ansehen und danach verfahren wollen."[182])

Nach diesem Schreiben wäre es Friedrich Wilhelms Absicht gewesen, Napoleon die Anerkennung als Kaiser zu versagen und im Bunde mit England und Rußland ohne Oesterreich diesen Schritt gegen Napoleon zu wagen. Ohne dies Bündnis allerdings glaubte er seine Anerkennung Napoleon nicht vorenthalten zu können. Allein unter Palmerstons Nachfolger Granville hielt die englische Regierung an ihrer strengen Neutralitätspolitik fest, sodaß die preußischen Bemühungen nicht zum Ziele führten. Um den Verhandlungen in England allen nur möglichen Nachdruck zu verleihen, schickte Friedrich Wilhelm seinen Kabinettsrat M. Niebuhr nach London, der dort an Ort und Stelle die Schwierigkeiten, die einem Abschluß mit England im Wege standen, beseitigen sollte.

In Friedrich Wilhelm wuchs in dem Maße, in dem Napoleon durch die Wiederherstellung im Innern eine größere Kraftentfaltung nach außen erreichte, die Besorgnis vor dem westlichen Nachbarn. Bei der Wiederaufnahme der traditionellen bonapartistischen Politik mußte es Napoleon unmöglich gemacht werden, sich bei ihrer Ausführung der Stütze einer Großmacht bedienen zu können; aus diesem Grunde mußte der Gedanke eines Zusammengehens Englands mit den Ostmächten unbedingt gefördert werden, um so eine politische Isolierung Frankreichs zu erreichen, die für Friedrich Wilhelm ein geeignetes Mittel war, Napoleon in Ruhe zu halten.

Ein anderer Vorschlag, den er diesmal dem Zaren unterbreitete, sah eine allgemeine Besitzgarantie der Staatsgebiete der vier Großmächte und der seit 1815 bestehenden Verträge untereinander vor. Folgende Gesichtspunkte bestimmten sein Schreiben an Nikolaus:

1. Auf Oesterreich ist infolge seiner französischen Neigungen kein Verlaß.
2. Napoleon, der sich durch die Dekrete über die Gütereinziehung der Orléanisten vom 22. 1. viele Feinde geschaffen hat, besitzt in dem Pöbel (populace) und der Armee seine Hauptstützen, durch deren Zustimmung seine Herrschaft im wesentlichen gesichert wird. Um sich ihre Gefolgschaft zu erhalten, muß er in nicht allzu ferner Zeit einen Krieg führen: „l'idée de la

[182]) H. A. Rp. 50J, Korr. mit Bunsen, Fr. W. an Bunsen 11. 1. 52 bei Ranke S. 292 im Auszug.

frontière du Rhin et des Alpes n'a jamais cessé depuis son oncle, de prédominer dans l'une et dans l'autre." Daher besteht eine akute Kriegsgefahr.

3. Durch einen Krieg wird vor allem die Revolution in Ungarn wieder angefacht und den Mächten damit die Möglichkeit genommen, gegen Frankreich gemeinsam vorzugehen.
4. Deshalb muß ein Krieg unmöglich gemacht werden. „Il faut rendre impossible une guerre napoléonienne." Das geeignete Mittel, das es hierfür gibt: „c'est une déclaration publique et solonelle des quatre puissances de la Russie, de l'Angleterre, de l'Autriche et de la Prusse, proclamant à la face de l'univers le renouvellement positif et explicite des garanties de possessions, établies par le congrès de Vienne, les traités de paix et les stipulations depuis 1815 jusqu'à 1848 (!)."
5. Es ist daher notwendig, daß sich die europäischen Mächte schnellstens zu diesem Abschluß bereitfinden, denn sonst wird Frankreich nicht zögern, die Welt vor ein „fait accompli" wie 1830 zu stellen. Die Bemühungen, mit England zu einem Beschluß in dieser Richtung zu kommen, werden durch M. Niebuhr fortgesetzt.[183])

Nach dem Sturz des whiggistischen Ministeriums übernahm am 20. 2. ein Tory-Ministerium unter Derby (Außenminister: Malmesbury), von Friedrich Wilhelm mit großen Hoffnungen begrüßt, die Regierung. Aber auch dieses Ministerium war einem Abschluß in dem von Friedrich Wilhelm gewünschten Sinne abgeneigt. Deshalb kehrte Niebuhr am 27. 2. aus England ohne positives Ergebnis zurück. Der Plan, durch dessen persönliche Bemühungen dem Abschluß einer Viermächte-Uebereinkunft näherzukommen, war damit als vorläufig gescheitert anzusehen.

Anfang März schickte Friedrich Wilhelm einen Sondergesandten Olberg[184]) in besonderer Mission nach Paris, der von dort neben dem offiziellen Gesandten Hatzfeldt genaue Berichte über die französischen Geschehnisse und über Unterredungen mit hohen französischen Persönlichkeiten, sowohl an Friedrich Wilhelm wie an König Leopold

[183]) Schiemann, a.O., Bd. 4, Anl. 14, S. 419. Fr. W. an Nikolaus 14. 2. 52.

[184]) Am 27. 2. 52 gab Fr. W. in einem eigenhändigen Schreiben an Leopold über die Person und seinen speziellen Auftrag Näheres an. Es handelte sich um den Obersten von Olberg, einst Adjutant bei dem Prinzen Karl, der wegen einer Verwicklung mit dem Offizierskorps den Dienst hatte aufgeben müssen. Fr. W. lobte seine Tüchtigkeit und Verschwiegenheit. Er wäre bereits 1848 für ihn in Frankfurt tätig gewesen, wo er wiederholt „sehr gute Dienste" geleistet habe. In Frankreich solle er sich unter dem Vorwande aufhalten, dort seine allg. Kenntnisse zu erweitern. H. A. Rp. 50 J, Korr. mit Leopold, 27. 2. 52.

von Belgien zu senden hatte. Die Berichte, die seit dem März 1852 vorliegen, gingen über den preußischen Festungskommandanten in Luxemburg, Wedell, an den König. Von dieser doppelten Berichterstattung aus Frankreich versprach sich Friedrich Wilhelm viel. Er hat solche Sondermissionen wiederholt durchgeführt. Die Folge war aber auch, daß die preußische Politik, die so vielen Einflüssen zugänglich war, noch mehr den Charakter der Einheitlichkeit verlor. Für den offiziellen Gesandten, in diesem Falle für Hatzfeld, war in Anbetracht der schwierigen Lage in Paris, die eine sorgfältige Behandlung der diplomatischen Beziehungen verlangte, diese Sondermission besonders unangenehm.[185]) Manteuffel, der selbst nicht mit dieser Mission einverstanden war, verhinderte sie nicht. Seine Ansicht über die Berichte Olbergs, die ihm der König zur Einsicht übersandte, ging dahin, daß sie nichts wesentlich Neues, teilweise aber Widersprüche enthielten.[186])

3. Kapitel: Rückwirkung der Neuenburger Frage auf die Stellung Friedrich Wilhelms zu Frankreich.

Die Verhandlungen mit England wegen einer gemeinsamen Haltung gegen Napoleon waren trotz aller Bemühungen des Königs ergebnislos geblieben. In einer anderen, ihm sehr am Herzen liegenden Sache glaubte der König endlich zum Ziele gelangen zu können, nämlich in der Durchführung der Restauration in Neuenburg, wobei er bereit war, „im Einverständnis" mit Louis Napoleon, „seine Märker und Pommern"[187]) nach Neuenburg einrücken zu lassen.[188])

Seit dem Sonderbundskrieg, der den liberalen und radikalen Tendenzen in der Schweiz den Sieg brachte, und seitdem die Revolution auch in seinem „treuen und lieben Ländchen am Jura" erfolgreich gewesen war, suchte Friedrich Wilhelm eine geeignete Gelegenheit, um zusammen mit den Großmächten durch gemeinsame Sprache gegen die Schweiz die Restauration in Neuenburg durchzusetzen. Von der Wiederherstellung der alten Ordnung in Neuenburg versprach er sich eine Stärkung der konservativ-legitimistischen Prinzipien in Europa. Neben dem Wunsche, sich den überkommenen hohenzollernschen Hausbesitz nicht schmälern zu lassen, trieb ihn in der Neuenburger Sache der ihn ständig beherrschende Gedanke: Zurückdrängung der Revolution, zum Handeln vorwärts.

[185]) Hatzfeld sah in dieser Mission einen Ausdruck der Unzufriedenheit des Königs mit seiner Berichterstattung. Vermehrt wurden die Schwierigkeiten, die sich für ihn in Paris ergaben, dadurch, daß man ihn anfangs im unklaren gelassen hatte, in welchem Sinne die Olberg'sche Mission zu betrachten sei. s. Pr. a. P., Bd. 1, Hatzfeldt an Manteuffel, 2. 4. 52, S. 395 ff.

[186]) Pr. a. P., Bd. 1, Manteuffel an Hatzfeldt, 2. 4. 52, S. 393 ff.

[187]) H. A. Rp. 50J, Korr. m. Bunsen, 6. 3. 52.

[188]) vgl. z. Folg.: Bonjour, E.: Vorgeschichte des Neuenburger Konfliktes 1848—56, in: Berner Untersuchungen zur Allgemeinen Geschichte, Heft 5, 1932.

Um zu seinem Ziele der Durchsetzung der preußischen Ansprüche auf Neuenburg bei der Schweiz zu gelangen, mußte er vor allem von der französischen Regierung die Zustimmung erlangen, bei der voraussichtlich notwendig werdenden militärischen Besetzung Neuenburgs, einen Durchzug preußischer Truppen durch französisches Gebiet zu gestatten.

Für Frankreich aber bestand ein lebhaftes Interesse, den Hohenzollern nicht wieder nach Neuenburg zurückkehren zu lassen, um nicht von neuem die Sicherheit seiner Südost-Grenze durch die Existenz von preußischen Truppen in Neuenburg zu gefährden.[189]) Mit Zähigkeit hielt Friedrich Wilhelm trotz aller Widerstände an seinem Plan fest, die preußische Herrschaft wieder nach Neuenburg zurückzuführen und damit der Revolution einen ersten Schlag zu versetzen, der ihr die Macht und die Wirksamkeit der alten konservativen Kräfte eindeutig unter Beweis stellte. Mannigfach waren seine Projekte, wie man die Schweiz zur Nachgiebigkeit zwingen könnte, zahlreich seine Versuche, neben der ihm sicheren österreichischen und russischen Unterstützung die militärisch so notwendige Hilfestellung Frankreichs zu erlangen, häufig waren daher seine Anweisungen an Hatzfeldt, nichts unversucht zu lassen, um ein gemeinsames Vorgehen in dieser Sache mit Frankreich zu erreichen. Aber Frankreich zeigte sich gegen alle preußischen Angebote in dieser Richtung kühl, es lehnte alle Schritte gegen die Schweiz ab, die zu militärischen Maßnahmen führen konnten. Es erhöhte im Februar 1850 die Zahl seiner östlichen Grenzgarnisonen um 13—14 000 Mann, um durch diese „Demonstration"[190]) Preußen zur Aufgabe seiner schweizerischen Politik zu bringen.

So wurden die Beziehungen Preußens zu Frankreich durch die Neuenburger Frage mit bestimmt. Friedrich Wilhelm, dem die Wiederherstellung Neuenburgs eine Herzensangelegenheit war, mußte notwendig die Unterstützung Frankreichs zu erlangen suchen. Durch die Rücksicht auf seine Neuenburger Politik wurde ihm in der Befolgung einer ganz starken Politik gegen Frankreich Zurückhaltung auferlegt.

Erst mit dem Abschluß des Londoner Protokolls am 24. 5. 1852, das Friedrich Wilhelm die ausdrückliche Anerkennung seiner Rechte auf Neuenburg brachte, entfiel dieses Hemmnis einer entschlossenen Politik in der Anerkennungsfrage.[191])

---

[189]) Für die französische ablehnende Haltung gegenüber den Wünschen des Königs spielte auch die Erkenntnis eine Rolle, daß bei einem militärischen Vorgehen gegen Neuenburg ein einmütiger stürmischer Protest aller Liberalen und Radikalen in Europa die Folge sein würde.

[190]) Lange, a.O., S. 27.

[191]) Bonjour, a.O., S. 76, weist darauf hin, daß für Napoleon seine Mitarbeit an dem Zustandekommen einer europäischen Abmachung, seine Teilnahme an dem Abschluß des Londoner Protokolls „die Anerkennung seines Staatsstreiches durch die Großmächte" bedeutete.

4. Kapitel: Diplomatische Verhandlungen in der Anerkennungsfrage.

Mit dem Abschluß der Londoner Konvention traten für Friedrich Wilhelm die Verhandlungen, die in der Anerkennungsfrage gepflogen wurden, wieder stark in den Vordergrund. Nach den Erklärungen Napoleons war die Kaiserproklamation schon im April nur noch eine Frage der Zeit. Auch die Berichte Hatzfeldts und Olbergs ließen Friedrich Wilhelm über das Ziel der napoleonischen Bestrebungen keinen Zweifel.

Für die preußische Regierung waren in dieser Zeit Erörterungen mit Oesterreich, infolge der Fülle der innerstaatlichen Streitfragen, recht schwierig. Die Verhandlungen, die zwischen Rußland und Oesterreich auf der Grundlage des österreichischen Memorandums vom 29. Dezember geführt worden waren, ergaben den Abschluß eines Protokolls, dem Preußen am 22. 5. 52 beitrat. Man einigte sich, in der Proklamation des Kaiserreiches keinen casus belli zu erblicken und bei allen, im Zusammenhang mit der Ausrufung des Kaiserreiches notwendig werdenden Schritten, gemeinsam nach vorherigem Uebereinkommen vorzugehen. Man setzte ferner fest, daß Napoleon vor seiner Anerkennung durch die Mächte eine Garantieerklärung bezüglich der bestehenden Verträge und des status quo in Europa abzugeben habe. Die Anerkennung beziehe sich nur auf die Person Napoleons, käme also keineswegs einer Anerkennung der folgenden Herrscher aus der Dynastie der Bonaparte gleich, womit der Vertrag von 1815 grundsätzlich bestehen blieb.

Die Verabredung ging weiter dahin, Napoleon eine gleichlautende in obigem Sinne gefaßte Note[192]) durch die Mächte vorzulegen, deren Anerkennung durch ihn die notwendige Voraussetzung seiner Anerkennung durch die Mächte bilden sollte.

Hatzfeldt erhielt von Manteuffel am 11. Juni eine in dem verabredeten Sinne gehaltene Instruktion für die „Kaisereventualität"[193]) So hatten die drei Mächte sich auf eine gemeinsame Form bezüglich der Anerkennung geeinigt und sie konnten der Entwicklung etwas ruhiger entgegensehen.

Im Mai sandte Napoleon seinen Privatagenten, den Baron v. Heekeren, nach Berlin und Wien, der durch beruhigende Erklärungen hinsichtlich des Friedens und der bestehenden Verträge für eine Lösung der Spannung zwischen den Regierungen beitragen sollte. Friedrich Wilhelm und der Zar, der damals in Berlin weilte, waren aber nicht bereit, in irgendeiner Weise den Erklärungen des französischen Vertreters Rechnung zu tragen. Sie äußerten beide Bedenken über die friedlichen französischen Zusicherungen, sie warnten den Gesandten, ihren legitimistischen Gefühlen durch die Frage des Kaisertitels zu nahe zu treten[194]).

---

[192]) Abgedr. bei Salomon, a.O., S. 340.
[193]) Pr. a. P., a.O., Manteuffel an Hatzfeldt, 11. Juni 52, S. 412 ff.
[194]) Stern, a.O., Bd. 7, S. 774 f.

Friedrich Wilhelm sah die Entwicklung der Dinge in Frankreich mit immer größerer Befürchtung an, die mannigfachen Gerüchte, die über Napoleons Pläne umliefen, und die alarmierenden Nachrichten, die er von Olberg aus Paris erhielt, bestärkten ihn in seiner Sorge.

Die Olberg'schen Berichte:[195])

Diese Berichte befassen sich einmal mit der Person des Prinzpräsidenten Louis Napoleon. Olberg sah in Louis Napoleon einen sehr schweigsamen, klugen, nüchternen Menschen voll Mut und Entschlußkraft und ungewöhnlicher Intelligenz, der von seiner hohen Mission, das Kaiserreich in Frankreich wiederaufzurichten, fest überzeugt war. Er würde von vielen Plänen beherrscht, von denen aber wenig in die Oeffentlichkeit drang. Am 21. 3. 52 berichtet Olberg: „Der Kaiser ist fertig! und wartet nur noch auf den Senat, der die Krone offerieren wird."

Ueberall wäre man eifrig beschäftigt, die Vorbereitungen zur Wiederaufrichtung des Kaiserreiches zu betreiben. Hierfür bringt Olberg eine Anzahl von äußeren Anzeichen: die Austeilung von neuen Adlern an die Pariser Regimenter; die Ausmerzung alles dessen aus dem Pariser Straßenbilde, was an die Republik erinnere; die Umwandlung des code civile in einen code Napoléon; das vive l'empereur-Geschrei der Truppen, das bereits bei vielen Revuen zu hören sei. „Tout marche vers l'Empire! et cela va bien ist der Refrain, den man von allen Seiten hört, indem l'Empire als fait accompli betrachtet und mit Zufriedenheit erwartet wird." (5. 4. 52).

Aus Unterredungen mit gut unterrichteten Persönlichkeiten sei es ihm zur Klarheit geworden, daß Napoleon vor allem durch den Klang seines ruhmreichen Namens zur Herrschaft gelangt sei. Von ihm erwarte man die Befreiung von den Verträgen von 1815, die Erfüllung der französischen Nationalforderung nach dem Rhein, nach der Wiedererwerbung von Landau, Saarlouis, Philippeville. Um der Dauer und der Festigkeit seiner Herrschaft willen sei es für Napoleon eine Notwendigkeit, diesen nationalen Forderungen gerecht zu werden zu suchen. Der Kriegsminister St. Arnauld (seit dem 27. 10. 52) habe deutlich werden lassen, daß man notfalls einen Krieg mit Hilfe der revolutionären Propaganda führen werde. Durch einen Aufruf an die Revolution in allen Ländern werde es gelingen, sich in einem Waffengange die notwendige Entlastung zu schaffen. Olberg berichtete auch von Verhandlungen, die in Paris mit den Leitern der Umsturzparteien aller Länder stattgefunden hätten.

Persigny, der Vertraute Napoleons, habe ihn in der Ansicht bestärkt, daß Napoleon eines Tages einen Krieg führen werde. „. . . lorsque je le félicitais du coup d'état il dit: ‚mon cher, ce n'est que le commencement de la fin. A présent nous marcherons vers l'Empire et après l'Empire — la guerre!!' Ich tat dumm und erwiderte gemütlich: ‚Eh bien, tout cela est changé par le discours

[195]) H. A. Rp. 50J, Korr. mit Wedell.

de Bordeaux: l'Empire c'est la paix!', worauf erwidert wurde: ‚mon Dieu! cela sera bien à désirer! mais hélas!'." (31. Oktober 52.)

Die Berichte Olbergs enthielten den einen immer wiederkehrenden Grundgedanken: Napoleon wird eines Tages Kaiser sein und als solcher einen Krieg führen müssen.

Die Berichte des ordentlichen Gesandten in Paris, des Grafen Hatzfeldt, waren im Gegensatz zu denen Olbergs nicht so einseitig abgefaßt, als ob ein Krieg unvermeidlich sei. Hatzfeldt, der dank seines verwandtschaftlichen Verhältnisses guten Einblick in die inneren Zustände in Frankreich hatte, war bemüht, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu bessern. Er betonte wiederholt, daß die Kriegsgerüchte übertrieben seien, denn einmal besitze Napoleon kein Feldherrntalent wie sein großer Oheim, zum andern erkenne auch er, wie ein unglücklicher Krieg für ihn das Ende seiner Herrschaft bedeuten würde. Hatzfeldt hatte mit seinen Versuchen, zur Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten beizutragen, nur geringen Erfolg[196]).

Für Friedrich Wilhelm war es durch verschiedene Meldungen unbezweifelbar sicher geworden, daß Napoleon bereit war, sich bei der Wiederaufrichtung des Kaiserreiches und einer dadurch möglicherweise entstehenden Auseinandersetzung mit den europäischen Staaten, der Revolution zu bedienen, die überall in Europa nur auf einen neuerlichen Anruf wartete, um von neuem die bestehende Ordnung Europas zu gefährden. In zahlreichen Erklärungen hatte der Prinzpräsident betont, daß er durch den Willen des Volkes zur Herrschaft gelangt wäre. Napoleon gründete seine Herrschaft auf das revolutionäre Prinzip der Volkssouveränität, er leitete sein Regiment nicht von Gott her. Damit wurde auch von dieser Seite die feindliche Haltung zu Frankreich wesentlich mitbestimmt. Der Kampf, den Europa gegen den Bonaparte zu führen haben würde, mußte nicht nur eine Auseinandersetzung um den bestehenden Territorialbestand Europas, ein neuerlicher Krieg mit dem Erben und dem Erneuerer der bonapartistischen Tradition sein, sondern auch ein Kampf des konservativ-legitimistischen Europas gegen das von Frankreich vertretene revolutionäre Prinzip, dessen Träger Napoleon war, der nicht zögern würde, die Idee der Volkssouveränität in Europa zu Hilfe zu rufen.

Nur mit Verachtung blickte Friedrich Wilhelm auf den Emporkömmling Louis Napoleon herab, der durch sein Auftreten ihn allzudeutlich an die furchtbaren Erlebnisse seiner Jugend erinnerte und der den ganzen Haß, mit dem er auf jenen „Bösen" herabgeblickt hatte, wieder aufleben ließ.

Seine persönliche Abneigung gegenüber der Dynastie der Bonapartes äußerte sich, wenn er den Versuch, den Geburtstag des ersten Napoleons, auf einen Befehl des Prinzpräsidenten hin[197]), am 15. 8. 52

---

[196]) Berichte Hatzfeldts, G. St. A. Rp. 81, Paris II, 55—62.

[197]) Salomon, a.O., S. 345, meint, Napoleon hätte auf diese Weise die Stimmung des Auslandes feststellen wollen.

in Berlin „demonstrativ zu begehen", verhinderte. Er gestattete nicht, daß die französische Gesandtschaft diesem Feste einen Rahmen gab, der irgendwie die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit erregen konnte; seine Minister lehnten die ergangene Einladung zu diesem Feste ab, die vorgesehene Illumination des Gesandtschaftsgebäudes wurde verboten.[198])

Zur Verschärfung der feindlichen Stellung der beiden Herrscher zueinander mochte weiter eine Aeußerung Napoleons beigetragen haben, daß er in den heftigen Angriffen der Kreuzzeitung gegen ihn und seine Regierung eine persönliche Stellungnahme des Königs erblicke. Obwohl von Hatzfeldt auf den nicht offiziellen Charakter der Zeitung aufmerksam gemacht, beharrte Napoleon bei seiner Ansicht und äußerte: „Er wisse Bescheid um die Verhältnisse in Berlin; die wichtigsten Personen des Hofes ständen hinter der Kreuzzeitung, und daß der König auch für sie wäre. ‚Ce n'est pas Mr. de Manteuffel mais le roi qui gouverne la Prusse.' "[199]) [200])

5. Kapitel: Die Errichtung des französischen Kaiserreiches.

Während die Ereignisse in Frankreich immer mehr einer Krisis zudrängten, stieg bei den konservativen Mächten die Besorgnis vor der Zukunft. Als im September Napoleon seine berühmte Reise durch Frankreich unternahm und die Berichte von dem glänzenden Verlauf in Berlin anlangten, konnte man hier über die Stimmung des französischen Volkes keinen Zweifel mehr hegen. Auf der Grundlage des revolutionären Prinzips würde Napoleon Kaiser werden, er würde sich bei der Wiederaufnahme seiner an die Tradition des ersten Kaiserreiches anknüpfenden Politik der Entfachung der Revolution in Europa bedienen. Trefflich gekennzeichnet wurde die europäische Situation und die Stimmung, die in den einzelnen Kabinetten herrschte, durch einen Brief Radowitz': „alles und jedes Gefühl für Preußens europäische Stellung und deutschen Beruf wird vollständig überwogen durch die bis zum Wahnsinn gesteigerte Angst vor der Demokratie. Die gesamte europäische Politik wird eigentlich nur von einem einzigen Gedanken beherrscht und bestimmt: das rote Gespenst."[201])

Das so lange vorausgesehene Ereignis sollte nur zu bald in Frankreich eintreten. Für den 4. November wurde der französische Senat zusammengerufen, der am 7. November die Umwandlung der Republik in ein Kaiserreich aussprach, was durch ein Plebiszit am 20./21. November bestätigt werden sollte.

Friedrich Wilhelm rechnete nun mit dem Ausbruch eines Krieges, den Napoleon mit Hilfe der Revolution führen würde. An seine

---

[198]) Pr. a. P., Bd. 1, a.O. Fr. W. an Manteuffel 14. 8. 52, S. 428 ff.

[199]) Napoleon hatte sich wiederholt bei Hatzfeldt über die scharfe Polemik der Kreuzzeitung beschwert.

[200]) Vgl. Gerlach, a.O., 12. 10. 52, S. 804.

[201]) Möring, a.O., Radowitz an seine Frau, Nr. 332, 24. 10. 52.

Schwester Charlotte schreibt er: „. . . Die Ernennung Bonapartes zum Kaiser ist durch den Senat erfolgt. Wir haben vortreffliche Nachrichten über sein Treiben. Danach steht ein Krieg in nächster Aussicht. In der Botschaft an den Senat spricht er die Restauration des Empire als eine Rache gegen Napoleons Sturz aus.[202]) . . . Wir wissen, daß Mazzini, Kossuth und andere Häupter der Umsturzpartei zu Paris verhandelt haben und daß auf ein Zeichen M. Louis die Insurrektion in Belgien, Südteutschland, Italien, Polen und Ungarn ausbrechen wird. Es scheint, daß Oesterreich das erfahren hat, denn es sucht seit 14 Tagen offenbar eine Art Annäherung an Preußen. Auf den Schlachtfeldern soll wahrlich Preußen mit Oesterreich ein Herz, ein Leib und Seele sein . . . Soviel ist gewiß, die Gefahr wächst stündlich von Paris her . . . Der Kaiser (Nikolaus) hat die Augen offen und gute Nachrichten. Nur fürcht' ich, daß beim lebendigsten Willen er uns nicht rechtzeitig zu Hilfe kommen k a n n, wegen der Polen und Ungarn!!!"[203])

In diesem Augenblick, als durch die Tat Napoleons der Friede und der Territorialbestand Europas, wie er in den Jahren 1813—15 im Kampf gegen den ersten Bonaparte geschaffen worden war, gefährdet erschien, griff England wieder in die Geschehnisse ein. Mißtrauisch gemacht durch die französischen Vorgänge mit ihrer starken Erinnerung an das erste Kaiserreich und durch die Absicht Napoleons, die Ziffer III aufzunehmen, suchte es mit den Ostmächten zu einer Einigung zu kommen. Es fühlte daher bei den Mächten vor, auf welcher Basis die Möglichkeit zu einem solchen Abschluß gegeben war, um der neuen durch Napoleons Initiative geschaffenen Lage Rechnung zu tragen. Man trug sich in London mit dem Plan, eine gemeinsame Aktion durch eine Konferenz in London in die Wege zu leiten.

Friedrich Wilhelm griff diesen „Gedanken eines Kongresses mit entschiedenstem Eifer auf"[204]). Mit Freuden nahm er den englischen Vorschlag an, im Geiste sah er die alte Front der Verbündeten von 1813, jene ihm stets lebendige politische Ideal-Konstellation wieder erstehen. Sollte es diesmal gelingen, die europäischen Mächte auf der gemeinsamen Basis der Frontstellung gegen das bonapartistische und revolutionäre Frankreich zusammenzuschließen?

„Vor Freude und Hoffnung" schlug ihm das Herz, „daß der ‚centre' zu London zu einem ‚concert' führen und die alten heiligen, von Gott so gesegneten heilvollen Bande der Eintracht in Krieg und Frieden wieder herbeiführen könnte . . . Ich darf in Wahrheit sagen,

---

[202]) Napoleon hatte in der Botschaft vom 4. November an den Senat geäußert: „. . . le peuple venge noblement ses revers sans faire des victimes, sans menacer aucune indépendence, sans troubler la paix du monde . . ." Diese Aeußerung hatte zur Verschärfung der Situation stark beigetragen. Vgl. Salomon, a.O., S. 349, Anm. 3.

[203]) H. A. Rp. 50J, Korr. Rußland, Fr. W. an Charl. 30. 10./9. 11. 52.

[204]) Gerlach, a.O., 13. 11. 52, S. 819.

daß ich seit meiner Regierung keine ähnliche Freude empfunden habe, ja nicht mehr seit dem Kongreß in Verona gesegneten Erfolges."[205])

Die Einigkeit der vier Mächte würde in Paris einen entscheidenden Eindruck machen, sie allein würde geeignet sein, Napoleon in Ruhe zu halten, ihm eindeutig die Grenzen zu zeigen, über die er nicht hinausgehen dürfte. Durch eine Konferenz in London mit geeigneten Beschlüssen würde Europa vor einem neuen Krieg und einer revolutionären Erhebung bewahrt bleiben. „. . . wir wissen, daß Louis Bonaparte mit den Häuptern der gottlosen Revoltebestrebungen durch ganz Europa abgeschlossen hat. Ein Zeichen von der Incarnation der Revolution aus den Tuilerien gegeben, erzeugt die Flamme des Aufruhrs in Polen, Ungarn, Italien, Süddeutschland und Belgien. Zwingen wir ihn jetzt durch ‚unsere Einigkeit und einmütige Sprache zur Ruhe, so versagt (rate) seine wohlaufgezogene Maschine'" . . . — In der Hinzufügung der Zahl III zu dem Namen Napoleon sah Friedrich Wilhelm eine „moralische Unmöglichkeit". Niemals hatte man den Herzog von Reichstadt als Napoleon II. anerkannt; eine Anerkennung Napoleons III. hätte nicht nur die Aufgabe jenes Artikels von 1815 mit seiner Ausschließung der Dynastie der Bonaparte von der „pouvoir suprême" in Frankreich bedeutet, sondern auch die Unrechtmäßigkeitserklärung alles dessen, was seit 1815 geschehen war. Diese Frage der Zahl III war dem König aber nicht von besonderer Wichtigkeit, er schlug vor, über sie ganz hinwegzugehen, wenn es nur gelang, den centre d'entente in London zustande zu bringen, von dessen Zusammentreten sich der König so viel versprach.[206])

Der Gedanke, daß sich Napoleon bei seinen Plänen der Revolution bedienen könnte, quälte den König besonders: „S. M. sind fortwährend von der Idee durchdrungen, daß der Prinz Louis Napoleon in Kürze sich in seinen Eroberungsplänen auf die Revolution in den Nachbarländern stützen werde und daß man dessen Bestrebungen nur durch Verbindung der vier Großmächte werde entgegentreten können."[207])

Wie man am zweckmäßigsten bezüglich des in der Anerkennungsfrage einzuschlagenden Weges gehen sollte, beschäftigte Friedrich Wilhelm lebhaft. Schon am 20. November wandte er sich wieder an Bunsen, von dessen Tätigkeit so viel für das Zustandekommen des centre d'entente abhing. Das beste Schutzmittel bliebe, Napoleon eindeutig zu machen, daß die vier Mächte keinesfalls die Verletzung irgendeiner Bestimmung der bestehenden Verträge dulden würden.[208])

In einem Nachtrag fügte er diesem Briefe am 23. 11. hinzu: sollte es gelingen, auch das zögernde Oesterreich in London zur Teilnahme zu den Verhandlungen zu bringen, dann wären diesen folgende Gesichtspunkte zugrunde zu legen: 1. „unsere Nicht-Anerkennung" seiner

[205]) H. A. Rp. 50J, Korr. m. Bunsen, 17. 11. 52.
[206]) Ranke, a.O., Brief an Bunsen 17. 11. 52, S. 294 ff.
[207]) Pr. a. P., Bd. 1, a.O., Manteuffel an Hatzfeldt, 19. 11. 52, S. 467; ähnlich Mant. zu Rochow 18. 11. 52, S. 464.
[208]) Ranke, a.O., 20. 11. 52, S. 297.

Nummer III, 2. die vier Mächte unterzeichnen und ratifizieren durch schriftlichen Akt die Aufrechterhaltung ihrer Territorialgenzen und erklären ihre Bereitschaft, für diese notfalls „nachdrücklichst" einzutreten.

Wären diese beiden Punkte erreicht, dann wäre es belanglos, ob an Napoleon die Forderung gestellt würde, v o r der Anerkennung die Unverletzlichkeit der Verträge zu verbürgen oder ob er diese erst b e i oder n a c h der Anerkennung aussprechen sollte. Von wesentlichem Belang für Friedrich Wilhelm war die Einigkeit und der Wille der vier Mächte, jeden Vertragsbruch von vornherein für Napoleon zu einem sehr gefährlichen Unternehmen zu machen.[209])

Gerlach bringt das, was den König bewegte und ihm als Ziel vor Augen stand, zum Ausdruck: „S. M. legen den größten Wert darauf, daß die von England vorgeschlagene Konferenz der vier Mächte zustande kommt. S. M. halten das für wichtiger als das Wie, die Form für wichtiger als den Inhalt und dringen daher darauf, daß Oesterreich, wenn es nötig ist, auch Rußland auf alle Weise veranlaßt werden, in die englischen Verträge einzugehen. Es käme alles darauf an, Frankreich als ein Ganzes gegenüberzustehen."[210]) Und am 23. November verzeichnet Gerlach über den Inhalt eines königlichen Briefes an Rochow: „‚Viereinige Sprache zu führen' ist das wichtigste für die gute Sache seit dem Kongresse von Verona, ‚eine Art Sühne für Englands Niederträchtigkeit und unsere frevelhafte Schwäche bei der Julirevolution'"[211]).

Allein die Aussichten, daß es zu einer im Sinne Friedrich Wilhelms liegenden Einigung der Mächte komme, waren sehr gering, da es wieder Oesterreich war, das in dieser Richtung Schwierigkeiten machte und es ablehnte, seinem Gesandten in London die Vollmachten für den Abschluß einer viereinigen Garantie-Erklärung zu erteilen.[212])

Aber auch England war durch beruhigende Erklärungen der französischen Regierung nur noch sehr wenig an einem Abschluß mit den Ostmächten interessiert[213]), so daß Friedrich Wilhelms letzter Vorschlag, sich gegenseitig eine Besitzgarantie auszusprechen, nicht auf englische Zustimmung rechnen konnte. Die Wendung der englischen Politik in ihrer Haltung zu Frankreich erfolgte, bevor die Verhandlungen mit den Ostmächten noch recht zum Leben gelangt waren. Es wurde daher nur recht wenig bei den Verhandlungen in London erreicht; am 3. Dezember unterzeichneten die Vertreter der vier

---

[209]) Ranke, a.O., 23. 11. 52; S. 297 ff.

[210]) Pr. a. P., Bd. 1, a.O., Gerlach an Manteuffel 23. 11. 52, S. 468.

[211]) Gerlach, a.O., 23. 11. 52, S. 825.

[212]) Gerlach, a.O., 23. 11. 52, S. 825.

[213]) Als Napoleon am 1. Dezember vor dem Senat das Ergebnis der Plebiszits mitgeteilt worden war, hatte er in einer Botschaft seine Bereitschaft zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa erklärt. Für England genügte diese Erklärung, um hinsichtlich der französischen Politik beruhigt zu sein. Vgl. Salomon, a.O., S. 352.

Mächte ein Geheimprotokoll, worin lediglich festgesetzt wurde, für die Beobachtung des status quo wie bisher gemeinsam Sorge tragen zu wollen; im übrigen sähe man in dem Wechsel der Regierungsform eine innerfranzösische Angelegenheit und zugleich nahm man Kenntnis von den Versprechungen des Kaisers bezüglich der Erhaltung des Friedens und der Einhaltung der Verträge. Ueber die Frage einer gemeinsamen Form der Anerkennung wurde keinerlei Ergebnis erzielt. Die englische Regierung ließ am 6. Dezember ihren Pariser Botschafter sein neues Beglaubigungsschreiben überreichen.

Friedrich Wilhelm gab aber in Anbetracht der Gefahren, die ein französisches Kaiserreich für die Zukunft bot, sein Ziel, den Abschluß einer viereinigen Erklärung in irgendeiner Form zu erreichen, noch nicht auf. Am 7. Dezember unterbreitete er Bunsen seinen neuen Vorschlag, der zu demselben Ziele, wenn auch mit anderen Mitteln, führen sollte. Er dachte an den Abschluß einer Quadrupelallianz zwischen Preußen, England, Holland und Belgien, zu der Holland und Belgien angesichts ihrer gefährdeten Lage ohne Zweifel bereit sein würden, denn „Belgien ist das nächste Objekt des neugekrönten Raubvogels"[214]).

Der König wünschte den Abschluß einer Quadrupelallianz oder zumindest doch einer militärischen Konvention mit vorbereitenden Besprechungen der militärischen Operationen. Preußen würde bereit sein, mit 100 000 Mann für diese Allianz einzutreten; Bunsens Aufgabe wäre es, England diesmal zur Zustimmung zu bringen, damit man erkenne, „daß Preußen noch selbständig und im großen Stil für sich sowohl als für aller Rechtmäßigen Vorteil handeln kann". Die Verwirklichung dieses Planes würde ihm ein Trost sein „für die schwache Stipulation der Vier Mächte in London und für Englands unseeliges und übereiltes Anerkennen des Napoleon mit seiner III ! ! !"[215])

Auch dieser Plan fand keine Verwirklichung, denn in England war inzwischen wieder Palmerston in die Regierung eingetreten, womit sämtliche Pläne des Königs, sich bei einer Sicherung vor dem Bonaparte auf England zu stützen, von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Friedrich Wilhelms Hoffnung richtete sich nun auf ein gemeinsames Vorgehen mit den Ostmächten. Von Oesterreich lag ein neues Memorandum vom 2. Dezember vor, da durch die Hauptschwierigkeiten, die in der Ziffer und der Anredefrage lagen, das Maiprotokoll[216]) mit seinen Bestimmungen nicht mehr zur Ausführung geeignet war. Der österreichische Vorschlag, dem Preußen am 6. Dezember und auch Rußland beitraten, sah vor, daß 1. die Anerkennung gleichzeitig ausgesprochen werden sollte, um so die Einigkeit der Ostmächte in dieser Frage unter Beweis zu stellen, und 2. daß die Ziffer III zurückgewiesen werden sollte.

---

[214]) Im Orig. im H. A. steht für „Raubvogel" zu lesen: „Aasvogel". Fr. W. an Bunsen, 7. 12. 52.

[215]) Ranke, a.O., Fr. W. an Bunsen, 7. 12. 52, S. 299 ff.

[216]) s. o. S. 00.

In der Anredeform war Oesterreich bereit, sich den Wünschen der beiden anderen Staaten zu fügen. Durch diese Frage entwickelte sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Mächten. Nikolaus bestand hartnäckig auf der Anrede: ‚Sire und guter Freund', während Preußen und Oesterreich die unter Monarchen übliche Anrede ‚Mein Herr Bruder' geben wollten. Am 17. Dezember, als Franz Joseph in Berlin weilte, um durch diesen Besuch die Einigkeit der beiden Staaten nach außen zu zeigen, hatten sich Friedrich Wilhelm und Franz Joseph auf diese Anrede geeinigt. Friedrich Wilhelm gab Gerlach als Grund für diesen Entschluß an, sein Vater habe Louis Philipp diese Anrede gegeben, daher wolle er sie Napoleon nicht verweigern.

Neben dieser Pietätsrücksicht auf seinen Vater war Friedrich Wilhelm sich klar darüber, daß Preußen, nachdem alle seine Pläne, mit England zusammen gegen den in dem revolutionären Frankreich zur Herrschaft gelangten Bonaparte zu einem geeigneten Uebereinkommen zu gelangen, gescheitert waren, als der exponierteste Staat, im Verein mit einem unsicheren Oesterreich und einem vom Kriegsschauplatz weit entfernten Rußland, sich nicht gegen den am „Hebel der Revolution" sitzenden Napoleon herausfordernd zeigen dürfte, zumal Napoleon nicht zögern würde, von dieser furchtbaren Waffe Gebrauch zu machen. Außerdem kannte Friedrich Wilhelm die Empfindlichkeit des französischen Nationalstolzes und wollte daher wegen dieser formalen Frage einen Konflikt vermeiden.

Durch die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Anrede schwand die Hoffnung Friedrich Wilhelms, durch eine gleichartige Abfassung und gleichzeitige Ueberreichung der Anerkennungsschreiben Napoleon die Einigkeit der Mächte nachdrücklichst vor Augen zu führen. Um einen letzten Rest einer Frankreich gegenüber übereinstimmenden und geschlossenen Politik der Ostmächte zu wahren, gab Friedrich Wilhelm den Befehl, die preußische Kreditive erst dann abzugeben, nachdem die russische angenommen worden sei.[217])

Somit waren die Befürchtungen, mit der Kaiserproklamation vor dem Beginn einer neuen kriegerischen Epoche zu stehen, durch die langwierigen diplomatischen Verhandlungen, die seit dem 2. Dezember 51 mit dem Ziele der Herstellung einer geschlossenen Front der europäischen Mächte eingesetzt hatten, nicht gemindert worden. „Die Gefahren, welche Preußen drohen, sind nach der gemeingültigen Auffassung die Wiedererhebung der Demokratie und der Krieg mit Frankreich", so schrieb Radowitz am 20. Dezember 52 an seinen König.[218])

Nach einer kurzen Spannung in Paris, die durch die Form des russischen an den Kaiser gerichteten Schreibens hervorgerufen worden war, nahm Napoleon die russische Kreditive an, worauf der preußische und der österreichische Gesandte die ihrigen am 11. 1. 53 übergaben.

---

[217]) Gerlach, a.O., 28. 12. 52; S. 838.
[218]) Möring, a.O., Radowitz an den König, 20. 12. 52, Nr. 333.

Die ganze Frage endete mit einer Niederlage der europäischen Mächte. Man hatte weder eine schriftliche Garantie-Erklärung der seit 1815 gültigen Verträge erreicht, noch hatte Napoleon auf die Erblichkeit seines Thrones verzichtet. Friedrich Wilhelm, der sich besonders lebhaft an den diese Frage betreffenden Verhandlungen beteiligt hatte, war mit seinen Plänen nicht über das Stadium bloßer Ansätze hinausgekommen. Er erkannte richtig, mit der Errichtung des zweiten Kaiserreiches in Frankreich am Beginn einer neuen kriegerischen Epoche der europäischen Geschichte zu stehen.

Literatur:

Andreas, W.: Die russische Diplomatie und die Politik Friedrich Wilhelms IV. von Preußen. in: Abhandlungen der Preuß. Akad. d. Wissenschaft Philos.histor. Klasse Nr. 6, Jhg. 1926.

Bonjour, E.: Vorgeschichte des Neuenburger Konfliktes 1848—56. in: Berner Untersuchungen zur Allg. Gesch.. Heft 5, 1932.

Brandenburg, E.: Die Reichsgründung. 1. Bd., 2. Aufl. Lpzg. 1922.

—, Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung. Leipzig 1916.

—, Briefe Kaiser Wilhelms I., Bd. 1, Lpzg. 1911.

Bunsen, Chr. Karl Josias, Freiherr von: Aus seinen Briefen . . . . Nach eigenen Erinnerungen geschildert von seiner Witwe. Dtsche. Ausgabe v. Fr. Nippold, Bd. 1—3, Lpzg. 1871.

Canitz u. Dallwitz, Carl Ernst Wilhelm, Freiherr von: Denkschriften aus dem Nachlaß. 2Bde. Bln. 1888.

Circourt, A. de: Souvenirs d'une mission à Berlin en 1848, publiées par M. G. Bourgin, Bd. 1 u. 2, Paris 1908.

Diether, O.: Leopold von Ranke als Politiker. Lpzg. 1911.

Dehio, L.: Edwin von Manteuffels politische Ideen. H. Z. 131, 1925.

Fischer, Max: Fr. W. IV. und die großen Entscheidungen der deutschen Politik. in: Hochland 15, Jhg. 1917/18.

Friedjung, H.: Oesterreich von 1848—60, Bd. II. 1. Stuttg./Bln. 1912.

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen: Reden, Proklamationen, Botschaften, Erlasse und Orders seit seiner Thronbesteigung. 3. Aufl. Berlin 1861.

Leben und Wirken S. M. . . . 1. Teil: Reden, Trinksprüche. Lpzg. 1855.

Vollständige Sammlung der Reden S. M. . . . hgg. von J. Killisch, Berlin 1861.

Materialien zur Regierungsgeschichte Fr. W. IV. vom 7. 6. 1840 bis 26. 7. 1844. 3 Hefte, Kgsbg. 1842/45.

Gerlach, Leopold von: Denkwürdigkeiten aus dem Leben. Bd. 1 u. 2. Berlin 1891/92.

Göring, H.: Die Großmächte und die Rheinfrage in den letzten Jahrhunderten. Berlin 1926.

Gutknecht, E.: Die Diplomatie des Auslandes in der Schweiz während der Zeit des Sonderbundes. Diss. Basel 1917.

Haake, P.: J. P. Fried. Ancillon und der Kronprinz F. W. IV. in: Histor. Bibliothek, München/Berlin 1920.

Haller, J.: Tausend Jahre dtsch.-franz. Beziehungen. Stuttgart/Berlin 1930.

Hallgarten, W.: Studien über die deutsche Polenfreundschaft in der Periode der Märzrevolution 1848. München/Berlin 1928.

Hartung, Fr.: Verantwortliche Regierungen, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848—1918. in: Forsch. z. brand.-preuß. Gesch. 44, 1932, S. 1—45.

Hasenclever, A.: Die orientalische Frage in den Jahren 1838—41. Leipzig 1914.

—, König Fr. W. IV. und die Londoner Konvention vom 15. 7. 1840. in: Forsch. z. brand.-preuß. Gesch. 25, 1912.

Hassel, P.: J. M. v. Radowitz 1797—1848. Bd. 1, Berlin 1905.

Hillebrand, K.: Geschichte Frankreichs von der Julirevolution bis zur Thronbesteigung Napoleons. Gotha 1877/81.

Kobylinski, H.: Die französische Revolution als Problem in Deutschland 1840—48. Berlin 1933.
Koser, R.: Fr. W. am Vorabend der Märzrevolution. H. Z. 83.
Krusch: Letters of Queen Victoria to Frederick William IV. 1848/49. In: The Engl. Hist. Review 40, 1925.
Lamartine, A. de: Histoire de la révolution de 1848; Tome troisième. Bruxelles 1849.
Lange, E.-G.: Frankreichs Preußenpolitik in den Jahren 1849/50. Diss. Berlin 1930.
Ley, Friedr.: Frankreich und die deutsche Revolution 1848—49. Masch.-Diss. Kiel 1923.
Marcks, E.: Die europäischen Mächte und die 48er Revolution. In: H. Z. 142, 1930, S. 73 ff.
Martens, G. Fr.: Nouveau recueil de traités, Série II, Bd. 2.
Matter, P.: Les Missions de M. de Persigny à Berlin 1849—50. In: Revue d'histoire diplomatique 12, 1898, S. 62 f.
Meinecke, Fr.: Radowitz und die deutsche Revolution. Berlin 1913.
—, Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates. München/Berlin 1928.
Natzmer, Gneomar Ernst von: Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig v. Natzmer. Aus der Zeit Fr. W. IV. I. Teil: 1840—48. Gotha 1888.
Näf, W.: Der schweizerische Sonderbundskrieg als Vorspiel der deutschen Revolution von 1848. Diss. München 1919.
Nesselrode, Chancelier Comte de: Lettres et papiers, publiés par le Comte A. de N. Bd. VIII, Paris 1909.
Oncken, H.: Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863—70 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Bd. 1, Stuttgart 1926.
Pastor, L. v.: Leben des Freiherrn M. v. Gagern. Kempten/Mchn. 1922.
Petersdorff, H.: König Fr. W. IV. Stuttgart 1900.
Pfisterer, H.: Preußen und Frankreich im Jahr 1848. Masch.-Diss. Tübingen 1921.
Poschinger, H. v.: Preußens auswärtige Politik 1850—58. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten O. v. Manteuffel. Bd. 1, 1850—52; Bd. 2, 1852—54. Berlin 1902. (zit.: Pr. a. P.)
—, Unter Fr. W. IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten O. v. Manteuffel. Bd. 1, 1848—51; Bd. 2, 1851—54. Berlin 1901.
Precht, H.: Englands Stellung zur deutschen Einheit 1848—50. In: Beiheft 3 der H. Z. 1925.
Rachfahl, F.: Deutschland, König Fr. W. IV. und die Märzrevolution. Halle 1901.
Radowitz, J. M. v.: Nachgelassene Briefe und Aufzeichnungen der Jahre 1848—53, hgg. von W. Möring, Stuttgart-Berlin 1922.
Ranke, L. v.: Sämtliche Werke Bd. 53/54. Leipzig 1890.
Richter, Fr.: Das europäische Problem der preußischen Staatspolitik und die revolutionäre Krisis von 1830—32. In: Forschungen zur neueren und neuesten Geschichte, Heft 2, 1933/34.
Rothan, G.: Souvenirs diplomatiques, L'Europe et l'avènement du second empire. Paris 1890/92.
Salomon, R.: Die Anerkennung Napoleons III. In: Zeitschrift für osteuropäische Geschichte 1912, Bd. 2, Heft 3, S. 321 ff.
Schiemann, Th.: Geschichte Rußlands unter Nikolaus I. Bd. III u. IV. Berlin 1913.
Schulte, A.: Frankreich und das linke Rheinufer. Stuttg./Bln. 1918.
Schuster, G.: Die Jugend König Friedrich Wilhelms IV. und Kaiser und König Wilhelms I. Tagebuchblätter ihres Erziehers Fr. Delbrück. Berlin 1907.
Schwartz, R.: Leben des Generals Karl v. Clausewitz. Berlin 1878, Bd. 2.

Srbik, H. Ritter von: Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. Bd. 2, München.
Stegemann, H.: Der Kampf um den Rhein. Stuttg./Bln. 1924.
Stern, A.: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871. Bände 4—8, Stuttgart/Berlin 1905—24.
Sybel, H. v.: Die Begründung des deutschen Reiches unter Wilhelm I. Bd. 1 u. 2, München/Leipzig 1890.
Treitschke, H. v.: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. 1—5, 1882—94.
Valentin, V.: Geschichte der deutschen Revolution 1848—49. Bd. 1 u. 2, Berlin 1930.
—, Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem. Stuttgart/Berlin 1910.
Queen Victoria: Letters 1837—61, edited by A. Chr. Benson and Viscount Esher. Bd. I, 1821—49. Berlin 1908.
Varrentrapp, C.: Rankes histor.-politische Zeitschrift und das Berliner Politische Wochenblatt. H. Z. 99, 1907.
Windelband, W.: Die auswärtige Politik der Großmächte. 2. Aufl. Essen 1935.

Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV.

Andreas, W.: Der Briefwechsel König Fr. W. IV. v. Pr. mit dem Zaren Nikolaus I. von Rußland in den Jahren 1848—50. In: Forsch. z. brand.-preuß. Gesch. 43, 1930, S. 129—166.
Brandenburg, E.: Fr. W. IV. Briefw. mit Camphausen 1848—50. Berlin 1906.
Johann Georg und H. Ermisch: Briefw. zwischen König Johann v. Sachsen und den Königen Fr. W. IV. und Wilhelm I. von Preußen. Leipzig 1911.
Granier, H.: Hohenzollern-Briefe aus den Freiheitskriegen 1813—15. Leipzig 1913.
—, Prinzenbriefe aus den Freiheitskriegen. Briefw. des Kronprinzen Fr. W. und des Prinzen Wilhelm v. Pr. mit dem Prinzen Friedrich von Oranien. Leipzig 1922.
—, Das Feldzugstagebuch des Kronprinzen Fr. W. v. Pr. aus dem Jahre 1813. In: Hohenzollern-Jahrbuch 1913.
Haenchen, K.: Revolutionsbriefe 1848. Ungedrucktes aus dem Nachlaß König Fr. W. v. Pr. Leipzig 1930.
—, Briefe König Ernst Augusts von Hannover an König Fr. W. IV. (1849—51). In: Niedersächs. Jahrb. f. Landesgesch. 10, 1933.
Kretzschmar, H.: König Fr. W. IV. Briefe an König Friedrich August II. von Sachsen. In: Preuß. Jahrb. 227, 1932.
Küntzel, G.: Briefw. zw. König Fr. W. IV. und dem Reichsverweser Erzherzog Johann von Oesterreich (1848—50). In: Histor.-polit. Bücherei 4. Frkft. a. M. 1924.
Ranke, L. v.: Aus dem Briefw. Fr. W. IV. mit Bunsen, Lpzg. 1873.

Ungedrucktes Material:

Briefnachlaß Fr. W. IV. im Brandenburgisch-Preußischen Haus-Archiv (abgekürzt H. A.) Rp. 50 J.
Aus dem Nachlaß des Grafen v. d. Groeben im Geh. Staats-Archiv in Dahlem: Briefw. Fr. W. IV. mit v. d. Groeben. Rp. 91, 4 a—h.
Briefe Fr. W. IV. an Prinz Wilhelm v. Pr. im Geh. Staats-Archiv in Dahlem. Rp. 92 W. I. Nr. 3.

Lebenslauf.

Am 2. III. 1911 wurde ich, Konrad Kettig, als Sohn des Ober-Ingenieurs Karl Kettig und seiner Ehefrau Marie, geb. Bedau, zu Goslar a. H. geboren. Ich bin evangelischen Bekenntnisses. Ich besuchte seit März 1917 die Bismarckschule in Hannover und seit November 1925 das Rheingau-Reform-Realgymnasium in Bln.-Friedenau, das ich Ostern 1931 mit dem Reifezeugnis verließ.

Seit Sommer 1931 widmete ich mich an der Berliner Universität vorwiegend dem Studium der Staatswissenschaften. In einem Heidelberger Semester im Sommer 1932 beschloß ich, von nun an dem Studium der Geschichte und der Germanistik obzuliegen.

Ich nahm u. a. teil an Vorlesungen und Uebungen der Herren Professoren, denen mein Dank gilt:

Andreas, Brackmann, Christern, Elze, Fricke, Hampe, Hartung, R. Holtzmann, W. Kienast, Fr. Koch, H. Oncken, Petersen, Schmidthenner, Spranger, W. Weber, W. Windelband.